



**PROTOKOLL DES AUßERORDENTLICHEN  
BUNDESPARTEITAGES DER SPD**

DORTMUND, 25. JUNI 2017

WESTFALENHALLE DORTMUND

**ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT**

## **Inhaltsverzeichnis**

Tagesordnung .....	3
Geschäftsordnung .....	4
Eröffnung und Begrüßung .....	6
Konstituierung.....	13
Rede des Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder .....	15
Rede des Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Martin Schulz .....	25
Bericht der Antragskommission .....	51
Aussprache.....	52
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.....	88
Beratung zum Regierungsprogramm.....	89
Beschlussfassung des Regierungsprogramms.....	104
Rede des Generalsekretär Hubertus Heil.....	105
Schlusswort des Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Martin Schulz.....	107
Delegierte .....	110
Rednerliste .....	124

## Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung Manuela Schwesig
2. Wahl des Parteitagspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
6. Rede des Bundeskanzlers a.D. Gerhard Schröder
7. Rede des Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Martin Schulz
8. Bericht der Antragskommission
9. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
10. Beratung zum und Beschlussfassung des Regierungsprogramms
11. Weitere Antragsberatung
12. Schlusswort

## **Geschäftsordnung**

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter/ Vertreterinnen der nahe stehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 18 Abs. 3 Organisationsstatut.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 22 Abs. 1 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelter Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.

10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/ Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.
14. Die Schatzmeisterei erstellt einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK), welcher durch den Parteitag beschlossen wird.

# **Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitags der SPD**

**am 25. 6. 2017 in Dortmund**

**Tagungsort:** Westfalenhalle Dortmund

**Motto:** *Zeit für mehr Gerechtigkeit*

**Beginn:** 11:00 Uhr

## **Eröffnung und Begrüßung**

**Manuela Schwesig, Stellvertretende Parteivorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Gäste! Herzlich willkommen in Dortmund, herzlich willkommen in dieser imposanten Westfalenhalle! Was für eine Stimmung! Schön, dass ihr, schön, dass Sie alle da sind!

(Beifall)

Es ist großartig, dass wir uns heute hier alle versammeln, um unser Regierungsprogramm für die nächsten Jahre zu diskutieren und dann auch zu beschließen. Von diesem Parteitag geht der Startschuss für den Wahlkampf 2017 aus. Wir geben heute den Startschuss für die Aufholjagd. Wir wollen stärkste Kraft werden, und wir wollen, dass Martin Schulz der nächste sozialdemokratische Kanzler wird!

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen von hier aus mit einem Politikangebot für die Menschen in unserem Land in den Wahlkampf ziehen. Wir wollen die Menschen davon überzeugen, dass die SPD die richtigen Antworten hat - für ein gerechtes, modernes Deutschland und ein friedliches Europa.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass wir hier in Dortmund sein dürfen. Lieber Oberbürgermeister Ulli Sierau, danke dafür. Einst war diese Stadt eine der größten Industriestandorte in Deutschland. Heute ist Dortmund eine der innovativsten Metropolen in Europa. Das ist nicht von allein gekommen. Dortmund ist ein gutes Beispiel für den Strukturwandel. Innovative Technologien, Wissenschaft und Dienstleistungen machen den Erfolg dieser Stadt aus. Es waren immer Sozialdemokraten, die die Geschicke dieser Stadt gelenkt haben, die sich eben nicht vor schwierigen Antworten und Entscheidungen gedrückt haben. Und dabei haben Ulli Sierau und seine

Vorgänger immer die Verbindung von Wirtschaft, Ökologie und sozialem Ausgleich sichergestellt. Deshalb ist Dortmund ein gutes Beispiel für erfolgreiche sozialdemokratische Stadtpolitik. Herzlichen Dank dafür! Lieber Ulli, liebe Genossinnen und Genossen aus Dortmund, schön, dass wir hier sein können!

(Beifall)

Lieber Mike, liebe Genossinnen und Genossen aus NRW, wir freuen uns, heute hier in Nordrhein-Westfalen zu sein. Ja, wir haben gerade eine schwierige Niederlage hinter uns. Aber wir wissen, dass ihr Genossinnen und Genossen in NRW und wir gemeinsam nach Niederlagen aufstehen. Wir kämpfen. Wir geben uns nicht geschlagen. Jetzt ist die zweite Halbzeit dran. Wir wollen mit euch gemeinsam kämpfen, in NRW und in ganz Deutschland.

(Beifall)

Dass diese Stimmung da ist, das haben wir gestern auf einem fröhlichen und entspannten Parteiabend erlebt. Ich bin als Allererstes den Jusos aus Waltrop in die Arme gelaufen.

(Beifall)

Ich habe sie gefragt: Wie geht's euch? Wie fühlt ihr euch? Seid ihr bereit, zu kämpfen? - Da haben sie gesagt: Klar! Jetzt erst recht! Wir wollen kämpfen! Die CDU macht keine Politik. Es lohnt sich, für die SPD zu kämpfen, hier in NRW und in ganz Deutschland. - Liebe Jusos, nicht nur aus Waltrop, sondern aus ganz Deutschland: Wir setzen auf euch! Danke, dass ihr uns unterstützt. Wir brauchen euch. Jusos, seid ihr da?

(Lebhafter Beifall)

Wir freuen uns, dass nicht nur die erwarteten 5 000 Gäste gekommen sind, sondern 2 000 Gäste mehr. Das hat zugegebenermaßen dazu geführt, dass es ein bisschen länger gedauert hat, bis wir anfangen konnten. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, besser so als andersrum. Es ist toll, dass so viele gekommen sind.

(Beifall)

Ganz herzlich begrüßen möchte ich unter uns Gerd Schröder. Lieber Gerd, herzlich willkommen, schön, dass du da bist!

(Lebhafter Beifall)

Auch unseren ehemaligen Parteivorsitzenden Franz Müntefering und Sigmar Gabriel ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Und wir freuen uns sehr, dass heute Can Dündar heute unter uns ist. Herzlich willkommen!

(Anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, wir freuen uns auch, dass viele Vertreter der Gewerkschaften heute unter uns sind. Stellvertretend begrüße ich Reiner Hoffmann. Lieber Reiner, schön, dass du da bist!

(Beifall)

Ein ebenso herzliches Willkommen all den Vertretern der Wirtschaftsverbände sowie den Präsidenten der Arbeiterwohlfahrt und des Deutschen Mieterbundes - herzlich willkommen Wilhelm Schmidt und Franz-Georg Rips - und den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände. Schön, dass ihr alle da seid!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vor drei Monaten haben wir Martin zu unserem Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten gewählt. Seitdem ist einiges passiert. Ja, auch eine Achterbahn der Gefühle und Umfragen liegen unter uns. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich eins sagen: Ich und wir alle sind stolz auf euch, auf unsere Partei. Unser Dank gilt euch, die ihr euch in den letzten Monaten nicht habt beirren lassen. Wir stehen geschlossen zusammen. Das haben wir in den letzten drei Monaten eindrucksvoll bewiesen und werden es auch in den nächsten Monaten beweisen.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt: Die Bundestagswahl am 24. September ist noch völlig offen. Niemand kann heute sagen, wie diese Wahl ausgeht, und wir werden unsere Chance nutzen, diese Wahl zu gewinnen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben es schon oft bewiesen. Denkt an den Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz, wie Malu Dreyer die Aufholjagd gewonnen hat.

(Lebhafter Beifall)

Denkt an Mecklenburg-Vorpommern, wie Erwin Sellering die Aufholjagd gewonnen hat.

(Beifall)

Und denkt an Gerhard Schröder, der das 2005 eindrucksvoll gezeigt hat. Jetzt ist noch gar nichts entschieden. Wir werden kämpfen, kämpfen, kämpfen! Dafür, dass wir die stärkste Kraft werden und dass Martin Schulz der neue sozialdemokratische Kanzler wird.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dass wir Martin vor drei Monaten unser volles Vertrauen gegeben haben, 100 Prozent Zustimmung, das war keine Laune der Delegierten. So naiv sind wir nicht.

Wir wissen schon, was wir auf Parteitag tun. Wir stehen nach wie vor hundertprozentig hinter Martin Schulz. Er ist jemand, er wird ein Kanzler sein, der nahe bei den Menschen ist, der sich nicht zu fein ist, in die Dörfer und Städte zu gehen, den Menschen zuzuhören, ihre Ängste und Sorgen aufzunehmen, nach guten Lösungen zu suchen. Er steht wie kein anderer, der Visionen hat, für ein gerechtes Deutschland und vor allem für ein friedliches Europa und der diese Vision ganz konkret unterlegen kann. Deshalb, lieber Martin, du hast weiterhin unsere volle Unterstützung. Wir zählen auf dich, auf unsere gesamte SPD. Ich bin sicher, wir werden es gemeinsam mit dir schaffen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD ist eine stolze Programmpartei, und das ist gut. Demokratie braucht lebendige Debatten und nicht Blutleere. Wir sind eine stolze Programmpartei. Nach gut anderthalb Jahren werden wir heute den Arbeitsprozess für unser Regierungsprogramm abschließen. Wir haben in den letzten 18 Monaten in verschiedenen Arbeitsgruppen mit Regionalkonferenzen vor Ort, mit Bürgerdialogen, mit Verbändedialogen an diesem Programm gearbeitet, und in den letzten Wochen ist dieses Programm euch zugegangen. Auch ihr habt euch intensiv damit beschäftigt, mit vielen Ideen Änderungsanträge gestellt. Dafür möchten wir euch danken. 1 600 Anträge sind nicht ein Zeichen dafür, dass das Programm nicht gut ist, sondern für eine lebendige Programmpartei, die etwas will mit diesem Land, die den Menschen etwas vorschlagen will.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist wichtig, dass wir gut vorbereitet sind. Wir sind in diese Koalition gut vorbereitet gegangen. Wir sind diejenigen, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik das Land vorangebracht haben, es wirtschaftlich stärker gemacht haben, sozial gerechter, weil wir einen Plan hatten, weil wir Ziele hatten. Die anderen hatten nichts. Ohne uns hätte es Stillstand gegeben. Deshalb danke ich denjenigen, die in der Bundesregierung für uns Verantwortung getragen haben und immer noch tragen. Aber wir haben auch die Grenzen erkannt. Wir wollen mehr. Wir wollen nicht wie die Union Stillstand. Wir wollen das Land gerechter machen und mehr für ein friedliches Zusammenleben in Europa und auf der Welt tun.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, dieses Land muss besser regiert werden als unter einer Kanzlerin Merkel, die nur eines im Sinn hat: aussitzen, abschwächen und wegschwurbeln, damit niemand merkt, dass der Akku leer ist. Wir brauchen Martin Schulz.

(Lebhafter Beifall)

Dieses Land, dieses wunderbare Land kann es sich nicht leisten, ideenlos regiert zu werden. Zu viel ist noch zu tun. Es ist eben nicht gerecht, dass viele Eltern erleben, dass sie arbeiten gehen und der Lohn von den Kita-Gebühren aufgefressen wird. Es ist nicht gerecht, dass Arbeiterkinder immer noch schlechtere Chancen für ein Studium haben.

(Beifall)

Es ist nicht gerecht, dass 10 % der Deutschen über die Hälfte des Vermögens besitzen. Es ist auch nicht gerecht, dass die meisten Alleinerziehenden, vor allem Frauen, zu fast 40 % von Sozialleistungen leben müssen.

(Beifall)

Es ist auch nicht gerecht, wenn Vorstände das Hundertfache ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen, wenn da sozusagen das Gefühl, die Balance völlig aus den Fugen geraten ist. Es gibt noch viel zu tun. Wir dürfen nicht sagen, dass man in einer globalisierten und auf Effizienz getrimmten Welt alles hinnehmen muss. Nein, die Sozialdemokratie ist stark genug, dafür zu sorgen, dass wieder die Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden und nicht nur die wirtschaftlichen Interessen.

(Beifall)

Wir legen heute ein Programm vor, das die Vision von Martin Schulz für ein gerechtes Deutschland und ein friedliches Europa ganz konkret unterlegt, mit vielen konkreten Konzepten, einem guten, ausgewogenen Steuerkonzept, einem guten, ausgewogenen Rentenkonzept, einem guten Konzept für die Unterstützung von Familien und vieles mehr. Ja, die Welt ist komplexer geworden. Deshalb brauchen wir gute Antworten, und wir brauchen die Antworten deshalb, weil wir uns gegen die Vereinfacher dieser Welt stellen müssen, gegen die, die meinen, dass Demokratie eben nicht das Richtige ist. Deshalb ist der wichtigste Kampf in diesem Wahlkampf auch der Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden nicht zulassen, dass die Rechtspopulisten und Rechtsextremisten mit Wort und Tat unser Land immer weiter nach rechts verschieben. Wir stehen für eine Mitte, in der alle Menschen Platz finden müssen, für ein solidarisches, gerechtes, freiheitliches Deutschland. Das ist auch unser Kampf, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich kenne niemanden, der von Anfang an, wo andere noch überlegt haben, ob man nicht vielleicht das eine oder andere Wording von den Rechtspopulisten übernehmen müsste, insbesondere bei CDU und CSU, so klar diese Haltung vertritt, der sagt, dass die Sozialdemokratie das Bollwerk gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist, das wird der sozialdemokratische Kanzler Martin Schulz sein. Er kann es schaffen, dieses Land wieder zu versöhnen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, er wird auch der Kanzler sein, der mehr für Frauen tut. Es ist ein Irrglaube zu denken, wenn eine Frau Kanzlerin ist, wäre gute Frauenpolitik drin. Ich glaube, ich kann das ganz gut beurteilen.

(Lebhafter Beifall)

Was nützt eine Frau an der Spitze, wenn dahinter viele alte konservative Männer die Politik für Frauen rückwärtsgewandt gestalten wollen?

(Lebhafter Beifall)

Was nützt eine Frau an der Spitze, die mit Ivanka Trump auf dem Podium diskutiert, aber das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit für Frauen verhindert?

(Lebhafter Beifall)

Wir haben einen starken Mann an der Spitze mit starken Frauen an seiner Seite, mit Ministerinnen, die an seiner Seite kämpfen und es weiter tun werden, mit Frauen in der Parteispitze, mit einer tollen Ministerpräsidentin. Das sind die Frauen der SPD, die gemeinsam mit Martin Schulz dafür sorgen werden, dass es für Frauen in unserem Land gerechter zugeht und dass wir endlich echte Gleichstellung zwischen Frauen und Männern bekommen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns nach diesem Tag der guten Debatte gemeinsam mit klarer Haltung in den Wahlkampf ziehen. Ich bin ein Kind sozusagen aus 74, aber der DDR, und ich habe mit 15 Jahren erlebt, dass maßgeblich auch mithilfe von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Ostdeutschland eine friedliche Revolution möglich war. Ich habe das Geschenk der Freiheit und Demokratie bekommen. Und als meine Tochter im letzten Jahr geboren wurde, habe ich mich gefragt: Werden wir unseren Kindern dieses Geschenk von Freiheit, Frieden und Demokratie und auch unserer Natur hinterlassen können?

Dass ich darüber nachgedacht habe, hat mir gezeigt, dass das, was ich 1989 gedacht habe, dass es so leicht wäre oder jedenfalls möglich ist, überall friedlich für Demokratie und Freiheit zu sorgen, für Pressefreiheit, dass das gar nicht so einfach ist und dass es nicht selbstverständlich ist.

Gerade die letzten Monate und Jahre haben uns gezeigt, dass vieles von dem, was gut ist in unserem Land, gerade die Demokratie bei ihren Stärken und Schwächen, eben nicht selbstverständlich ist.

Es ist unsere historische Pflicht als Sozialdemokraten, für diese Demokratie, für diese Freiheit weiterzukämpfen. Dazu gehört ein lebendiger Wahlkampf. Wir werden heute mit einem starken Programm, einer starken Partei und einem starken Kandidaten in den Wahlkampf ziehen und einem starken Kandidaten in den Wahlkampf ziehen und dafür sorgen, dass Martin Schulz der nächste sozialdemokratische Kanzler wird. Tolles Klima heute hier, krasses Ambiente: macht was draus. Der Parteitag ist eröffnet.

(Beifall)

## **Konstituierung**

### **Wahl des Parteitagspräsidiums**

**Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, bevor es losgeht, kommen wir noch zu den Formalien. Auf dem Tisch liegt euch die Tischvorlage 1 für die Zusammensetzung des heutigen Tagungspräsidiums. Ich bitte euch per Handzeichen um Zustimmung. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Einstimmig.

Liebes Tagespräsidium, viel Erfolg. - Aydan, du hast das Wort.

**Aydan Özoguz, Tagungspräsidium:** Liebe Manuela, vielen Dank für diese kraftvolle Einstimmung. Ich denke, man kann ohne Übertreibung sagen, du hast der Familienpolitik in Deutschland ein neues soziales Gesicht gegeben. Darauf sind wir alle wirklich stolz.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Manuela hat jetzt nicht ganz freiwillig ihr Amt gewechselt. Wir sind eine solidarische Partei. Deshalb lasst uns - ich könnte mir vorstellen, dass er jetzt vor dem Fernseher sitzt - kraftvolle, solidarische Grüße an Erwin Sellering schicken.

(Beifall)

### **Beschlussfassung über die Tagesordnung**

Jetzt darf ich euch noch einmal auch im Namen des Tagungspräsidiums begrüßen. Wir kommen zur weiteren Konstituierung, und zwar zur Beschlussfassung über die Tagesordnung. Die findet ihr auf euren Plätzen als Vorlage 2. Wir schlagen euch in Abstimmung mit der Antragskommission vor, den Antragsschluss für Initiativanträge auf 11.50 Uhr zu legen. Ich bitte um Zustimmung zur Tagesordnung. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich habe nur eine Gegenstimme gesehen. Dann ist das so beschlossen.

## **Beschlussfassung über die Geschäftsordnung**

Jetzt kommen wir zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Den Vorschlag für die Geschäftsordnung findet ihr auf euren Plätzen als Vorlage 3. Ich bitte um Zustimmung zur Geschäftsordnung. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

## **Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission**

Dann die Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Der Vorschlag für die Besetzung liegt auf euren Plätzen. Wenn keine Einwände gegen den Vorschlag bestehen, dann bitte ich um die Zustimmung durch das Kartenzeichen. - Auch das ist einstimmig beschlossen.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission treffen sich jetzt sofort von euch aus gesehen links neben der Bühne am Wortmeldetisch. Ihr werdet dort von der Genossin Annette Tönsmann in den Raum für eure Arbeit geführt.

Ein ganz wichtiger Hinweis. Ihr seid schon alle längst dabei. Von diesem Parteitag soll ein klares Signal auf allen Ebenen ausgehen: Wir für mehr Gerechtigkeit. Deshalb twittert, postet bei Facebook. Ihr kennt das alles viel besser. Unser Hashtag: #spdbpt. Teilt die Beiträge, die euch gefallen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe gerade noch gehört, dass ein Neumitglied Geburtstag hat. Das ist die Dagmar Höppener. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(Beifall)

Jetzt wollen wir zu einer ganz besonderen Rede kommen. Dafür gebe ich noch einmal ab an Manuela Schwesig.

**Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, dass jetzt ein ganz besonderer Mensch zu uns sprechen wird. Wir kennen ihn alle. Von 1978 bis 1980 war er Juso-Bundesvorsitzender. Von 1998 - das ist wichtig, Leute -

(Heiterkeit)

bis 2005 - nicht weniger wichtig - Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wie kein anderer steht er für klare Haltung, aber auch für einen echten Wahlkämpfer mit Langstreckenerfahrung. Er hat bewiesen, dass 100 Tage niemand auf Umfragewerte vertrauen sollten. Fulminante Aufholjagden sind möglich, wenn man weiß, für was man steht, wer man ist und was man mit seinem Gewissen vereinbaren kann. Das hat er als Bundeskanzler unseres Landes mehrmals gezeigt.

2002 hat er gesagt, wir sind zur Solidarität bereit. Aber dieses Land wird unter meiner Führung für Abenteuer nicht zur Verfügung stehen.

(Beifall)

Eine klare Haltung, geprägt von Werten und Gewissen, unter hohem außenpolitischem Druck. Eine Haltung, die die Fraktionsvorsitzende der CDU nicht besaß, im Gegenteil.

Lieber Gerhard, wir freuen uns, dich heute in Dortmund begrüßen zu können. Lieber Gerhard, du hast das Wort.

## **Rede des Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder**

**Gerhard Schröder, Bundeskanzler a.D.:** Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, an der Aufzählung meiner diversen Ämter konnte man in jedem Fall eines sehen: wie alt ich geworden bin.

(Heiterkeit)

Aber man hat es zur Kenntnis zu nehmen. Ich will aber lieber am Anfang meiner Rede an ein paar Schlagzeilen erinnern. Da hieß es zum Beispiel: „Die Sozialdemokraten haben keine Chance“. „Die SPD wird das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte bekommen“. „Keiner Partei kann es gelingen, einen so deutlichen Abstand aufzuholen“. Wisst ihr, liebe Genossinnen und Genossen, aus welchem Jahr das stammt? Das waren Zitate aus dem Jahr 2005. Wenn ich die Zeitungen und Zeitschriften heute lese, scheint mir das doch sehr ähnlich. Aber wie ist das denn 2005 ausgegangen?

Die Umfragen sahen damals auch schlecht aus. CDU und CSU lagen bei 49 Prozent, wir bei 26 Prozent; wir hatten also 23 Punkte Rückstand. Aber was war am Ende? Am Ende erreichten die Schwarzen gerade mal 35,2 Prozent, wir - das war ein bisschen zu wenig, jedenfalls für mich, für euch aber sicher auch - 34,2 Prozent. Wir

haben also – Franz Müntefering, wir haben das zusammen mit allen anderen gemacht - über 20 Prozentpunkte aufgeholt – und das in wenigen Wochen.

(Beifall)

Keine Frage: Es hat am Ende knapp nicht gereicht, aber wir haben gekämpft, und wir haben aufgeholt. Und was damals ging, liebe Genossinnen und Genossen, das geht heute auch.

(Beifall)

Ich weiß wohl: Es gibt auch in unseren Reihen die eine und den anderen, die die Köpfe hängen lassen; denn ihnen stecken die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen verdammt tief in den Knochen. Denen sage ich: Nichts ist entschieden. Nicht Journalisten, nicht Umfragemenschen entscheiden Wahlen, sondern es sind immer noch die Wählerinnen und Wähler. Und wir wissen, dass sich ein Drittel der Wählerinnen und Wähler erst am Wahltag - oder jedenfalls kurz davor - entscheidet.

Und genau dies, liebe Genossinnen und Genossen, ist unsere Chance. Wenn wir in den nächsten Wochen alle Kräfte mobilisieren, um jede Stimme kämpfen, dann können wir unser Ziel erreichen, dann werden wir es schaffen, die SPD zur stärksten Partei zu machen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, dafür muss man kämpfen, aber man muss die Macht, die demokratisch legitimierte Macht, um die es geht, auch unbedingt wollen, und Martin Schulz hat deutlich gemacht: Er will kämpfen um dieses Amt, weil er es will. Und das ist richtig so; denn nur wer dieses Amt unbedingt will, wird es auch bekommen.

(Beifall)

Auf dem Weg in dieses Amt darf es eben keine Selbstzweifel geben – nicht beim Kandidaten, aber, liebe Freundinnen und Freunde, auch nicht bei euch, auch nicht bei der deutschen Sozialdemokratie.

(Beifall)

Die anderen, die Schwarzen, glauben, dass der Staat ihnen gehöre, dass es eine Art Betriebsunfall sei, wenn Sozialdemokraten regieren. Das ist falsch, liebe

Freundinnen und Freunde; denn wir haben bewiesen, dass wir es können, und zwar besser als die anderen.

(Beifall)

Kein Zweifel: Es war gut für unser Land, dass wir Sozialdemokraten seit 1998 nunmehr 15 Jahre regiert oder auch mitregiert haben. Aber - das ist die Erfahrung, die wir doch alle gemacht haben – es wäre doch besser gewesen, wenn wir die ganze Zeit über den Kanzler gestellt hätten.

(Beifall)

In manchen Bereichen wären wir dann weiter, als wir es jetzt sind. Ich denke an die Zukunftssicherung unserer Sozialsysteme, ich denke an die Verwirklichung der Bildungsgerechtigkeit; denn, liebe Genossinnen und Genossen, was ihr vorhabt, was in eurem Programm steht - die Kostenfreiheit vom Kindergarten bis zur Hochschule -: Das ist der richtige Weg, damit auch Kinder aus armen Familien eine Chance haben.

(Beifall)

Martin Schulz ist ein leidenschaftlicher Europapolitiker. Auch in der Europapolitik stünden wir heute besser dar. Die tiefe Spaltung Europas im Zuge der Eurokrise geht auch auf das Konto von Merkel und Schäuble.

(Beifall)

Wir, die deutschen Sozialdemokraten, haben jetzt mit dem neuen französischen Präsidenten Macron die große, ja, die historische Chance auf eine Wiederbelebung der deutsch-französischen Freundschaft, die auch in der Substanz in den letzten Jahren gelitten hat, und hierfür ist ein Duo Macron/Schulz jedenfalls die bestgeeignete Konstellation.

(Beifall)

Liebe Freunde, es kann doch kein Zweifel sein: Die europäische Zusammenarbeit - weit mehr vertieft als bisher - ist gegenwärtig notwendiger denn je. Das sehen wir gerade dann, wenn wir auf die Vereinigten Staaten von Amerika und vor allem auf das schauen, was uns von dort gegenwärtig entgegenkommt. Was in den USA passiert, das muss man offen, aber auch hart kritisieren.

(Beifall)

Übrigens - nur nebenbei bemerkt -: Wenn ich gegenwärtig höre, wer sich im Moment

alles von Amerika emanzipieren will, dann wundere ich mich schon selbst über Auftritte in bayerischen Bierzelten.

(Beifall)

Das waren doch - ich erinnere mich - immer diejenigen, die den Amerikanern in jeden Krieg - auch in den Irakkrieg - folgen wollten,

(Beifall)

und es waren die, die uns, als wir mit eurer Unterstützung Nein gesagt haben, als antiamerikanisch brandmarken wollten, was wir weder waren noch jemals sein werden.

(Beifall)

Wir müssen, liebe Genossinnen und Genossen, einem Präsidenten Trump in den USA selbstbewusst entgegenreten. Das passiert mir noch ein bisschen zu wenig. Vor allen Dingen an zwei Punkten – ist es unsere, ist es eine deutsche Aufgabe und ist es eine europäische Aufgabe, gegenzuhalten -:

Das eine sind die Rüstungsausgaben.

(Beifall)

Das in diesem Zusammenhang häufig angemahnte 2-Prozent-Ziel ist niemals beschlossen worden, und darauf müssen wir bestehen.

(Beifall)

Wir dürfen uns eben nicht einseitig auf das Militärische fixieren; denn wir wissen doch: Eine Politik der Sicherheit umfasst nicht nur Aspekte von Militär und Polizei, nein, es müssen auch die Wurzeln der Unsicherheit bekämpft werden. Die sozialdemokratischen Außenminister Willy Brandt, Frank-Walter Steinmeier und jetzt auch Sigmar Gabriel wussten das und handelten und handeln auch entsprechend. Dialog ist besser als Konfrontation – überall in der Welt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der zweite Punkt ist die Wirtschaftspolitik. Kein Zweifel: Die Vereinigten Staaten von Amerika nutzen ihre ungeheure politische Macht - und sie werden globale Macht bleiben -, um auf dem Weltmarkt, wo er nicht zu dominieren ist, jedenfalls die Ersten

zu sein.

Und ja, Unternehmen wie Volkswagen und auch die Deutsche Bank haben schwere Fehler gemacht - keine Frage. Aber was die Trumpisten heute wollen, ist nicht fairer Ausgleich, sondern hier sollen Konkurrenten auf den Weltmärkten kleingehalten werden. Und genauso agiert man in der Handelspolitik. Das können und das dürfen wir im Interesse der Beschäftigten, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland nicht zulassen.

(Beifall)

Ein anderer Aspekt: Vor einigen Wochen habe ich erneut mit Hans-Jochen Vogel gesprochen. Er hat mir einen Rat für diesen Parteitag mitgegeben. Er sagte: Vergesst nicht die Entspannungspolitik! Sie gehört einzig und allein der deutschen Sozialdemokratie. Und ihr, liebe Genossinnen und Genossen, seid die Erben dieser Brandt'schen und Schmidt'schen Entspannungspolitik. Achtet darauf!

(Beifall)

Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent - das ist Teil des kollektiven Bewusstseins unseres Volkes - kann und wird es nur geben, wenn wir vernünftige und gute Beziehungen auch zu unserem großen Nachbarn Russland haben.

(Beifall)

Und in der Tradition der Ostpolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt kann hier weit mehr als bisher erreicht werden. Und ich bin sicher, Martin wird sich darum bemühen.

(Beifall)

Ich habe das Programm - liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte um Entschuldigung; die Zeit meiner politischen Arbeit ist ja vorbei - nicht vollständig gelesen.

(Heiterkeit)

Aber ich habe wahrgenommen, dass die SPD erneut mit den Zuständen, die sie antrifft, nicht zufrieden ist. Und genau das - auch wenn es einem gelegentlich in dem einen oder anderen Amt Ärger macht - macht auch die deutsche Sozialdemokratie aus. Und genau das unterscheidet uns doch von den Konservativen. Aber uns unterscheidet von den Konservativen auch, was wir unter Patriotismus verstehen. Wir verstehen unter Patriotismus das, was Bertolt Brecht in seiner Kinderhymne so

wunderbar auf den Punkt gebracht hat, als er sagte: Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wir es. Und das Liebste mag's uns scheinen, so wie andern Völkern ihrs.

(Beifall)

Das ist jene Form von deutschem Patriotismus, die mit unserer Verfassung in Einklang steht.

(Beifall)

Ich finde das gut: Gerechtigkeit, Zukunft, Europa. Gerecht ist - wir wissen das; und wir handeln danach -, was Menschen in Erwerbsarbeit bringt, damit sie ihr Leben in die eigenen Hände nehmen können. Gerecht ist es, immer wieder die Sozialversicherungen so zu gestalten, dass die Menschen auch in Zukunft gegen die großen Lebensrisiken abgesichert sind. Gerecht ist es auch, dafür zu sorgen - und im Kern ist das auch die Aufgabe der deutschen Gewerkschaften -, dass die wirtschaftliche Basis stimmt. Denn wir können nur das verteilen, was vorher geschaffen worden ist.

(Beifall)

Auch das gehört zu einer nachhaltigen Politik. Und genau das unterscheidet uns als Menschen mit Vernunft doch von dem, was wir in der Links-Partei an dubiosen Forderungen antreffen.

(Beifall)

Insofern ist das, was Martin Schulz mit anderen zusammen mit dem Steuer- und Rentenkonzept vorgelegt hat, verantwortungsbewusst. Und es ist - ganz im Sinne des Mottos dieses Parteitages - wahrlich zukunftsorientiert.

Jetzt muss ich eines hinzufügen: Andrea, ich muss dir sagen: Mit dem Rentenkonzept seid ihr auf dem richtigen Dampfer. Aber ich hatte nicht immer erwartet, dass du das so toll machen würdest.

(Beifall und Heiterkeit)

Liebe Freunde, um all das umzusetzen, was ihr aufgeschrieben habt und heute sicherlich einstimmig beschließen werdet, brauchen wir politische Macht. Genau deshalb wollen wir regieren, um diese Sachen Wirklichkeit werden zu lassen. Deswegen wollen wir einen Bundeskanzler Martin Schulz. Dafür müsst ihr, dafür müssen wir alle noch kämpfen. Es sind noch 13 Wochen - Franz Müntefering wüsste

das jetzt auf Tage und Minuten genau; ich bin im Rechnen nicht so gut - bis zur Bundestagswahl. Das ist eine lange Zeit, um die Stimmung zu drehen und Stimmen für die Sozialdemokraten zu bekommen.

(Beifall)

Aber um das zu schaffen, um das hinzubekommen, müssen alle die Ärmel hochkrempeln, muss sich jede und jeder beteiligen. Es braucht Disziplin, keine Frage. Es braucht Geschlossenheit, aber es braucht auch Selbstbewusstsein und vor allen Dingen Kampfeswillen. Es geht um genau das, was auf unserer Traditionsfahne von 1863 steht: Einigkeit macht stark.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage auch hier - alles andere wäre auch nicht vernünftig -: Ich weiß, dass ich es euch in meiner Amtszeit als Bundeskanzler und Parteivorsitzender nicht immer leicht gemacht habe.

(Beifall)

Aber ich füge jetzt ganz leise hinzu: Ihr mir aber auch nicht.

(Beifall und Heiterkeit)

Aber eines weiß ich auch: In jedem der Wahlkämpfe, die wir miteinander geführt haben, an deren Spitze ich stand, konnte ich mich immer auf „meine“ SPD verlassen. Martin Schulz hat einen Anspruch darauf, dass ihr ihn genauso leidenschaftlich unterstützt. Er hat es verdient, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lieber Martin, du hast die Leidenschaft, die ein Politiker braucht. Und in deinen Ämtern hast du gezeigt, dass du Verantwortung übernehmen willst und kannst. Und du hast gerade in den letzten, verdammt schwierigen Wochen gezeigt, dass du auch mit schwierigen und schweren Situationen fertig wirst und - was man in diesem Amt braucht - dass du Druck aushalten kannst. Das ist eine Fähigkeit, die du in der Tat im Kanzleramt noch mehr brauchen wirst als jetzt. Du hast also alles, was man für dieses Amt braucht, und du hast eine kampferprobte Partei hinter dir, die für dich da sein wird.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein großer Kanzler der deutschen Sozialdemokratie, Helmut Schmidt, hat beim Wahlparteitag 1998 in Leipzig folgende

Worte an mich gerichtet, die ich dir, Martin, sehr gerne mit auf den Weg geben möchte. Ich zitiere Helmut Schmidt. Er sagte damals: Ich wünsche dir, du mögest ein Bundeskanzler werden, der zugleich mit Weitblick und mit Augenmaß die Richtlinien der Politik bestimmt. Ich wünsche dir die Tapferkeit, das Notwendige auch dann zu tun, wenn es zunächst unpopulär ist. - In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen: Auf in dem Kampf! Venceremos!

(Lang anhaltender Beifall)

**Michael Groschek, Tagungspräsidium:** Lieber Gerd, herzlichen Dank für diesen tollen Anstoß. Toll, dass du heute für uns Brioni gegen das Falkenhemd getauscht hast. Danke dafür!

Ich glaube, Genossinnen und Genossen, du hast uns Mut gemacht, und du hast uns Vorfreude gegeben, Vorfreude auf die nächste Elefantenrunde, wenn Martin Schulz dann sagen kann: Ich bin der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland! - Du hast den Weg gewiesen, und Martin wird's einlösen!

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns jetzt noch einmal unsere Gäste begrüßen, weil über 6 000 Gäste den Weg zu uns gefunden haben. Herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass ihr da seid, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

So, Genossinnen und Genossen, wir werden jetzt die nächste Etappe des Parteitags einläuten, indem wir mit der Programmberatung beginnen. Das Programm wird das Kursbuch sein, damit Martin sein Ziel, unser Ziel erreicht. Worum es geht? - Seht selbst!

**Johanna Uekermann, Juso-Vorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, ihr habt jetzt jemand anders erwartet: etwas weniger Haare, ein bisschen älter. Aber jetzt kommt nach dem Juso-Bundesvorsitzenden a. D. erst einmal die amtierende Juso-Bundevorsitzende.

(Beifall)

Ich stehe hier und heute aber nicht nur als Juso-Bundevorsitzende an diesem Redepult. Ich stehe heute an diesem Redepult als junge Frau. Ich stehe hier als

Vertreterin meiner Generation. Ich kann euch sagen: Meine Generation hat Angela Merkel satt!

(Beifall)

Sie hat genug vom Schweigen, vom Abwarten, hat genug von ideenloser Politik, hat genug davon zuzuschauen, wie Europa vor die Hunde geht. Ja, ich habe es satt, dass an der Spitze der Bundesregierung eine Frau sitzt, der der Machterhalt wichtiger ist, als sich um die Menschen in unserem Land zu kümmern. Und ich habe es satt, dass nichts getan wird für meine Generation, für Frauen, für Leute, die Unterstützung brauchen. Ich habe es satt, dass Angela Merkels Bauchgefühl mehr zählt als das, was eigentlich gerecht ist!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr wisst, dass ich kein Fan der Großen Koalition bin.

(Beifall)

Aber wenn sich in den letzten vier Jahren etwas bewegt hat, dann wegen uns. Was die Union gemacht hat, war gar nix! Und im schlimmsten Fall haben sie sogar noch unsere Projekte blockiert. Wer hat denn dafür gesorgt, dass Frauen weiterhin in der Teilzeitfalle hängen, weil das Recht auf Rückkehr in die Vollzeit nicht kommt? Wer verhindert denn seit Jahren, dass endlich alle heiraten können, die sich lieben?

(Beifall)

Wer hockt denn als schwarze Null im Finanzministerium und sorgt dafür, dass Schulen und Universitäten auseinanderfallen und bezahlbare Wohnungen Mangelware sind?

(Beifall)

Wer lässt zu, dass junge Leute von einem befristeten Vertrag in den nächsten gezwungen werden und dass sie in der Ausbildung oft nichts verdienen?

(Beifall)

Und wer setzt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aufs Spiel, weil er die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander gehen lässt?

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr kennt die Antwort: Merkel, Schäuble, und all die Ideen- und Tatenlosen aus der Union sind es!

(Beifall)

Meine Generation braucht aber endlich einen Bundeskanzler, der den Mut hat, Probleme anzupacken, der eine Idee davon hat, wohin er mit Deutschland und Europa will, der sich nicht scheut, die großen Fragen anzugehen, einen Bundeskanzler, der weiß, was die Leute umtreibt, einen Bundeskanzler, dem meine Generation nicht komplett egal ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, in meiner Generation stehen viele vor einer ungewissen Zukunft. Unsere Arbeitsverträge sind viel zu oft befristet, unsere Azubi-Gehälter reichen viel zu selten aus, damit man auf eigenen Beinen stehen kann. Frauen bekommen immer noch 21 Prozent weniger Gehalt und haben zudem noch die schlechteren Aufstiegschancen.

Unsere Schulen und Unis zerbröseln, und eine Wohnung in Hamburg, München oder Köln können sich eh nur noch die reichen Kids leisten.

(Beifall)

Meine Generation braucht einen Bundeskanzler, der unsere Zukunft nicht aufs Spiel setzt, einen, der uns ernst nimmt, einen, der anpackt. Und dieser Kanzler ist Martin Schulz!

(Beifall)

Apropos anpacken: Besonders in Europa brauchen wir endlich Reformen. Wie viele in meiner Generation dachte ich immer: Europa - das gibt es einfach. - Aber falsch gedacht! Es ist nicht selbstverständlich, dass alles immer nur besser wird. Im Gegenteil! Heute müssen wir wieder darum kämpfen, dass Europa zusammenhält. Die Rechtspopulisten aller Länder wollen Europa fallen sehen, und sie sind weit damit vorangekommen. Während Merkel von Meinung zu Meinung wandert, zeigt Martin Rückgrat und Haltung. Meine Generation weiß das!

(Beifall)

Das Video, wie Martin die Faschisten aus dem Europaparlament wirft, kennen alle, auch die, die mit Politik überhaupt nichts am Hut haben.

(Beifall)

Wir wollen einen Kanzler, der sich den Rechtspopulisten mit aller Kraft in den Weg stellt. Und dieser Kanzler ist Martin Schulz!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das Fundament unserer Gesellschaft hat Risse bekommen. Viele spüren diese eklatante Ungerechtigkeit, diese Schieflage im Land. Die Reichen werden reicher, die Armen noch ärmer. Um das zu ändern, macht Martin Schulz Gerechtigkeit zu *dem* zentralen Inhalt unseres Wahlprogramms. Dafür braucht es Mut. Denn wer die vielen Ungerechtigkeiten angehen will, der muss so einiges verändern, und der wird auf Widerstand stoßen. Meine Generation ist auf einen Kanzler angewiesen, der die Vision und die Kraft für eine gerechtere Gesellschaft für alle hat. Und dieser Kanzler ist Martin Schulz.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kämpfen bis zum 24. September mit allem, was wir haben, dafür, dass die SPD stärkste Kraft wird. Wir kämpfen dafür, dass der nächste Bundeskanzler einer ist, der dieses Land auch gestalten will. Wir kämpfen dafür, dass der nächste Kanzler ein überzeugter Europäer ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist Zeit für Gerechtigkeit - es ist Zeit für Martin Schulz!

(Anhaltender Beifall)

## **Rede des Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Martin Schulz**

**Martin Schulz, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Herzlich willkommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, auf dem wir unser Regierungsprogramm für die nächste Legislaturperiode verabschieden wollen. Ein Regierungsprogramm, an dem wir alle gearbeitet haben. Auf allen Ebenen haben wir über dieses Programm diskutiert – leidenschaftlich, manchmal auch sehr kontrovers. Wir haben zwei Jahre lang hart gearbeitet, um heute ein Programm mit den besten Konzepten für unser Land und für die Zukunft unseres Landes zu beschließen.

Ich sage euch: Ich bin stolz auf unsere Arbeit, und ich bin all denjenigen dankbar, die viel Arbeit, viel Kraft und viel Engagement in diesen Prozess gesteckt haben. Ich denke, wir werden ein Programm verabschieden, auf das wir stolz sein können.

Bevor wir aber dazu kommen, es zu verabschieden, will ich euch, liebe Genossinnen und Genossen und liebe Gäste, eine Geschichte erzählen. Es ist die Geschichte von der asymmetrischen Demobilisierung. Ein bekannter Meinungsforscher hat Angela Merkel im Jahre 2009 einen taktischen Rat gegeben: „Sagen Sie nichts. Nehmen Sie zu nichts Stellung. Beziehen Sie keine konkrete Position.“ Zugegeben, es war eine erfolgreiche Strategie.

Während wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in allen Wahlkämpfen Konzepte vorstellen und Stellung beziehen, während wir uns mit unseren Ideen der öffentlichen Debatte und Auseinandersetzung stellen, wird auf der anderen Seite geschwiegen. Es gibt ja Angela Merkel; das reicht ja. Ein erfolgreiches Modell 2009, auch ein erfolgreiches Modell 2013 – aber nicht mehr im Jahre 2017!

(Beifall)

Ich erzähle die Geschichte nicht von ungefähr, die Geschichte von der asymmetrischen Demobilisierung. Ich erzähle sie sehr bewusst. Jeder und jedem muss klar sein, was es bedeutet, wenn eine Regierungszentrale, wenn das Hauptquartier einer Regierungspartei systematisch beschließt, die Debatte um die Zukunft des Landes zu verweigern, wenn sie sagen: Wir nehmen billigend in Kauf, dass die Menschen nicht zur Wahl gehen. Im Gegenteil: Wir fördern sogar bewusst das Absinken der Wahlbeteiligung, weil wir ja wissen, dass die sinkende Wahlbeteiligung zulasten der anderen geht. Wenn das Hauptquartier einer Partei und eine Regierungszentrale das Absinken der Wahlbeteiligung mit System betreiben, mit Vorsatz, als wahltaktische Maßnahme, dann nennt man das in Berliner Kreisen vielleicht asymmetrische Demobilisierung. Ich nenne das einen Anschlag auf die Demokratie.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, ich danke euch für euer zahlreiches Kommen, den 6 000 Gästen, die heute bei uns sind, allen, die bereit

sind, in diesen Wahlkampf mit Engagement, mit Leidenschaft und Kraft zu gehen. Seit Januar sind 20 000 Menschen in die SPD eingetreten. 20 000!

(Beifall)

So eine Eintrittswelle hat es zuletzt 1998 gegeben. Die Menschen, die sich jetzt bei uns engagieren, kommen aus allen Regionen des Landes, sie kommen aus allen Bevölkerungsgruppen, und sie kommen aus allen Generationen. Es sind viele dabei, die jetzt zum ersten Mal den Schritt machen, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren, die mit uns allen gemeinsam etwas bewegen wollen, die ihr Herz über die Hürde werfen und sagen: Ja, ich bin dabei! Viele von denen, die das sagen, sind heute zum ersten Mal auf einem SPD-Parteitag, hier bei uns in der Westfalenhalle. Euch, den neuen Genossinnen und Genossen, ein besonders herzliches Willkommen!

(Beifall)

Aber warum sind gerade jetzt so viele zu uns gekommen, um sich mit uns zu engagieren und bei uns mitzuarbeiten? Ich glaube, weil sie, wie wir alle, spüren, dass es einen tiefen Grund gibt, jetzt anzupacken, jetzt mitzumachen. Es gibt einen epochalen Wandel, den wir alle spüren.

Um welche Fragen handelt es sich? Was sind die Dinge, die diesen epochalen Wandel ausmachen? Erstens geht es um die Frage, wie wir aus technologischen und wirtschaftlichen Innovationen sozialen Fortschritt gestalten. Zweitens geht es um die Frage, wie wir unsere Gesellschaft in einer Zeit rasanter Veränderungen zusammenhalten, wie wir Sicherheit im Wandel schaffen und zugleich für Gerechtigkeit sorgen. Und es geht drittens – ich glaube, das ist ganz zentral – um die Schicksalsfrage unseres Kontinents. Es geht darum, wie wir das demokratische Europa stärken. Es geht darum, wie wir den Frieden sichern in einer Welt, in der der Frieden bedroht ist.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das sind die drei großen Fragen, die viele umtreiben. Angesichts dieser Fragen wollen viele mitmachen, haben viele gemerkt, dass eine bessere Zukunft nicht von alleine kommt. Und sie haben sich für die Sozialdemokratie entschieden.

Denn unser Auftrag ist seit jeher, die Würde des Menschen in Zeiten gewaltiger Umbrüche zu sichern, Fortschritt zu gestalten und immer den Menschen, immer das Individuum, immer die einzelne Person, den einzelnen Mann, die einzelne Frau, das einzelne Kind in den Mittelpunkt dieses Wandels und dieses Fortschritts zu stellen. Das, die Würde des Menschen im Fortschritt zu verwirklichen, ist die Mission der Sozialdemokratie, das ist die Mission der SPD.

(Beifall)

Unsere Partei hat sich in der Industrialisierung den entfesselten Kräften des Kapitalismus entgegengestellt. Aber auch im 21. Jahrhundert wirken solche entfesselten Kräfte. Allerdings wirken sie heute global. Es sind die Kräfte, die die Umwelt zerstören. Sie spekulieren hemmungslos an den Börsen, zum Beispiel auf Nahrungsmittel, weil sie wissen, dass die Verknappung der Nahrung den Preis für die Nahrungsmittel in die Höhe treibt, was dazu führt, dass der Hunger der einen der Profit der anderen ist. Was für ein perverses System, dem man sich in den Weg stellen muss!

(Beifall)

Sie verkaufen Waffen und nehmen die Destabilisierung ganzer Regionen durch ihre rücksichtslose Ausbeutung in Kauf. Sie nehmen Kriege, Krisen und Hunger als Folge ihres Handelns billigend in Kauf.

An dieser globalen Entwicklung beteiligt sich die Volksrepublik China genauso wie die Vereinigten Staaten von Amerika und leider auch wir Europäer. Diese Art von Politik führt zu Wanderungsbewegungen, die nicht aufhören werden, die menschenunwürdig sind und die aus dem Mittelmeer ein Massengrab machen. Die Macht der Profitmaximierung ohne jede Rücksicht zerstört die Würde des Menschen. Diese Kräfte zu zivilisieren, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel anzupacken.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Aufgabe, Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, ist es, den Wandel anzupacken, ihn anzunehmen und ihn zu einem Erfolg zu machen.

Unsere Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind dabei unser Kompass. Gerade weil die Welt sich schneller dreht, gerade weil sie in einem

täglichen Wandel ist, halten wir an diesen Grundwerten fest. Ja, manchmal sagt man uns, das sei ein bisschen altmodisch und ein bisschen antiquiert. Nein, im Gegenteil: In einer sich wandelnden Welt geben diese Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Kraft, Orientierung und Hoffnung. Wer heute versucht, liebe Genossinnen und Genossen, sich ohne Kompass durchzuwursteln, verliert die Richtung. Und wer die Richtung verliert, der verliert die Zukunft. Aber die CDU und die CSU, die wollen sich durchwursteln. Wir haben ein anderes Programm, das wir heute verabschieden werden!

(Beifall)

Wir stellen uns der großen Herausforderung unserer Zeit: der Digitalisierung. Sie verändert fast alle Bereiche unserer Gesellschaft, unseres Lebens und unseres Alltags. Sie wird bestimmen, wie wir leben. Wie wir kommunizieren, bestimmt sie heute schon. Sie wird bestimmen, wie wir arbeiten und wie wir wirtschaften, wie wir Freiheit und Demokratie gestalten. Uns allen hier muss klar sein: Das Digitale ist politisch.

Unser Anspruch muss es sein, aus dem technischen Fortschritt der Digitalisierung auch einen gesellschaftlichen Fortschritt zu machen. Unser Anspruch muss es sein, da Grenzen zu setzen, wo es Fehlentwicklungen gibt, wo ungebremste Kommerzialisierung und auch totalitäre Tendenzen unser Gesellschaftsmodell untergraben, da, wo der Mensch zum Objekt gemacht wird, zum Datenlieferanten mit Ohren.

Unser Anspruch muss es aber auch sein, zugleich die Chancen zu ergreifen, die die Digitalisierung bringt, die Chancen, die sich eröffnen für Emanzipation, für Teilhabe und für sozialen Aufstieg.

Ich habe in den letzten Monaten mit vielen Kreativen gesprochen, und was ich immer wieder gehört habe, ist: Wenn ihr wollt, dass digitale Start-ups in Deutschland erfolgreich sind, dann brauchen wir nichts weniger als einen Kulturwandel in unserem Land. Wenn wir es richtig anpacken, hilft die Digitalisierung, neue, gut bezahlte und humane Arbeitsplätze zu schaffen. Dann hilft sie, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Dann hilft sie, unser Gesundheitssystem zu verbessern. Dann hilft sie, Stadt und Land durch bessere Mobilität zu vernetzen. Dann hilft sie, uns neue Bildungschancen zu eröffnen. Wir wollen uns aber nicht allein am technisch Machbaren oder gar am möglichst höchsten Profit orientieren. Nein, auch hier wollen wir den Menschen, das Individuum, den Einzelnen und die Einzelne in den Mittelpunkt der Veränderung stellen.

Deshalb bin ich den Gewerkschaften so dankbar, den vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen in den Betriebsräten, die sich gerade intensiv in die Digitalisierungsdebatte einbringen und helfen, die Dinge in eine richtige Richtung zu bringen. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, die Innovationen entstehen vor allem in den Betrieben. Deshalb brauchen wir mehr und nicht weniger betriebliche Mitbestimmung; denn wir wollen zeigen, dass ein moderner Sozialstaat auch im digitalen Zeitalter möglich ist und gelingt.

(Beifall)

Deshalb ist es schön, dass die gesamte Führungsriege der deutschen Gewerkschaften bei uns ist, mit Reiner Hoffmann an der Spitze.

Innovationen, liebe Genossinnen und Genossen, entstehen eben in den Betrieben. Aber im digitalen Zeitalter bedarf es großer Initiativen. Unser Programm atmet genau diesen Geist, die Zukunft zu gestalten, indem wir investieren. Wir wollen die digitale Bildung in die Schulen, in die Berufsschulen und in die Weiterbildung bringen. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass die Substanz unseres Staates nicht weiter kaputtgespart wird,

(Beifall)

sondern dass die notwendigen Investitionen in unsere Schulen mit ordentlichen Gebäuden und mit moderner Ausstattung, mit genügend Lehrkräften und mit genügend Schulsozialarbeitern endlich angepackt werden.

Wir wollen, dass die Überschüsse endlich in die Hand genommen werden. Wir werden sie in die Hand nehmen, um in Infrastruktur, in Forschung und in Entwicklung zu investieren. Ja, lasst uns doch anspruchsvoll sein!

Im Jahr 2025 wollen wir in Deutschland eine der modernsten digitalen Infrastrukturen der Welt haben, in den Metropolen genauso wie in den Klein- und Mittelstädten und auf dem Land. Das wollen wir nicht als Selbstzweck; denn jeder weiß doch hier in diesem Haus, dass wir investieren müssen aus einem ganz simplen Grund: Ein schnelles Netz ist die entscheidende Frage für die Zukunft Deutschlands. Wer da nicht investiert, verspielt die Zukunft der Bundesrepublik.

(Beifall)

Kurzum: Wir brauchen in Deutschland und in Europa ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Wachstumsstrategie, zu einer innovativen Industriepolitik, und wir brauchen vor allen Dingen die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen.

Denn dort, bei den kleinen und mittleren Unternehmen, entstehen die meisten Arbeitsplätze.

Wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen für mutige Gründerinnen und Gründer, die sich trauen, mit ihrer Geschäftsidee etwas zu riskieren! Genossinnen und Genossen, lasst mich an dieser Stelle etwas hinzufügen. Bei den Neugründungen können wir auch von den Vereinigten Staaten von Amerika lernen. Wir brauchen mehr Mut. In den Vereinigten Staaten gibt es ein klares Prinzip, das das Silicon Valley stark gemacht hat. Das ist die Überlegung: Idee, Versuch, Erfolg – super. Idee, Erfolg, Misserfolg – nächste Idee.

Wie ist es bei uns? Idee, Versuch, Erfolg – super. Idee, Erfolg, Misserfolg – dann bist du in der Regel für den Rest des Lebens erledigt.

Man muss nicht immer, aber man kann manchmal von den Vereinigten Staaten von Amerika lernen, damit wir mehr Risikobereitschaft haben, damit wir junge Männer und Frauen zum Risiko ermutigen. Dabei müssen wir ihnen helfen. Das ist der Kulturwandel, den wir brauchen.

(Beifall)

Wir handeln entschlossen! Wir handeln jetzt! Wir investieren in unser Land! Deshalb ist unser Steuerkonzept ein Finanzkonzept mit den Finanzvolumina, die wir brauchen. Wir setzen nicht wie die Union auf Durchwursteln und wir kapitulieren auch nicht bei jedem Einwand.

Wir wollen, dass auch die junge Generation, für die Johanna eben hier gesprochen hat, die gleichen Chancen auf ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand hat wie die Generationen vor ihr!

Genossinnen und Genossen, ich will das in aller Klarheit sagen: Wer heute nicht investiert, wer heute nicht daran denkt, dass wir nur dann leistungsfähig und stark bleiben, sondern wer die Milliardenüberschüsse, die wir zur Verfügung haben, als Steuergeschenke für Superreiche verteilen will, der hat sicher alles im Sinn, aber keine Gerechtigkeit. Vor allem hat er eines nicht im Blick: Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass die nächste Generation sich auf die handelnde Generation verlassen können muss. Ich will, dass unsere Kinder und deren Kinder wissen: Das Wichtigste für uns ist, dass sie eine gute Zukunft haben. Das ist unsere Pflicht.

(Beifall)

Die zweite große Herausforderung unserer Zeit ist es, unsere Gesellschaft in einer Zeit rasanter Veränderungen zusammenzuhalten, Sicherheit im Wandel zu schaffen

und für Gerechtigkeit zu sorgen. Auch hier ist ein Epochenwechsel spürbar für uns alle. Die Idee unseres Sozialstaats ist die Verbindung von bürgerlichen Freiheitsrechten mit sozialen Bürgerrechten. Die Bürgerinnen und Bürger können darauf vertrauen, dass der Staat sicherstellt, dass sie ihr Leben frei gestalten können und dass es im Land gerecht zugeht.

Freiheit und Gerechtigkeit sind für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten untrennbar miteinander verbunden. Sie sind die Bedingungen für den gesellschaftlichen Fortschritt, den unser Land jetzt so dringend braucht. Aber, Genossinnen und Genossen, dieser Fortschritt braucht Vertrauen!

Vertrauen darin, dass Leistung mehr zählt als Herkunft!

Vertrauen darin, dass die Perspektive unserer Kinder nicht vom Portemonnaie und den Beziehungen ihrer Eltern abhängt. Übrigens auch nicht von der Wohnadresse beim Vorstellungsgespräch.

(Beifall)

Vertrauen darin, dass die großen Lebensrisiken Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit verlässlich abgesichert werden! Dass es eine Gesundheitsversorgung gibt, die die Menschen gleich behandelt und nicht der eine Monate auf einen Arzttermin warten muss, während der andere, nur weil er anders versichert ist, sofort drankommt. Diese Ungerechtigkeit, die werden wir durch ein neues System ersetzen.

(Beifall)

Vertrauen darin, dass Frauen die gleichen Chancen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt haben wie Männer.

Vertrauen darin, dass es gleichwertige Lebenschancen gibt in der Stadt und auf dem Land.

Vertrauen darin, dass kulturelle Vielfalt eine Stärke ist und kein Risiko.

(Beifall)

Dieses Vertrauen, Genossinnen und Genossen, ist notwendig, um unser Land solidarisch zusammenzuhalten.

Wir kämpfen für dieses Vertrauen. Wir werben um dieses Vertrauen. Aber wer das Vertrauen erwerben will, der muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es verloren gegangen ist. Häufig ist es verloren gegangen, weil die Menschen spüren, dass in dieser Gesellschaft der Respekt vor der individuellen Lebensleistung der Menschen

fehlt. Vertrauen in eine Gesellschaft, Vertrauen in einen Staat hat eine Grundvoraussetzung: dass man sich zugehörig fühlt, dass man sich mitgenommen fühlt, dass man sich sicher sein kann, in der Gemeinschaft aufgehoben zu sein.

Das beschreibt, was Menschen oft nicht mehr empfinden: nämlich Respekt. Mir sind unzählige Menschen in den letzten Monaten begegnet, denen es gut geht, die sagen, ich komme durch, irgendwie läuft es. Aber für mein Schicksal und das meiner Kinder interessiert sich doch keiner. Ihr kennt doch alle die Diskussion im Freundeskreis, im Betrieb, im Verein, dieser Mangel an Respekt, der das Vertrauen zerstört. Die Chirurgin, die Herzen verpflanzt und Leben rettet, bekommt unseren Respekt, unsere Bewunderung und unsere Anerkennung.

Aber der Busfahrer, der morgens unsere Kinder zur Schule fährt, dem vielleicht 80 Kinder in dem Bus anvertraut sind, der schützt auch Leben und hat den Respekt der Gesellschaft genauso verdient.

(Beifall)

Aber er muss spüren, dass er zu dieser Gesellschaft gehört und dass er für seine Lebensleistung respektiert wird. Dann, wenn der Respekt wieder im Mittelpunkt steht, gewinnen wir auch das Vertrauen zurück. Ich sage: Für uns als sozialdemokratische Partei ist das wichtiger als für alle anderen Parteien. Die Menschen müssen wissen, sie können uns vertrauen, weil wir die Partei sind, die ihre Lebensleistung respektiert und sie in den Mittelpunkt unserer Politik stellt.

(Beifall)

Aber genau dieses Modell, Genossinnen und Genossen, dieses Modell dieses Staates, in dem Respekt und gegenseitiges Vertrauen herrscht, der Staat, den unser Grundgesetz in Artikel 20 als einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat beschreibt, wird in diesen Tagen immer häufiger angegriffen.

Dieses Vertrauen ist brüchig geworden, übrigens nicht nur in unserem Land. In vielen Ländern der Europäischen Union und auch in Übersee erleben wir diese Entwicklung. Das nutzen sie aus, die Populisten dieser Erde. In Italien mit Herrn Salvini an der Spitze, die Le Pens, dieses millionenschwere Familienunternehmen der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus,

(Beifall)

in Österreich diese Erben des Herrn Haider, angeführt von Herrn Strache und dieser unsägliche Herr Wilders in den Niederlanden. Sie wollen ein autokratisches, ein undemokratisches System.

Wenn wir schon von Autokraten reden, dann lasst mich noch einmal Can Dündar nicht nur hier begrüßen, sondern auch die Vertreterinnen und Vertreter unserer Schwesterparteien CHP und HDP.

(Beifall)

Lasst mich sie an dieser Stelle aber nicht nur begrüßen,

(Beifall)

sondern ihnen ein Zeichen der Solidarität geben und ihnen sagen: Wir sind an eurer Seite. Ihr repräsentiert die demokratische Türkei, die wir wollen.

(Beifall)

Es ist ein Skandal, dass tausende Oppositionelle in der Türkei verfolgt und angegriffen werden, und es ist ein Skandal, dass immer noch unzählige Journalistinnen und Journalisten in türkischen Gefängnissen sitzen.

(Beifall)

Deshalb sage ich hier in Dortmund auf unserem Parteitag an die Adresse des türkischen Staatspräsidenten, der für sich in unserem Land alle Freiheitsrechte in Anspruch nimmt, die er in seinem eigenen Land seinen eigenen Landsleuten verweigert,

(Beifall)

zwei Sachen, liebe Genossinnen und Genossen. Diesem Staatspräsidenten kann man erstens nur sagen und zurufen: Kehrt zurück auf den Weg der Demokratie, auf dem du mal warst! Und Zweitens – ganz klar und aktuell, auch als Zeichen der Solidarität auf diesem Parteitag mit unterdrückten Journalistinnen und Journalisten, die unter der Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Türkei leiden: Herr Erdogan, geben Sie diese Leute frei – und wenn möglich, noch heute!

(Anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, aber auch wir haben sie bei uns, diese Vertreter der sogenannten illiberalen Demokratie. Die leben auch in unserem Land und sind auch bei uns aktiv. Man konnte jetzt anhand eines Online-Stammtisches der AfD in Sachsen-Anhalt lesen, wie diese Leute so diskutieren. Das ist interessant; das muss man sich anschauen. Da ist die Rede von „Deutschland den Deutschen“, von einer „notwendigen Machtübernahme“. Da wird schwadroniert von „volksfeindlichen Medien“ und der „Ausweitung der Außengrenzen“.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass die AfD in Wirklichkeit eine NPD light ist, dann ist er hiermit erbracht worden.

(Beifall)

Diese Leute, Genossinnen und Genossen, gehören nicht zu unserem modernen Deutschland. Zu unserem modernen, aufgeklärten Deutschland gehören andere Leute, auf die wir stolz sein können und stolz sein müssen, z. B. Lamy Kaddor, eine mutige Muslima, einer der großen Denker unseres Landes in unserer Zeit, Navid Kermani, der tolle Regisseur Fatih Akin, mein Freund Ranga Yogeshwar oder auch die mutige Journalistin Dunja Hayali oder auch Jérôme Boateng, ein deutscher Nationalspieler, der für uns die Weltmeisterschaft gewonnen hat.

(Beifall)

Sie gehören zu unserem modernen und aufgeklärten Deutschland.

Und da geht ein AfD-Spitzenkandidat hin und wagt es, diesen deutschen Weltmeister im Fußball, Jérôme Boateng, anzugreifen, mit der Bemerkung, niemand wolle Herrn Boateng zum Nachbar haben! Nein, Leute, diese Partei gehört nicht zu Deutschland.

(Beifall)

Lasst uns alle Kräfte mobilisieren und etwas Historisches schaffen; das ist nämlich zu schaffen. Übrigens: Wenn man mobilisiert und nicht politisch demobilisiert, dann kann man etwas schaffen: dass diese Leute nicht dem nächsten Deutschen Bundestag angehören. Das ist doch ein Ziel, für das man kämpfen kann!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich trete mit meiner Partei und mit unserem Parteiprogramm für Leistungsgerechtigkeit an, die würdigt, was Millionen Menschen Tag für Tag auf die Beine stellen. Ich meine die Menschen, die in unserem Land hart arbeiten und sich an die Regeln unseres Landes halten, die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger, die sich reinhängen, im Beruf und auch im Ehrenamt und in der Familie, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Das sind besonders oft die Frauen, die dafür sorgen, dass der Laden läuft.

(Beifall)

Und trotzdem, Genossinnen und Genossen, erleben wir immer noch, wie Frauen – auch systemisch – benachteiligt werden.

Manuela Schwesig hat in ihrer Begrüßungsrede darauf hingewiesen, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit und der Rechtsanspruch darauf von uns nicht durchgesetzt werden konnten, weil die Regierungsparteien CDU und CSU – an der Spitze die Bundeskanzlerin und Herr Seehofer – es blockiert haben.

Wir erleben immer noch – und das, Genossinnen und Genossen, ist für mich einer der größten Skandale, eine der größten Diskriminierungen, die es überhaupt gibt –, dass Frauen für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden als Männer.

(Beifall)

Deshalb eine klare Ansage: Wir brauchen die gleiche Bezahlung für Frauen und Männer für die gleiche Arbeit. Ich sage euch: Wir werden das durchsetzen. Diese Diskriminierung darf es nicht mehr geben.

(Beifall)

Das gilt auch für die Auswüchse auf dem Arbeitsmarkt, die durch die Flut befristeter Arbeitsverträge entstanden sind. Wer sich von einer Vertragsverlängerung zur nächsten hangelt, der kann weder berufliche noch familiäre Zukunft planen. Wir müssen deshalb alles dafür tun, dass die unbefristete Arbeit – tariflich bezahlt, mit guten Arbeitsbedingungen – wieder zum Normalfall wird.

(Beifall)

Denn, Genossinnen und Genossen, anders können wir keine sichere Zukunft für die nächste Generation aufbauen.

Die Leistungsträger, von denen ich spreche, sind besonders oft die Menschen in der Mitte des Lebens, Frauen und Männer zwischen Mitte 30 und Mitte 50. Diese mittlere Generation ist unglaublich gefordert. Sie müssen in unserer Gesellschaft unglaublich viel gleichzeitig schultern: „Sei erfolgreich im Beruf! Setze ein paar Kinder in die Welt! Kümmere Dich, bitte, sehr sorgfältig um deren Erziehung! Pfleg zugleich noch deine alten Eltern! Baue möglichst ein Haus und engagiere dich, bitteschön, in deiner Freizeit ehrenamtlich! Und nicht vergessen: Dreimal in der Woche zum Sport!“

Das, Genossinnen und Genossen, ist für viele der Lebensalltag, und sie stoßen da häufig an ihre Grenzen.

(Beifall)

Oft bleibt die Lebensqualität auf der Strecke, weil man nur noch funktioniert. Diese Menschen werden wir entlasten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Klar ist – das will ich hier sagen: Der Staat kann nicht jede Belastung wegnehmen; das können wir auch nicht versprechen. Wir können auch nicht jeden Stein aus dem Weg räumen – natürlich nicht. Kinder zu erziehen ist und bleibt eine der größten Herausforderungen; das wissen wir alle. Die schlaflosen Nächte, die Sorgen um die Kinder und die Verantwortung können wir den Eltern nicht abnehmen.

Aber es ist Zeit, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Familien entlastet werden und sie die Unterstützung bekommen, die sie verdienen.

Deshalb wollen wir die Gebührenfreiheit vom ersten Lebensjahr bis zum Hochschulabschluss, wollen wir den Weg von der Kita bis zur Universität gebührenfrei stellen.

(Beifall)

Lasst mich eins hinzufügen: Diese Gebührenfreiheit soll nicht nur vom ersten Lebensjahr, von der Kita bis zum Hochschulabschluss gelten, sondern auch für den Meisterbrief.

(Beifall)

Das gehört auch dazu – das will ich hier ausdrücklich sagen –, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Die Gesellen, die anschließend den Meisterbrief erwerben, die ihre Meisterprüfung machen, die unser duales Berufsausbildungssystem durchlaufen – übrigens eines, um das uns die ganze Welt beneidet –, sind – das zu sagen ist auch eine Frage des Respekts – auch nicht schlechter als Akademikerinnen und Akademiker. Lasst uns das auch klar sagen!

(Beifall)

Deshalb gehört die Gebührenfreiheit inklusive Meisterbrief zu unserem Programm.

Und weil wir die Familien entlasten wollen, werden wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen. Wir werden die Familienzeit einführen, damit Familien wieder mehr gemeinsame Zeit haben, damit auch die Pflege von Angehörigen möglich ist.

Deshalb treten wir an für ein Steuersystem, durch das die kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden. Mit unserem Steuerkonzept behalten wir die Spielräume für die notwendigen Zukunftsinvestitionen, die ich beschrieben habe,

schaffen aber gleichzeitig mehr Gerechtigkeit im System, weil starke Schultern mehr tragen müssen. Und jetzt sage ich mal was, weil ich auch Zeitungskommentare lese: Na klar ist das auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache!

(Beifall)

Und zu dieser Gerechtigkeit gehört für mich genauso, dass die Krankenversicherungsbeiträge wieder zu gleichen Anteilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlt werden – fifty/fifty!

(Beifall)

Das sind Maßnahmen für Gerechtigkeit, Genossinnen und Genossen, die unmittelbar im Alltag bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen.

Liebe Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Familie – die wir stärken wollen –, das ist nicht nur: Vater, Mutter, Kind. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.

(Beifall)

Dazu gehören alle Lebensformen, für die Menschen sich entscheiden. Dazu gehören auch homosexuelle Paare.

(Beifall)

Deshalb eine klare Ansage an alle: Wir werden die Ehe für alle in der nächsten Regierung durchsetzen. Ich werde keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem die Ehe für alle nicht verankert ist.

(Beifall)

Wenn ich von Gerechtigkeit im Alltag rede, dann meine ich auch das Thema Sicherheit – soziale Sicherheit, aber, liebe Genossinnen und Genossen, ganz konkret auch die Sicherheit vor Kriminalität. Liebe Leute, die Sicherheit vor Kriminalität ist ein ursozialdemokratisches Thema. Denn Sicherheit ist ein Grundversprechen des demokratischen Rechtsstaates – sie darf kein Luxusgut sein, das sich reiche Leute kaufen können. Sicherheit muss es für alle Bürgerinnen und Bürger geben. Deshalb ist sie so wichtig für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall)

Sichere und lebendige Städte und Gemeinden bedeuten doch Heimat und Lebensqualität. Klar sind Einbruchsserien und Autodiebstähle in den „Speckgürteln“ der Großstädte und in den Grenzregionen – ich lebe selbst in einer solchen – Dinge, die uns alle angehen und die uns Sorgen machen müssen. Genauso, wie Gewalt in sogenannten schwierigen Stadtvierteln und öffentlichen Verkehrsmitteln nicht hinnehmbar ist.

Aber ich will euch noch einen Grund nennen, warum Sicherheitspolitik auch ein grundsätzliches sozialdemokratisches Anliegen ist, wenn wir über Respekt und Solidarität reden: weil wir den Opfern der Kriminalität Respekt und Solidarität schulden.

(Beifall)

Sehr oft, Genossinnen und Genossen, stehen die Täter im Mittelpunkt. Ja, ich will, dass die Täter rechtsstaatlich behandelt werden. Aber ich will auch, dass die Opfer nicht vergessen werden und die Solidarität bekommen, die sie in dieser Gesellschaft brauchen. Beide Dinge gehören zusammen!

(Beifall)

Wenn ich sage, dass die Menschen darauf vertrauen können müssen, dass der Staat für ihre Sicherheit sorgt, dann heißt das nicht allein, dass wir hier und da im Strafgesetzbuch die Strafverschärfungsschrauben anzuziehen. Die Konservativen sind immer schnell dabei, neue und schärfere Gesetze zu fordern. Das kommt automatisch.

Nur: Konkrete Sicherheit schafft man nicht mit der Druckerschwärze im Bundesgesetzblatt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, konkrete Sicherheit schafft man mit klaren Aussagen. Deshalb: Wenn es um die Strafgesetze in unserem Lande geht, will ich auch hier ziemlich klar sagen:

(Beifall)

Wir müssen all denen, die es nicht kapieren wollen, weil sie unseren Rechtsstaat nicht akzeptieren und ihn unterminieren wollen, eines sagen: Das hier ist eine verdammt wehrhafte, selbstbewusste Demokratie! Das gilt für alte Nazis, das gilt für neue Nazis, das gilt für islamistische Terroristen, für alle andere Extremisten dieser

Art. Wer glaubt, unter dem Schutzmantel welcher politischen Überzeugung oder Religiosität auch immer die Grundrechte infrage stellen zu können, der hat in unserem Land in der SPD einen entschiedenen Gegner. Wir sind eine wehrhafte Demokratie!

(Beifall)

Aber, Genossinnen und Genossen, dafür brauchen wir auch eine starke, eine sichtbare und eine bürgernahe Polizei. Lasst mich deshalb an dieser Stelle einen Dank sagen an die Beamtinnen und Beamten, die unseren Parteitag hier schützen

(Beifall)

und die mit uns gemeinsam hoffen, dass nichts Schlimmes passiert.

Ich bin der Sohn eines Polizeibeamten. Ich will das an die Adresse der Beamtinnen und Beamten der Polizei auch im Namen unserer Partei, aber auch ganz persönlich in meinem Namen sagen: Ich weiß wie das ist, was es für Familien bedeutet, im Schichtdienst arbeiten zu müssen. Die Männer und Frauen bei der Polizei schieben Millionen Überstunden vor sich her.

(anhaltender Beifall)

Deshalb: Es ist falsch, Polizeistellen abzubauen. Wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten. Das haben wir in unserem Programm auch gesagt. Aber an die Adresse der Beamtinnen und Beamten, der Polizistinnen und Polizisten will ich eines sagen: Wir wissen, was ihr leistet. Wir wissen, wie schwierig es oft ist zu ertragen, physisch angegriffen zu werden, noch häufiger verbal angegriffen zu werden, die Dinge runterschlucken zu müssen, und wir wissen um die psychische Belastung, die daraus häufig entsteht. Ja, wir wissen um den schweren Dienst, den die Männer und Frauen bei der Polizei leisten. Deshalb gilt unsere Solidarität den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land, die mit ihrem Dienst auch unsere Demokratie sehr häufig schützen. Dafür ein herzliches Dankeschön auf diesem Parteitag!

(anhaltender Beifall)

Wenn wir, Genossinnen und Genossen, von Gerechtigkeit reden, dann sprechen wir auch über den Respekt vor der älteren Generation, die unser Land aufgebaut hat und die dadurch unseren Wohlstand ermöglicht hat. Deshalb ist die Frage, wie wir mit der Rente umgehen, so zentral für mich. Deshalb habe ich darum gebeten, dass wir uns sehr viel Zeit nehmen und ein seriöses Konzept erarbeiten; denn Menschen müssen sich auf die langfristig angelegte Rente verlassen können, sonst funktioniert das System nicht. Wir haben deshalb mit der doppelten Haltelinie ein gut

durchgerechnetes Konzept vorgelegt. Wir stabilisieren das heutige Rentenniveau und sichern zugleich, dass die Jungen nicht über Gebühr belastet werden.

Für uns ist auch eines klar: Beim Renteneintrittsalter belassen wir es bei der jetzigen Regelung. Die Rente mit 70, wie die Union sie fordert, die wird es mit uns nicht geben.

(Beifall)

Aber warum weigert sich die Union, Genossinnen und Genossen, ein Rentenkonzept vorzulegen? Es liegt auf der Hand: Nach der Wahl würde innerhalb der Union ein Streit ausbrechen, wie hoch man beim Renteneintrittsalter gehen kann: Bis 70? Vielleicht noch ein paar Jährchen mehr? Und ein Streit darüber, wie weit man das Rentenniveau absenkt: Bis 43 Prozent? Vielleicht noch ein paar Prozentchen weniger?

Ich höre tatsächlich von der Union, man müsse die Rente „aus dem Wahlkampf raushalten.“ Die Rentendebatte habe nichts im Wahlkampf zu suchen. Nein, Kollegen! Das lassen wir euch nicht durchgehen! Im Gegenteil: Die Rente ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen!

(Beifall)

Wir wollen einen neuen Generationenvertrag diskutieren. Das heißt doch im Klartext: Wir müssen uns um das Gleichgewicht zwischen den Generationen kümmern, damit ein Altern in Würde auf der einen Seite möglich ist, aber die junge Generation – ich habe deren Belastungen beschrieben – auf der anderen Seite nicht in die Knie gezwungen wird. Das muss man doch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten und über den besten Weg dahin diskutieren. Wenn dann eine Partei hingehet und sagt: Damit haben wir nichts zu tun! Das diskutieren wir nicht im Wahlkampf. Dann ist das die Arroganz der Macht, und nichts anderes, Genossinnen und Genossen.

(anhaltender Beifall)

Wir legen ein Konzept vor. Das kennt jeder. Wer die Katze im Sack kaufen will, kann die CDU wählen. Wer eine sichere und stabile Rente will, der macht am besten sein Kreuz bei uns!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, mancher aus der heutigen Rentnergeneration kann sich noch erinnern an die Nachkriegsjahre, als Europa am Boden lag, zerstört durch einen fanatischen Krieg und Kriegswillen. Es war die europäische Einigung, die

unseren Kontinent wieder aufgerichtet hat. Deshalb ist die dritte Herausforderung, über die ich rede, nichts weniger als eine Schicksalsfrage. Die Frage, wie wir das demokratische Europa stärken, wie wir den Frieden in einer Welt sichern, in der der Frieden bedroht ist.

Wir leben nicht mehr in Zeiten des Kalten Krieges. Es gibt nicht mehr die zwei Blöcke; die bipolare Zeit ist vorbei. Weder den Mördern des „Islamischen Staats“ noch dem nordkoreanischen Diktator oder den global vernetzten Cyber-Terroristen kann man mit der nuklearen Abschreckung beikommen.

Zugleich ist aber auch offensichtlich: Die Ursachen von Konflikten und die Herausforderungen wie Armut, wie Dürre, wie Flucht und Vertreibung, wie Epidemien und Hungersnöten werden wir ganz sicher nicht durch mehr Militär lösen können.

(Beifall)

Nur mehr wirtschaftliche, mehr soziale und politische Entwicklung der betroffenen Regionen schaffen Stabilität und Sicherheit. Die Welt braucht nicht mehr Waffen, sie braucht mehr Gerechtigkeit und sie braucht mehr Entwicklungschancen! Dafür stehen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(anhaltender Beifall)

Trotzdem sind wir Zeitzeugen einer globalen Aufrüstungsspirale. Gigantische 1,7 Billionen Dollar sind allein 2016 weltweit für Militärausgaben aufgewendet worden. Leute, das sind 1 700 Milliarden Dollar! Doch selbst diese Summe reicht manchen nicht: Der amerikanische Präsident will noch mehr Geld für die Rüstung ausgeben, fordert noch mehr. Er setzt sich dafür ein, dass Deutschland innerhalb weniger Jahre seinen Wehretat auf fast 70 Milliarden Euro verdoppelt! Das Resultat wäre eine hochgerüstete Militärmacht Deutschland, ein Deutschland, umgeben von Freunden, das sich mitten in Europa bis an die Zähne bewaffnet. Ich frage euch: Wollen wir das? Wir wissen doch aus unserer Geschichte: Mehr Sicherheit gibt es nicht mit mehr Waffen.

(Beifall)

Eins will ich hier klarstellen: Wir müssen die Bundeswehr besser ausstatten, als das heute der Fall ist; da gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Beifall)

Zwölf Jahre schwarze Politik haben kontinuierlich Substanz bei der Bundeswehr abgebaut. In jedem Jahr bekommt die Bundeswehr neue Mandate. Aber von Herrn von und zu Guttenberg bis zu Frau von der Leyen war es immer das gleiche Spiel: Es kam ein „von“ dazu, aber bei der Bundeswehr wurde gekürzt.

(Beifall)

Deshalb sage ich: Wir müssen die Arbeit der Bundeswehr ernst nehmen. Wir müssen den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Respekt zollen. Respekt zollen heißt übrigens nicht, sie unter einen pauschalisierten Generalverdacht zu stellen. Auch davor müssen wir die Männer und Frauen bei der Bundeswehr schützen.

(Beifall)

Und wir müssen den Etat der Bundeswehr um mehrere Milliarden aufstocken. Aber wir müssen die Bundeswehr nicht zur größten Armee des Kontinents aufrüsten.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Frau Merkel sagt dazu Folgendes: „Die Zeit, in der wir uns auf andere verlassen konnten, ist ein Stück vorbei.“ Ich habe den Satz gehört, genau wie ihr auch. Ich habe ihn noch mal auf mich wirken lassen; er hat ja eine weltweite Resonanz gefunden: „Die Zeit, in der wir uns auf andere verlassen konnten, ist ein Stück vorbei.“ Wie groß ist es denn, das Stück? Wer sind denn eigentlich die anderen? Wie unkonkret darf es denn, bitte schön, sein?

(Beifall)

Man hätte auch sagen können: Ob wir uns noch auf die Vereinigten Staaten von Amerika verlassen können, das wissen wir nicht. Aber dass wir uns auf einen irrlichternden Präsidenten Donald Trump nicht verlassen können, das wissen wir sehr wohl und nicht erst seit dem letzten NATO-Gipfel oder seit dem G7-Gipfel in Taormina.

(Beifall)

Und dass wir nicht bereit sind, uns der Trump'schen Aufrüstungslogik zu unterwerfen, sondern dass wir uns auf uns selbst besinnen müssen. Ja, das stimmt zu 100 Prozent. Aber wenn das zu 100 Prozent stimmt, warum muss man dann sagen: „Die Zeit, in der wir uns auf andere verlassen konnten, ist ein Stück vorbei“? Da kann man doch auch konkret werden.

Zum Beispiel so konkret wie Gerhard Schröder, als er einem amerikanischen Präsidenten – der im Verhältnis zum heutigen ja schon fast ein liberaler Mann ist –,

(Heiterkeit)

als dieser einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg befahl, mit klaren deutschen Hauptsätzen sagte: „Mit uns nicht!“ Mit dieser Haltung hat er ein Ruhmesblatt in der Geschichte Deutschlands beschrieben.

(Beifall)

Ich will hinzufügen, dass die damalige Oppositionsführerin in der „Washington Post“ einen Artikel veröffentlichte, in dem es hieß: „Herr Schröder spricht nicht für alle Deutschen.“

Genossinnen und Genossen, zu einem friedlichen Europa gehört auch das demokratische, das aufgeklärte, das tolerante Europa, das Europa, für das Helmut Kohl und François Mitterrand stritten, das Europa des Maastrichter Vertrages, das die neue Ordnung unseres Kontinents nach der Herstellung der deutschen Einheit schuf und das geleitet war von dem Gedanken, den Thomas Mann so wunderbar beschrieben hatte und den Helmut Kohl zu seinem Leitmotiv gemacht hatte: Wir wollen ein europäisches Deutschland und kein germanisiertes Europa. Das ist die große Leistung von Helmut Kohl, dass er nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands dieses Deutschland einbettete in das integrierte, vertiefte, über die Grenzen hinweg zusammenarbeitende Europa.

Aber dieses Europa hat neue Probleme. Es hat heute in seinem Inneren Regierungen, die Toleranz und Weltoffenheit infrage stellen. Zum Beispiel die Regierung in Budapest von Viktor Orbán, dem Schöpfer des Begriffes der „illiberalen Demokratie“ – was auch immer das heißen mag. Oder die Regierung in Warschau, die als erste Amtshandlung die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts infrage stellte und die Medienfreiheit angriff.

Ich habe seit Jahren, sowohl als Präsident des Europäischen Parlaments als auch als Vorsitzender unserer Partei, diese Entwicklungen beklagt. Ich habe sie in unzähligen europäischen Räten angesprochen und dort von der Regierungschefin der Bundesrepublik Deutschland nie Unterstützung bekommen. Geleitet von ihrem Grundgedanken, der „marktkonformen Demokratie“, waren Angela Merkel und

Wolfgang Schäuble immer sehr konsequent, wenn es darum ging, ihre harten ökonomischen Forderungen durchzudrücken, die übrigens häufig zulasten der Ärmsten der Armen in anderen Ländern gingen.

(Beifall)

Aber wenn es um die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Inneren der Europäischen Union ging, hörte man von ihnen wenig bis nichts.

Es ist viel Vertrauen in Europa verspielt worden in den letzten Jahren; das ist eindeutig. Wer glaubt denn heute noch, dass unter dieser Führung ein Richtungswechsel in Europa stattfinden kann? Der neue französische Staatspräsident hat vor wenigen Tagen klar gesagt: Die Europäische Union ist kein Supermarkt, in dem jeder kriegt, was er will. Macron hat gesagt: Wir haben gemeinsame Werte, an die sich alle zu halten haben. Der Mann ist zwei Monate im Amt. In Deutschland wird seit zwölf Jahren an der Regierungsspitze zu allen diesen Themen geschwiegen.

(Beifall)

Im Gegenteil, Genossinnen und Genossen: Bei der Regierungspartei CSU ist der erwähnte Viktor Orbán, der ungarische Ministerpräsident als Ehrengast bei der Klausurtagung empfangen worden. Niemand, will ich euch sagen, hat mehr gegen die deutsche Flüchtlingspolitik gekoffert. „Wir ziehen einen Zaun um unser Land“, hat Orbán gesagt. Es wundert mich aber auch nicht, dass dieser Viktor Orbán der Ehrengast der CSU ist. Denn der Vorsitzende der CSU hat die Flüchtlingspolitik unseres Landes als „Herrschaft des Unrechts“ bezeichnet. CDU und CSU treffen sich, nachdem sie dreieinhalb Jahre nichts gemeinsam hatten, in einem Bierzelt zu einem sogenannten Versöhnungsgipfel. Donnerwetter! Ein Gipfel war es, das muss ich sagen – es war der Gipfel der Heuchelei!

(Beifall)

Deshalb sollte jedem klar sein bei der Bundestagswahl: Wer Angela Merkel wählt, kriegt am Ende Horst Seehofer.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe schon sehr häufig gesagt, dass es so in Europa nicht weitergehen kann. Wenn einige Staaten, die bei der Finanzierung der Agrarfonds oder der Mittel für die Strukturförderung sagen: „Solidarität ja, bitte“, die bei Sanktionen gegen Russland, die sie fordern, weil sie sich bedroht fühlen, Solidarität einfordern und sagen: „Sanktionen ja, bitte“, aber bei der Solidarität mit Menschen in der Flüchtlingspolitik oder einem klaren Schutz und Bekenntnis unserer Grundwerte von Toleranz, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sagen: „Nein, danke“, dann muss man diesen Staaten klar sagen, was ich seit Jahren tue und was Gott sei Dank jetzt auch Emmanuel Macron gesagt hat: Solidarität ist keine Einbahnstraße!

Im Gegensatz zu Frau Merkel und Herrn Seehofer sagen wir das in klaren deutschen Sätzen.

(Beifall)

Wir stehen auf der Seite des Europas, das demokratisch, tolerant und weltoffen ist, das den Wert der Solidarität und das Bekenntnis zur Demokratie in den Mittelpunkt stellt. In diesem Sinne wollen wir Europa reformieren. Zu einem Europa, das eben nicht die marktkonforme Demokratie ist, sondern das die Demokratiengemeinschaft ist, die einen Markt formt, in dessen Mittelpunkt die Würde des Menschen steht. Das, Genossinnen und Genossen, muss das Europa sein, das wir anstreben. Und für dieses Europa wollen wir kämpfen.

(Beifall)

Ich habe, liebe Gäste und liebe Genossinnen und Genossen, über die großen Fragen unserer Zeit gesprochen: die wirtschaftliche Zukunft, die Gerechtigkeit, Europa und den Frieden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben das richtige Programm, und wir haben eine klare Haltung zu den großen Herausforderungen. Wir wissen, wofür wir stehen. Wofür stehen die anderen?

Die SPD steht für eine moderne Politik, die Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg verbindet. CDU und CSU, wenn sie denn überhaupt irgendetwas dazu sagen, spielen in der Regel diese Dinge gegeneinander aus.

Die SPD steht für eine Politik, die den Zusammenhalt gerade in Zeiten des Wandels sichert, für sichere Renten, für bessere Bildungschancen und für Lohngerechtigkeit. CDU und CSU glauben schweigend, dass es in diesen Bereichen keine Veränderungen geben soll.

Die SPD steht für eine Politik, die Mütter und Väter dabei unterstützt, partnerschaftlich Beruf und Familie zu vereinbaren. Die CDU und die CSU verharren in ihren alten Rollenbildern.

Die SPD setzt auf Vielfalt, Toleranz, Kultur und Solidarität. CDU und CSU treiben immer und immer wieder einen Keil in die Gesellschaft, entweder mit ihrer Angstmacherei oder mit ihrem Leitkulturgefasel.

(Beifall)

Die SPD weiß, dass die Menschen den Staat nicht vor ihrer Nase haben wollen, aber an ihrer Seite, wenn es darauf ankommt. Die SPD setzt sich in unsicheren Zeiten für friedliche Konfliktlösung und Abrüstung ein. Die CDU und die CSU setzen auf Aufrüstung.

Genossinnen und Genossen, Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung. Ja, wir können uns entscheiden, in welchem Land, in welcher Gesellschaft wir leben wollen: Wir wollen weiter in einem freien, einem solidarischen und einem vielfältigen Land leben, das in einem starken, in einem erneuerten Europa eingebettet ist. Ein Land, das an sich glaubt und das daran glaubt, dass das Beste noch vor uns liegt. Ein zuversichtliches, ein offenes, ein optimistisches Land, für das die Zukunft keine Drohung, sondern ein Versprechen ist.

(Beifall)

Ein Land, das seinen Chancen und seiner eigenen Kraft vertraut. Ein Land, das bereit ist für neue Wege und einen neuen Aufbruch. Ein Land des Mutes, des Fortschritts und der Solidarität.

Stellen wir die Weichen auf Zukunft und fahren wir fort, unser Land zu reformieren? Stellen wir die Weichen auf Zukunft, oder fahren wir weiter auf Sicht? Wir sagen, es ist Zeit. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Es ist Zeit für eine innovative Zukunft. Es ist Zeit für ein neues Europa.

Unsere Genossinnen und Genossen, die 1925 auf dem Parteitag in Heidelberg die Vereinigten Staaten von Europa forderten, waren tief geprägt vom Ersten Weltkrieg, und sie taten das acht Jahre vor der Machtergreifung Hitlers in einer Welt des völligen Umbruchs.

Ich weiß nicht, vielleicht wäre uns und ganz Europa der tiefe Zivilisationsbruch des Zweiten Weltkriegs erspart geblieben, wenn sich dieser Geist durchgesetzt hätte, der damals die Vereinigten Staaten von Europa forderte.

Wir leben wieder in einer Zeit des Umbruchs, in der die Werte, für die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten streiten, die Werte Europas, die Werte der aufgeklärten, der toleranten Gesellschaft, herausgefordert sind, wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Wir leben in Zeiten eines Epochenwandels, in denen Europa die großen Aufgaben des 21. Jahrhunderts anpacken muss. Europa muss diese Aufgaben anpacken:

Die Bewältigung des Klimawandels als Pflicht der heutigen Generation gegenüber den nächsten Generationen.

Den Aufbruch in ein digitales Zeitalter, in dem wir ein europäisches Google und ein europäisches Facebook schaffen. Der kommende Bill Gates muss ein Europäer sein. Und die Grundrechte, die wir uns erstritten haben, müssen gewahrt bleiben durch ein starkes Europa.

(Beifall)

Europa muss die Frage anpacken, wie wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den ärmsten Regionen dieser Welt gestalten. Denn nur wenn sie eine Chance bekommen, werden wir dauerhaft die Herausforderungen von Migration und Flucht bewältigen können. Durch einen fairen Handel. Auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt.

(Beifall)

Aber vor allem, Genossinnen und Genossen, durch ein europäisches Einwanderungsrecht, das wir dringend brauchen.

(Beifall)

Wir brauchen dieses Einwanderungsrecht, Genossinnen und Genossen, damit wir endlich ein System der Hoffnungslosigkeit und des Massensterbens durch ein System der Hoffnung auf einen fairen Zugang nach Europa ersetzen.

(Beifall)

Europa muss die Bekämpfung des internationalen Terrorismus anpacken. Dazu gehört vor allem, Prävention in allen Ländern Europas an die erste Stelle zu setzen. Aber Europa muss auch auf die Begrenzung des Waffenexports setzen, denn die Kriege werden mit unseren Waffen ausgefochten.

(Beifall)

Und diese Waffen, Genossinnen und Genossen, gelangen zu oft in die Hände von Terroristen. Aber es ist uns doch klar: Es hilft nicht, wenn ein Land aussteigt, weil viel zu häufig die Haltung dann vorhanden ist: Na, wenn die nicht liefern, haben wir ein bisschen mehr Anteile am Markt. Deshalb kann das Europa nur in Gänze tun.

Dann muss es aber auch in Europa zur Aufgabe werden, auf die Sicherung des Friedens zu achten und die weltweite Abrüstung zur Aufgabe Europas zu machen. Gerhard Schröder hat in seiner Rede darauf hingewiesen. Wir stehen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland in einer großen Tradition: Der Alternative zur simplen Aufrüstungsspirale, die uns andere einreden wollen. Der Alternative zu diesem sogenannten 2-Prozent-Ziel der Aufrüstung der Armeen der NATO-Mitgliedsstaaten zu hochgerüsteten und bewaffneten Einheiten, die doppelt so groß sein werden wie heute. Dieses 2-Prozent-Ziel ist nicht vernünftig, und wir stehen nicht in dieser Tradition. Wir stehen in der Tradition der Brandt'schen und Schmidt'schen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungs politik. Die muss Europa verfolgen.

(Lebhafter Beifall)

Ein Europa, Genossinnen und Genossen, das die offene, die vielfältige und die tolerante Gesellschaft schafft. In unserem Artikel 1 des Grundgesetzes ist auch die Einleitung der Grundrechtecharta der EU definiert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Ja, das ist für mich und für uns alle der wichtigste Satz in unserer politischen Arbeit, dass wir alles, was wir tun, national wie europäisch, einordnen in diese Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Würde des Menschen nicht angetastet wird.

Diese Idee, das ist die Idee von Europa: Durch die transnationale Demokratie und die Kooperation von Völkern und Staaten über Grenzen hinweg ein Europa zu schaffen, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Für diese Idee von Europa stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit über 100 Jahren.

Diese Idee drückte sich im Heidelberger Programm von 1925 aus, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Die Männer und Frauen auf dem Parteitag konnten nicht wissen, was vor ihnen lag. Aber ohne zu wissen, welche dämonische Entwicklung schon bald folgen sollte, beschlossen sie: Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa.

(Beifall)

Jetzt leben wir wieder in einem Umbruch. Jetzt muss Europa neu gegründet werden als ein Ort der Freiheit, als ein Ort der Sicherheit, als ein Ort des Rechts, der Aufklärung und der Menschenrechte, der Abrüstung und des zivilisatorischen Fortschritts, der Umwandlung der entfesselten Kräfte der Ökonomie im digitalen Zeitalter in sozialen Fortschritt. Das ist die Aufgabe Europas und das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Dafür stehen wir heute mehr denn je.

Ich bin überzeugt, Genossinnen und Genossen, von dieser Idee. Dafür brauche ich keine taktischen Berater oder Spin-Doktoren. Die Idee ist mir auch nicht in Bierzelten mit Horst Seehofer gekommen. Für diese Idee habe ich mein ganzes Leben gekämpft.

(Beifall)

Für diese Idee lohnt es sich, auf die Straße zu gehen. Für diese Idee lohnt es sich, dafür zu sorgen, dass die nächste Bundesregierung eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist, die diese Idee verwirklicht und umsetzt

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, für viele Ideen, die ich heute vorgetragen habe, lohnt es sich, Wahlkampf zu machen. Aber für diese Idee lohnt es sich, mit heißem Herzen zu kämpfen.

Das will ich tun. Dafür brauche ich euch. Für diese Idee will ich Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden.

(Standing Ovation - Martin-Rufe)

**Michael Groschek, Tagungspräsidium:** Lieber Martin, herzlichen Dank für deine begeisternde Rede. Du hast uns begeistert, und wir werden die Wählerinnen und Wähler begeistern. Wir werden doppelt so viel kämpfen, wie wir vorhatten zu kämpfen, weil wir wissen, dann kämpfen wir nur die Hälfte von dem, was du uns abverlangen wolltest. Also: Glück auf für diese tolle Rede! Du bist unser nächster Kanzler.

Genossinnen und Genossen, die Antragskommission hat große Arbeit geleistet. Ich möchte mich bei den Genossinnen und Genossen der Antragskommission dafür bedanken, dass über 800 Anträge behandelt wurden und dass wir jetzt eine Antragsberatung haben werden, die in der sehr kurzen Zeitspanne uns so vernünftig vorstrukturiert ist, dass wir gemeinsam ein Wahlprogramm verabschieden können, das von allen auf diesem Parteitag mitgestaltet wurde.

Lieber Olaf, du hast das Wort. Vielen Dank für eure Arbeit.

## **Bericht der Antragskommission**

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, Martin Schulz hat das Wahlprogramm eben in seiner Rede praktisch vorgestellt. Ich muss das deshalb nicht noch einmal inhaltlich tun und werde auch darauf verzichten. Aus meiner Sicht bleibt deshalb an dieser Stelle für die Antragskommission nur, Dank zu sagen für all die guten Vorschläge, die aus der der gesamten Sozialdemokratische Partei Deutschlands gekommen sind. Lwir haben insgesamt 1 600 Anträge gehabt, die wir beraten haben ,und noch viele kleine Einzelschlüsse, die uns erreicht haben.

Die Antragskommission hat, um eine gute Qualitätssicherung des Programms vorzunehmen, sich zweimal getroffen und einmal eine große Telefonschalte veranstaltet, damit wir heute so weit sind. Ich glaube, dass wir es irgendwie hingekriegt haben, das, was in der Partei diskutiert wird, so zueinander zu ordnen, dass das mit dem Wahlprogramm jetzt auch hinhaut. Ich glaube, wir haben eine gute Grundlage für den Wahlkampf der nächsten Tage und Monate. Wir haben die Grundlage dafür, dass Martin Schulz Kanzler werden kann. Wenn wir jetzt zügig und qualifiziert auf der Basis unserer Vorschläge beraten, dann können wir uns ab diesem Sonntag an die Arbeit machen.

(Beifall)

**Michael Groschek, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Olaf. – Liebe Genossinnen und Genossen, gegen 16 Uhr - spätestens aber um 16.15 Uhr - muss der Parteitag beendet sein. Die Verspätung des Beginns können wir leider nicht hinten dranhängen. Deshalb brauchen wir jetzt ein Höchstmaß an Disziplin bei den Antragsberatungen. Wir sind eine lebendige Partei, deshalb haben wir viele Wortmeldungen. Um möglichst vielen auch das Wort erteilen zu können, schlage ich euch vor, dass wir die Redezeit von Anfang an auf drei Minuten begrenzen.

(Beifall)

Das ist bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Es gibt von dieser Regel allerdings vier Ausnahmen: Diejenigen, die herausragend Co-Autoren beim Programmprozess waren – Andrea, Katarina, Thomas und Thorsten -, sollen die Gelegenheit bekommen, auch ein wenig länger die Diskussion aufzunehmen, die zum jeweiligen Kapitel hier durchgeführt wird. - Auch das findet eure Zustimmung. Ich freue mich, dass wir so verfahren können.

Wie gesagt: Um 16.15 Uhr ist der späteste Zeitpunkt, um den Parteitag zu beenden.

## **Aussprache**

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Genossinnen und Genossen, da wir diese Formalia jetzt so erledigen konnten - darüber freue ich mich, und ich danke auch dem Mike Groschek und allen anderen für die Vorarbeit und eure Disziplin - darf ich jetzt die Aussprache aufrufen.

Wie gesagt: Wir haben jetzt eine Redezeitvereinbarung von drei Minuten und schon eine ganze Reihe von Wortmeldungen.

Als Erster gebe ich jetzt Leni Breymaier aus Baden-Württemberg das Wort, gefolgt von Sönke Rix aus Schleswig-Holstein. – Leni.

**Leni Breymaier, Baden-Württemberg:** Genossinnen und Genossen, Programm schlägt Raute!

(Leni Breymaier hält ein Plakat hoch - Beifall)

Wenn wir nichts machen, wird diese Welt in vier Jahren eine schlechtere Welt sein. Wenn wir nichts machen, wird die Rente Stück für Stück abgesenkt. Wenn wir nichts machen, wird es so sein, dass Leute, die bei uns unter 2.500 Euro im Monat verdienen, in der Rente in der Grundsicherung landen.

Deshalb ist mir das, was Martin Schulz gesagt hat, richtig wichtig, dass nämlich die Rente ein zentrales Wahlkampfthema wird. Wir dürfen uns von niemandem erzählen lassen, dass die Rente für Wahlkampf nicht taugt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ganz ehrlich: Das Leni-Breymaier-Wahlprogramm sähe an der einen oder anderen Stelle anders aus. Und ich denke, dass jede und jeder von euch, die ein Wahlprogramm geschrieben hätten, auch in Nuancen andere Inhalte hätten. Mir fiel da zum Beispiel die Wohngemeinnützigkeit ein. Ich hätte auch gerne das Wort „Vermögensteuer“ im Wahlprogramm gehabt. Mir ist der Beitragssatz von 22 Prozent bei der Rente nicht so wichtig, wie das offenbar anderen wichtig ist.

Aber wir schreiben hier kein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sondern wir verabschieden heute ein Wahlprogramm für die nächsten vier Jahre. Wenn wir dieses Wahlprogramm so verabschieden und regieren werden, dann sieht die Welt 2021 einfach besser aus.

Deshalb freue ich mich jetzt auf die Debatte, und ich freue mich darauf, meine liebe Genossinnen und Genossen, dass wir nach dem heutigen Tag in den Wahlkampf gehen.

Es stehen so viele Sachen in diesem Programm, die nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. Alleine das Kapitel „Stärkung der Demokratie im Betrieb“ ist einfach großartig. Aber das führt jetzt zu weit.

Als Merkel gesagt hat, dass sie wieder kandidiert, sagte sie: Sie kennen mich ja. – Ich sage: Eben!

Johanna Uekermann, nicht nur deine Generation, sondern auch meine Generation hat Angela Merkel richtig satt. Deshalb: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit! Es ist Zeit für Martin Schulz! – Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Liebe Leni, vielen herzlichen Dank - nicht nur für deinen kämpferischen Beitrag, sondern auch für die Disziplin im Hinblick auf die Redezeit. – Der nächste Redner ist Sönke Rix, gefolgt von Katarina Barley.

**Sönke Rix, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann dieses Programm unterstützen, auch wenn es mir ähnlich geht wie Leni und vielen im Saal. Das ganz persönliche Programm würde vielleicht den einen oder anderen Akzent setzen, aber ich kann es vor allen Dingen unterstützen, weil - Martin hat es vorhin gesagt - an der Substanz unseres Staates gespart wurde. Wir sind diejenigen, die jetzt wieder klarmachen: Wir müssen in die Zukunft investieren. - Da waren wir auch schon einmal anders unterwegs, und ich finde es gut, dass wir das jetzt auch wieder in eine andere Richtung betreiben werden, liebe Genossinnen und Genossen.

Der zweite Grund, warum ich das Programm gut finde, ist: Wir stärken die gesetzliche Rentenversicherung und unsere Altersversorgung. Wir sind die Partei, die deutlich macht: Die gesetzliche Rente ist die stärkste Säule unserer Altersversorgung. Auch das ist ein Grund, dieses Programm mit voller Kraft zu unterstützen.

Als Familienpolitiker freue ich mich vor allen Dingen auch, dass ein großer Schwerpunkt darauf gelegt wird, die Familien zu entlasten. Lasst euch bitte von denen, die sagen: „Wieso? Wenn man etwas verdient, dann kann man doch ruhig die Kita-Gebühr bezahlen.“, nichts einreden. Liebe Genossinnen und Genossen, die würden auch nicht auf die Idee kommen, die Schulgebühren wieder einzuführen.

Deshalb sagen wir: Von Anfang an muss es die Gebührenfreiheit geben - und zwar nicht nur, weil Bildung von Anfang an gebührenfrei sein muss, sondern weil wir auch die Familien entlasten müssen. Genau sie überlegen es sich nämlich, ob die Frau ganztags arbeiten gehen soll, wenn sie die 300 Euro, die sie zusätzlich verdienen würde, direkt wieder in die Betreuung stecken müssten. Wir wollen, dass sich die Menschen wirklich aussuchen können, ob sie arbeiten gehen oder nicht, und das darf nicht an Kita-Gebühren scheitern.

Lieber Martin, ich finde es gut, dass du noch einmal deutlich gemacht hast, dass wir keinen Koalitionsvertrag unterzeichnen werden, in dem nicht die Ehe für alle steht. Das begrüße ich sehr.

(Beifall)

Wir kämpfen jetzt aber darum, dass wir gar nicht erst in Verlegenheit kommen, mit denen verhandeln zu müssen, die die Ehe für alle immer noch blockieren, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen eine Mehrheit jenseits der Union. Deshalb glaube ich, ist es richtig, dass wir sagen: Wir kämpfen für die Ehe für alle.

Wir haben es erlebt: Manuela Schwesig hat bis zum bitteren Ende bei den letzten Koalitionsverhandlungen darum gekämpft. Beim letzten Mal hat es nicht gereicht, bei diesem Mal wird es reichen, liebe Genossinnen und Genossen.

Lieber Martin, herzlichen Dank für deine Rede und herzlichen Dank für dieses Programm. Du erinnerst dich: Bevor du offiziell nominiert worden bist, bist du zu uns nach Rendsburg gekommen. Wir mussten von einem Saal für 300 Leute in einen Saal für 700 Leute ausweichen. Du hattest wunderbare Geduld, die Stimmung war perfekt. Ich finde, dieses Programm und du als Kandidat sind dazu geeignet, auch im Bundestagswahlkampf genau diese Stimmung wieder zu wecken. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Lieber Sönke, vielen Dank auch dir; vielen Dank für die Disziplin. – Ich freue mich jetzt ganz besonders, dir, Katarina, das Wort geben zu dürfen – auch als unserer ehemaligen Generalsekretärin. Wir freuen uns auf deinen Beitrag.

(Beifall)

**Katarina Barley, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** Ganz lieben Dank, liebe Genossinnen und Genossen. - Es ist richtig: Wir unterscheiden uns in unserem Regierungsprogramm von der Konkurrenz nicht nur in Details, sondern in der ganz grundsätzlichen Haltung: dass für uns der gesellschaftliche Zusammenhalt über allem steht und dass wir wissen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nur gelingt, wenn es gerecht zugeht.

Deswegen stehen für uns die Familien natürlich im Mittelpunkt. Der Zusammenhalt beginnt in der Familie. Das ist der Grund, warum wir die Familien in den Mittelpunkt rücken. Sie stehen füreinander ein, egal ob verheiratet oder unverheiratet. Sie versichern ihre Familie und wollen ihnen das beste Leben erschaffen.

Wir haben deshalb die Familienarbeitszeit, das Familiengeld, gebührenfreie Kitas und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Programm, und wir haben ein

Gesetz für mehr Qualität in der Kinderbetreuung in der Mache. Aber das alles sind Maßnahmen, die ihr schon kennt und die in der Presse auch schon sehr breit positiv berichtet wurden.

Ich möchte eure Aufmerksamkeit auf zwei Maßnahmen lenken, die vielleicht noch nicht so bekannt sind; denn das sind wirklich familienpolitische Meilensteine:

Die eine ist der Familientarif mit Kinderbonus im Steuerrecht. Der Kinderbonus kommt allen Kindern zugute. Ob sie Kinder von Alleinerziehenden, von Verheirateten oder von Unverheirateten sind, ist ganz egal. Auf die Kinder kommt es an. Jedes Elternteil kann künftig pro Kind 150 Euro von seiner Steuerlast abziehen. Bitte verwechselt das nicht mit dem Steuerfreibetrag! Von der Steuerlast abziehen, heißt: Ihr kriegt am Ende eine Summe ausgerechnet. Das müsstet ihr eigentlich an Steuern zahlen. Davon wird dieses Geld abgezogen. Das heißt, das Geld ist am Ende wirklich eins zu eins in eurer Hand. Ein Paar mit drei Kindern würde also einen Abzug von der Steuerlast in Höhe von 900 Euro jährlich bekommen. Das ist richtig viel Geld für junge Familien.

Mit diesem Geld erreichen wir schon viele, aber wir haben natürlich auch etwa eine Million Familien in Deutschland, die ein so geringes Einkommen haben, dass wir sie mit einer Steuerentlastung nicht erreichen.

Auch und vielleicht gerade für diese Familien müssen wir etwas tun; denn die Eltern hängen sich rein, aber trotzdem reicht das Geld nicht. Im Alltag muss man dann eben überlegen: Gehen wir am Wochenende in den Zoo oder ins Schwimmbad? Reicht es noch für das Eis danach? - Viele Eltern müssen die Wünsche ihrer Kinder enttäuschen. Und wir wissen, dass das keiner gerne tut, dass sich alle Eltern das Beste für ihre Kinder wünschen.

Es gibt 12,9 Millionen Kinder in Deutschland unter 18 Jahren, davon leben etwa 2 Millionen mit einem Armutsrisiko. Das ist einfach viel zu viel; da müssen wir ran.

(Beifall)

Was wollen wir tun? Wir wollen das Kindergeld erweitern. Wir haben derzeit das Kindergeld - das kennt ihr alle -, und wir haben den sogenannten Kinderzuschlag von bis zu 170 Euro, den Familien mit einem kleinen Einkommen in Anspruch nehmen können. Viele tun das aber nicht. Nur ein Drittel der Eltern, die einen Anspruch darauf haben, stellen überhaupt diesen Antrag. Deshalb wollen wir das zusammenführen. Ein Antrag, eine Prüfung - dann hat man das, und man muss es auch nicht ständig immer wieder überprüfen lassen.

Mein Ziel als Familienministerin ist es, dass wir am Ende mit dieser Leistung die Existenz jedes Kindes sichern, dass wir am Ende die Familien mit dieser Leistung, die dann natürlich geringer wird, solange begleiten, bis sie ihren Familienunterhalt ganz alleine erwirtschaften können. Denn darum geht es am Ende: dass Familien genug erwirtschaften, damit sie und ihre Kinder unabhängig sind von staatlichen Transfers.

Liebe Genossinnen und Genossen, mit dem erweiterten Kindergeld unterstützen wir alle, die von Steuererleichterungen eben nicht profitieren, weil ihr Einkommen so gering ist, dass sie keine Steuern zahlen. Wir brauchen eine klare Ansage für das gute Aufwachsen aller Kinder - für diejenigen, die in Familien aufwachsen, die den Steuerbonus in Anspruch nehmen können, genauso wie für diejenigen, die das nicht können. Dafür brauchen wir diesen direkten Transfer. Wir brauchen gleiche Chancen für alle; denn Eltern wollen das Beste für ihre Kinder. Und diese Eltern unterstützen wir. Dafür kämpfe ich mit euch gemeinsam, damit wir das in den nächsten vier Jahren auf den Weg bringen können. Denn Kinder sind unsere Zukunft, und die Eltern und die Kinder in diesem Land können auf die SPD zählen. - Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, liebe Katarina. - Ich darf jetzt den Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, aufrufen, gefolgt von Hilde Mattheis. Thomas!

**Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion:** Liebe Genossinnen und Genossen, was für eine tolle Rede von Martin Schulz!

(Beifall)

Und für diejenigen, die heute nicht dabei sein konnten, legen wir jetzt ein Programm vor, mit dem wir präzise und sehr konkret beschreiben, wie wir die europäische Einheit stärken wollen, wie wir die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes sichern wollen, wie wir dieses Land moderner, sicherer und gerechter machen wollen, wie wir unsere liberale Demokratie mit einer offenen, toleranten Gesellschaft erhalten wollen.

Wir haben geliefert; Martin Schulz hat geliefert. Wir sind konkret geworden. Die anderen wollen offenkundig nicht liefern. Und ich finde, Martin hat recht: Die

Verachtung für unsere Demokratie, die in dieser Haltung liegt, dürfen wir denen nicht durchgehen lassen.

(Beifall)

Ich finde, es ist ein unglaublicher Vorgang in der deutschen Politik, dass die CDU-Vorsitzende Angela Merkel sagt: Wir legen einfach kein Rentenkonzept vor. - Ich finde, das ist ein politischer Offenbarungseid. Das grenzt an Arbeitsverweigerung. Das ist unverantwortlich. Bis 2030, sagt sie, sei alles in Butter. Bis 2030 werden 6 Millionen Arbeitnehmer mehr aus dem Erwerbsleben ausscheiden, als neue hereinkommen. Die Rentenversicherung, unser Sozialversicherungssystem steht vor der größten Herausforderung aller Zeiten. In einer solchen Situation zu sagen: „Wir machen einfach nichts“, das ist Politikverweigerung. Die können wir niemals akzeptieren. Die Demokratie funktioniert nicht ohne Politik. Und deshalb werden wir politische Alternativen auf den Tisch liegen.

Ich finde, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt vieles, was uns von der Union unterscheidet. Ja, wir haben mit denen jetzt vier Jahre in einer Regierung gearbeitet - meistens mussten wir gegen sie arbeiten, um viele wichtige Reformen durchzusetzen, die das Leben der Menschen in diesem Land spürbar verbessert hat.

Aber am Ende dieser Wahlperiode spüren wir: Da ist nicht mehr viel drin. Die Große Koalition hat sich erschöpft. Die Union kommt mit ideologischen Blockaden - sei es bei der Ehe für alle oder auch, wenn es um die Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit geht. Da geht nicht mehr viel, und deshalb ist es gut, dass wir jetzt in Deutschland um andere Mehrheiten kämpfen, um eine Mehrheit, bei der Martin Schulz Bundeskanzler sein kann.

(Beifall)

Aber dafür, Genossinnen und Genossen, müssen wir die Unterschiede und die Gegensätze zwischen SPD und CDU ganz genau beschreiben. Ich will nur zwei Beispiele nennen: Wer die SPD wählt, der bekommt eine gezielte steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Wer die CDU/CSU wählt, der bekommt wolkige Versprechungen und am Ende eine Steuerreform mit der Gießkanne, von der vor allem die Reichen und Besserverdienenden profitieren, und der bekommt einen Bundesfinanzminister, der am Ende jedes Monats die Lohnsteuer bei den Arbeitnehmern einzieht - da ist er ganz penibel. Aber wenn es darum geht, die Atomkonzerne zu besteuern, dann wird schon mal schludrig gearbeitet. Da hat der Bundesfinanzminister 7 Milliarden Euro versemmt.

(Beifall)

Und jetzt greift er in die Haushaltsrücklagen und bezahlt damit seine Prozessschulden. Ich fordere Wolfgang Schäuble auf, die 7 Milliarden Euro, die er verspielt hat, wiederzubeschaffen.

(Beifall)

Wer die SPD wählt, der entscheidet sich für 30 Milliarden Euro Investitionen in Schulen, in Ganztagsbetreuung, in schnelles Internet. Wer CDU/CSU wählt, der bekommt einen Infrastrukturminister, der in vier Jahren den Breitbandausbau nicht hinbekommen hat, und der bekommt eine Bildungsministerin, die dafür gekämpft hat, dass der Bund nicht in Schulen investieren darf. Ich finde das unglaublich, Genossinnen und Genossen. Deshalb sage ich: Ich bin stolz auf meine Fraktion, ich bin stolz auf unsere SPD-Bundestagsfraktion, die es in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen geschafft hat, das unselige Kooperationsverbot zu durchbrechen, sodass wir die Verfassung ändern und der Bund jetzt wieder in die Schulen investieren darf. Das ist ein großer Fortschritt, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Denn das ist doch unsere Grundüberzeugung, dass keinem Kind, egal, aus welchem Elternhaus es kommt, welche soziale Herkunft es hat oder aus welcher Gemeinde mit welcher Finanzkraft es kommt, das Recht verweigert werden darf, eine gute Schule zu besuchen und einen guten Schulabschluss zu machen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt viel, was uns von der Union unterscheidet. Das müssen wir jetzt im Wahlkampf deutlich machen. So werden wir die Menschen von den SPD-Positionen überzeugen können. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten! - Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Thomas. Das werden wir natürlich beherzigen. Ich danke dir für deinen kämpferischen Beitrag. - Jetzt kommt Hilde Mattheis aus Baden-Württemberg, gefolgt von Thorsten Schäfer-Gümbel.

**Hilde Mattheis, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, vor allen Dingen: Lieber Martin! Herzlichen Dank für diese Rede, die in vielen, vielen Punkten aufgezeigt hat, was wir unter Gerechtigkeit verstehen und wie wir gerechte Politik machen und ausgestalten wollen.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass wir die Möglichkeit haben, diese Punkte nach dem 24. September wirklich umzusetzen. Die Ehe für alle als einen Punkt zu benennen, der auf jeden Fall im nächsten Koalitionsvertrag stehen muss, ist richtig. Aber mir, liebe Genossinnen und Genossen, wäre es wichtig, auch andere Punkte im nächsten Koalitionsvertrag festschreiben zu können.

Ich denke da an die lebenssichernde Rente in der gesetzlichen Rentenversicherung - ein wichtiger Punkt zum Schutz vor Altersarmut.

(Beifall)

Ich möchte niemanden mehr, egal wo, ob in Berlin oder Dortmund, Flaschen sammeln sehen, um im Alter sein Auskommen zu haben.

(Beifall)

Das ist unserer Gesellschaft völlig unwürdig!

Mir wäre es auch am liebsten, liebe Genossinnen und Genossen, etwas umzusetzen, was jetzt die Kommission als Auftrag hat; denn wir sind einer der Staaten, in dem die vermögensbezogenen Steuern am geringsten sind. Bei uns liegen sie bei 0,8 Prozent des BIP, in den G-7-Ländern liegen sie bei 2,9 Prozent des BIP.

Also, liebe Kommission, enttäuscht uns nicht! Wir wollen wirklich, dass die starken Schultern mehr tragen und die starken Schultern auch dafür sorgen, dass die Schulen ordentlich eingerichtet und ausgestattet sind und niemand Angst haben muss, sich die Seuche zu holen, wenn er aufs Schulklo geht. Alles das, glaube ich, ist wichtig.

Ich glaube auch, dass wir bei der Ausgestaltung der Bürgerversicherung etwas brauchen - ich bitte euch, dem Änderungsantrag zuzustimmen -, nämlich eine Klarheit, dass auch andere Einkommen einen Beitrag zahlen werden. Wir wollen die Ausweitung: Nicht nur sollen alle einzahlen, sollen auch alle Einkommensarten sollen Beitrag zahlen; denn wir wollen nicht, dass man sieht, woher die Leute kommen, wenn sie den Mund aufmachen. Man darf es nicht an den Zähnen sehen, welchen Status die Leute in der Gesellschaft haben. Das heißt, wir wollen eine

Bürgerversicherung, die auch Leistungsausweitungen hat. Und lasst uns auch über die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze reden.

Wir haben 2003 eine Bürgerversicherung nach dem Konzept verabschiedet. Liebe Genossinnen und Genossen, das war ein Erfolgsrezept. Warum sollten wir ein Erfolgsrezept nicht wieder genauestens hier bei uns im Regierungsprogramm auflisten?

Wir überzeugen mit dem Konzept. Wir waren die Ersten, die das immer wieder propagiert haben. Uns haben sich viele angeschlossen. Lasst das im Regierungsprogramm nicht irgendwie unberücksichtigt!

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, liebe Hilde, für deinen Redebeitrag. Ich darf jetzt Thorsten Schäfer-Gümbel aufrufen, gefolgt von Johanna Uekermann.

**Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertretender Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, wenn mir jemand in der letzten oder vorletzten Woche erklärt hätte, dass, nachdem wir ein sozialdemokratisches Steuer- und Finanzkonzept vorlegen, es doch eine Vielzahl freundlicher Kommentare gibt, dass die Gewerkschaften, teilweise sogar die Wirtschaft und viele andere Organisationen unsere steuer- und finanzpolitischen Vorschläge im Kern begrüßen, hätte ich das, ehrlich gesagt, nicht für möglich gehalten.

Das, was uns in den letzten Monaten gelungen ist, ist ein Dreiklang aus Investitionen, Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen und für mehr Steuergerechtigkeit. Und, liebe Genossinnen und Genossen, das ist unsere Antwort auf die schwarze Null und auf das Mantra der schwarzen Null der Konservativen.

Beim Investitionsstau geht es uns darum, die Handlungsfähigkeit des Staates dauerhaft zu sichern, eine Handlungsfähigkeit, die in den letzten Jahrzehnten teilweise sträflich vernachlässigt und beschädigt wurde. Das gilt mit Blick auf Bildungsinvestitionen, das gilt mit Blick auf die Infrastrukturfragen im Hoch- wie im Tiefbau. Das gilt ganz besonders für die digitale Infrastruktur, und nicht zuletzt auch für die Möglichkeiten, bezahlbares Wohnen zu organisieren.

Deswegen wollen wir mehr Steuergerechtigkeit und nicht Steuersenkungen, die über alle gehen und damit die Handlungsfähigkeit des Staats einschränken. Das wäre ein grundfalsches Angebot angesichts der Zukunftsinvestitionen, die dringend notwendig sind.

(Beifall)

Zweitens haben wir umfangreiche Vorschläge zur Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen gemacht. Da geht es nicht nur um die Einkommensteuer. Da geht es um die Abschaffung von Kita-Gebühren, es geht um die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung, aber es geht ganz besonders - neben dem, was Katarina eben schon zu den Familien- und Kinderleistungen ausgeführt hat - auch um die massive Entlastung, die dadurch entsteht, dass wir den Solidaritätszuschlag nach dem Auslaufen 2019 abschaffen werden, in einem ersten Schritt für untere und mittlere Einkommen, und damit wirklich einen massiven Entlastungsschritt gerade für diejenigen machen, die es nicht immer leicht im Leben haben, und damit deren eigene finanzielle Möglichkeiten deutlich heben.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eine strukturelle Entlastung, die ist richtig, auch weil diese Investitionen den Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sofort und unmittelbar zugutekommen. Das ist eben das genaue Gegenteil von Steuerpolitik mit der Gießkanne. So macht man Steuerpolitik gerecht und modern.

(Beifall)

In ähnlich scharfer Weise machen wir auch Vorschläge, um mehr Steuergerechtigkeit herzustellen. Dies gilt einerseits für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der allerdings in seiner Gesamtwirkung sehr moderat ist, am Ende aber auch deutlich macht, dass es bei der Reichensteuer von 3 Prozentpunkten bleibt, anders als in der bisherigen Steuergesetzgebung allerdings fix. Es wird nicht mehr möglich sein, dass der Reichensteuersatz über die 250 000 Euro hinaus nach hinten geschoben wird, sondern er wird in Zukunft fix erhoben, damit der Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache, konsequent umgesetzt wird. Das gilt auch für die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Das gilt für die angekündigte Reform der Erbschaftsteuer. All die Maßnahmen, die wir im vergangenen Jahr nicht durchsetzen konnten, weil Horst Seehofer sie blockiert hat, wollen wir durchsetzen, auch um am Ende dafür zu sorgen, dass die Vermögenden einen größeren Beitrag zur Solidargemeinschaft leisten. Wir wollen dabei nicht über neue und weitere Gesetze

diskutieren, sondern wir wollen, dass die Flocken endlich in die Kasse kommen, damit die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten bleibt.

(Beifall)

Damit will ich zu meiner letzten Bemerkung kommen, auch mit Blick auf die Redezeit.

Im Kapitel zur Steuergerechtigkeit stellen wir auch all die Instrumente zur Bekämpfung von internationaler Steuergestaltung, von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug scharf. Da gibt es eine Vielzahl von Instrumenten, die notwendigerweise scharfgestellt werden müssen.

Ich will eine einzige Bemerkung mit Blick auch auf den in dieser Woche vorgelegten Abschlussbericht zu den sogenannten Cum-ex-Geschäften im Finanzsektor machen. Es gibt, liebe Genossinnen und Genossen, einige Akteure, die immer noch glauben, dass Steuer- und Finanzgesetze, die von einem demokratischen Parlament beschlossen sind, für sie nicht gelten. Die Cum-ex-Geschäfte sind das Paradebeispiel dafür, dass einige Finanzakteure geglaubt haben, dass sie sich ihre eigenen Regeln machen können und dass das am Ende schon nicht auffallen wird.

Ich will erstens sagen: Ja, es kann sein, dass auch in Zukunft der eine oder andere Finanzakteur, die eine oder andere Bank sich mit ihren Geschäftsmodellen, mit ihren Modellen insgesamt, die sie auflegen, Steuerhinterziehung insofern erfolgreich umsetzen, als dass wir sie zu spät oder gar nicht entdecken. Aber eines muss in Zukunft klar sein, liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Für diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten, für die muss klar sein: Für sie wird es in Zukunft richtig bitter! Sie werden nicht mehr einfach nur damit wegkommen, dass sie ein paar Steuern nachzahlen, sondern da muss das gesamte Instrumentarium von Schadenersatz und Strafrecht in Zukunft wirken.

(Beifall)

An dieser Stelle will ich mich ganz besonders bedanken - das ist in der Tat die vorletzte Bemerkung, die ich machen will, mein vorletzter Satz -, weil es in dieser Partei nicht so sehr üblich ist - wie übrigens fast überall. Ich will mich bei denjenigen bedanken, die mit dazu beigetragen haben, dass wir das so hingekriegt haben. Das sind Doris Ahnen, Lothar Binding, Carsten Schneider, und das sind auch und insbesondere Norbert Walter-Borjans sowie Olaf Scholz und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die teilweise in Nachtschichten und rund um die Uhr in den letzten Wochen gearbeitet haben. All sie sind mitverantwortlich dafür, dass das am Ende gut

war. Ich will mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei den politischen Kolleginnen und Kollegen bedanken.

(Beifall)

Am Ende: Wir haben ein rundes Konzept auf den Tisch gelegt. Das ist ein bisschen wie die Quadratur des Kreises, die uns gelungen ist. Wie sehr wir auf dem richtigen Weg sind, das habt ihr in den letzten zwei Tagen sehen können: Mit welcher Aggressivität und auch wirklicher Verlogenheit die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gegen unsere Vorstellungen zu Felde zieht, ist der letzte Beleg dafür, dass wir auf der richtigen Seite der Barrikade stehen. Wir sollten ihnen zumindest immer und immer wieder sagen: Was wir von Grundschülern erwarten, dass sie nämlich lesen, rechnen und schreiben können, das erwarten wir auch von millionenschweren Arbeitgeberinstituten wie der INSM.

In diesem Sinne bitte ich herzlich um Zustimmung.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Lieber Thorsten, vielen herzlichen Dank. - Ich darf jetzt Johanna Uekermann das Wort geben, gefolgt von Ulf Daude.

**Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen, Angela Merkel regiert an den jungen Leuten vorbei. Ich glaube, das merken wir alle. Aber wir als SPD werden das nicht tun. Der Grund dafür ist, dass wir heute ein sehr gutes Wahlprogramm beschließen werden, ein Wahlprogramm, das klarmacht, dass uns junge Leute und deren Probleme und deren Interessen wichtig sind.

Ich sage ganz ehrlich: Ich glaube, das liegt auch daran, dass wir als Jusos und auch Juso-Hochschulgruppen in den letzten Monaten sehr stark dafür gekämpft haben und viele Punkte in dieses Wahlprogramm hineinverhandelt haben.

(Beifall)

Wir machen mit dem Wahlprogramm klar, dass wir endlich mehr Planbarkeit für junge Leute wollen. Deswegen schaffen wir die sachgrundlose Befristung ab. Wir machen mit dem Programm klar, dass wir wollen, dass Azubis endlich gerecht bezahlt werden. Deswegen setzen wir uns für die Mindestvergütung für

Auszubildende ein. Und wir machen auch klar, dass zum Beispiel Investitionen in Bildung für uns absoluten Vorrang haben. Dass wir das Geld für die Investitionen haben, liegt unter anderem auch daran, dass wir ein Steuerkonzept beschließen, das die Reichen endlich mehr in die Verantwortung nimmt und so dafür sorgt, dass wir Geld haben, das wir an den richtigen Stellen investieren können.

(Beifall)

Ich sage ganz ehrlich: Ich hätte mir in dem Steuerkonzept noch eine Ergänzung gewünscht. Ich hätte es gut gefunden, wenn wir die Vermögensteuer mit aufgenommen hätten.

(Beifall)

Aber wir haben gestern im Parteivorstand zumindest eines ganz klar gemacht, und das finde ich richtig: dass es nichts darum herumzureden gibt, sondern dass die SPD die Vermögensteuer in ihrem Programm hat. Jetzt freue ich mich auf die gemeinsame Arbeit, wo wir prüfen werden, wie so eine Vermögensteuer tatsächlich verfassungskonform eingeführt werden kann. Ihr könnt euch darauf verlassen: Wir werden als Jusos da ganz genau die Finger draufhaben.

(Beifall)

Ich muss aber, gerade wenn es um junge Leute geht, noch mal an einem Punkt nachfassen. - Es wäre ja auch kein richtiger SPD-Parteitag, wenn wir als Jusos nicht noch was zu meckern hätten, ne? - Wir haben gemeinsam mit den Juso-Hochschulgruppen dafür gekämpft, dass das BAföG eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielt. Wir haben da schon viel unterbekommen. Das liegt insbesondere an der Arbeit, die Mia für die Hochschulgruppen auch im Parteivorstand gemacht hat. Aber um ganz ehrlich zu sein: Das, was da gerade drinsteht, reicht nicht aus. Wir sind als SPD doch die BAföG-Partei. Wir müssen diejenigen sein, die dafür sorgen, dass Studierende sich Bücher leisten können, Essen leisten können, eine Hose leisten können, eine Wohnung leisten können und - ihr kennt das alle - halt auch mal ein Bier am Wochenende. Deshalb reicht es nicht aus, wenn da nur steht: Wir wollen die Leistungen verbessern. Was wir wollen, ist, dass die Fördersätze bedarfsdeckend erhöht werden. Wir wollen, dass sie auch automatisch angepasst werden. Deshalb bitte ich euch darum, dass wir diesen Punkt im Wahlprogramm scharfmachen, damit wir zeigen, dass Studierende uns eben ganz wichtig sind und dass wir für sie kämpfen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Danke schön. - Ich muss ein bisschen auf die Redezeit achten. Wir haben, Genossinnen und Genossen, was ein gutes Zeichen ist, noch über 30 Wortmeldungen. Ich würde euch deswegen jetzt vorschlagen, dass wir die Redeliste schließen und uns alle gemeinsam größte Mühe geben, möglichst viele davon hier noch aufrufen zu können. - Das scheint auf Zustimmung zu stoßen. Dann ist das so beschlossen.

Ich darf jetzt Ulf Daude aufrufen. Du hast das Wort. Dir folgt Mia Thiel von den Juso-Hochschulgruppen.

**Ulf Daude, Schleswig-Holstein:** Vielen Dank. - Lieber Martin, vielen Dank für die hervorragende Rede. Das ist auch eine äußerst motivierende Rede gewesen. Wir setzen damit das richtige Zeichen für gute Bildung in Deutschland, besonders mit der nationalen Bildungsallianz. Das ist Aufbruch, und so gestalten wir Zukunft.

Für die Arbeitsgemeinschaft für Bildung kann ich sagen, dass wir mit dem vorliegenden Programmentwurf in der Fassung der Antragskommission zufrieden sind. Wir möchten uns bei dem verantwortlichen Parteivorstand bedanken für den guten Programmprozess. Die anderthalb Jahre waren nicht immer einfach. Das waren auch hartnäckige Diskussionen; aber sie haben sich gelohnt.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung hat am Bildungsteil intensiv mitgearbeitet, und wir finden uns im vorliegenden Ergebnis gut wieder. Das Programm beschreibt die großen Herausforderungen, vor denen wir im Bildungsbereich stehen, und es setzt die richtigen Schwerpunkte, auf die der Bund dann auch Einfluss hat: gleiche Bildungschancen, Schulmodernisierung, Qualität und Beitragsfreiheit in der Kita, gute Ganztagschule und einen Rechtsanspruch darauf, mehr Qualität, längeres gemeinsames Lernen, besseres Lernen und Inklusion in der Schule, Aus- und Weiterbildung, der Berufsschulpakt, Digitalisierung und vor allem - ganz wichtig für uns - die Gleichstellung von akademischer und beruflicher Bildung. Wir formulieren im Programm gute und durchdachte Ziele, und wir haben klare Vorstellungen, was wir tun wollen, um diese zu erreichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir zeigen damit, dass wir die Herausforderungen annehmen und dass uns gute Bildung wirklich viel wert ist. Wirkliche Gerechtigkeit liegt uns am Herzen, und - das wird hier deutlich - das ist mehr als eine Floskel. Wir fahren nicht auf Sicht, und wir picken uns auch nicht im Nebel die Rosinen raus, wie aktuelle Populisten oder auch unsere Mitbewerber das

so gerne tun. Die SPD ist die Partei der Zukunft, und wir wollen die Zukunft gestalten zum Wohle aller Menschen. Deshalb sind wir doch alle mal in die SPD eingetreten.

Die Zukunft gestalten bedeutet aber auch, Veränderungen zu organisieren. Das müssen wir gut machen und unsere Ziele mit Leben füllen. Wir müssen die Beteiligten - die Eltern, die Kinder, die Jugendlichen, die Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher und alle Mitarbeiter in multiprofessionellen Teams - mit auf den Weg nehmen. Wir müssen ganz klar machen, dass wir genau wissen, dass es sich um große Herausforderungen handelt, klar machen, dass wir die Menschen nicht am Ende mit der Umsetzung alleinlassen, dass wir bereit sind, die möglichen Mittel und Ressourcen dann auch bereitzustellen.

Das ist nun unsere Aufgabe im Wahlkampf und in der nächsten Bundesregierung: unsere Vorstellungen und Ziele mit Leben füllen und zeigen, was dahintersteckt, die Umsetzung organisieren und zeigen, dass wir das auch können. In diesem Sinne lasst uns das Programm so verabschieden und in den Wahlkampf ziehen, damit die SPD die nächste Bundesregierung stellt und Martin Schulz unser nächster Bundeskanzler wird. - Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Ulf, vielen Dank, auch für die kurze und präzise Rede. Das sollten sich hier viele zum Vorbild nehmen. - Das macht bestimmt auch Mia Thiel von den Juso-Hochschulgruppen, die jetzt das Wort hat.

(Beifall)

**Mia Thiel, Juso-Hochschulgruppen:** Liebe Genossinnen und Genossen, die letzten Wochen und Monate waren nicht nur für Martin besonders. Der Aufschwung in der Partei erfasst auch uns Jugendorganisationen. Die Juso-Hochschulgruppen sind bereit für einen starken Jugendwahlkampf, gemeinsam mit den Jusos. Ich kann sagen: Das können wir auch verdammt gut; denn das ist genau das, was wir an über 80 Standorten jedes Jahr im Hochschulwahlkampf tun.

Ich selbst bin Studentin. Ich weiß genau, was mich belastet, und es geht den allermeisten Studierenden ähnlich, der Gruppe, in der die SPD im letzten Jahr trotz all dem Frust bei den Landtagswahlen sehr gute Ergebnisse geholt hat.

Was mir und uns immer wieder begegnet, persönlich oder auch im Hochschulwahlkampf, ist, dass am Monatsende oder eigentlich schon viel früher das Geld vorne und hinten einfach nicht reicht. Viele von uns arbeiten, häufig sogar 20 Stunden die Woche oder mehr. Aber viel schlimmer noch: Der häufigste Grund für die Entscheidung gegen ein Studium ist nicht die persönliche Präferenz, sondern das Geld. Natürlich geht es nicht darum, dass alle Menschen studieren müssen; denn akademische und berufliche Bildung sind für uns gleichwertig; das ist uns sehr wichtig. Wenn sich aber vor allem Menschen aus Arbeiterinnen- und Arbeiterhaushalten gegen ein Studium entscheiden, weil die Finanzierung nicht stimmt, dann ist das einfach ungerecht.

(Beifall)

Bildung darf niemals vom Geldbeutel abhängen. Dafür steht die SPD als BAföG-Partei. Deshalb kämpfen wir für die Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Master bzw. Meister. Und wir haben eben noch diesen anderen Trumpf: das BAföG als eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte, von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, angeführt von Willy Brandt, entwickelt und verwirklicht als Hauptinstrument der sozialen Gerechtigkeit an Hochschulen.

Das BAföG aber muss mit der Zeit gehen. Die BAföG-Reform im vergangenen Jahr war daher der absolut richtige Weg. Diesen Weg müssen wir jetzt weiter gehen, um auch die Baustellen anzugehen, die von der Union blockiert wurden. Im Parteivorstand habe ich gemeinsam mit Johanna dafür gekämpft, dass sich das BAföG auch an die Lebensrealität von jungen Menschen anpasst. Ich bin sehr froh, dass wir mit diesem Leitantrag für ein BAföG der vielfältigen Bildungsbiografien und einen erweiterten Berechtigtenkreis streiten.

Ein ganz wichtiger Punkt, den Johanna auch schon angesprochen hat, fehlt aber noch:

Das BAföG muss in den Fördersätzen dringend ein weiteres Mal, und zwar bedarfsdeckend, erhöht werden und im Anschluss regelmäßig an die Inflation angepasst werden. Laut den Gewerkschaften beträgt die zu schließende Lücke zu den realen Kosten für Studierende aktuell über 6 Prozent, und sie steigt unablässig. Es gilt, schnell zu handeln.

Gemeinsam mit den Jusos haben wir hier einen Änderungsantrag formuliert, für den ich ausdrücklich werben möchte. Für uns Studierende und viele junge Menschen ist es eben das BAföG, was als Thema brennt. Wer in der Bildung nicht auf einen freien

Zugang unabhängig vom Geldbeutel der Eltern setzt, wie die Union es tut, hat nicht verstanden, was Gerechtigkeit für junge Menschen bedeutet. Auch deshalb ist die SPD die bessere Partei für Studierende. Wir sind die Partei der Gerechtigkeit, und gerecht ist eben, wenn du selbst entscheidest, ob du studierst oder nicht, und nicht der Geldbeutel deiner Eltern.

Also bitte: Unterstützt die bedarfsdeckende BAföG-Erhöhung und die Anpassung. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, liebe Mia, für den Appell. - Unser Parteivorsitzender hat an diesem Punkt noch einmal um das Wort gebeten. Lieber Martin, bitte schön!

**Martin Schulz, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn man in einem Programmprozess versucht, alle Punkte abzudecken, stellt man doch auch auf einem Parteitag fest, dass es Dinge gibt, die wir objektiv nachbessern müssen.

Die Studentinnen und Studenten in diesem Land müssen sich auf die SPD verlassen können. Ich habe in vielen Diskussionen, die unsere Juso-Hochschulgruppen und die Jusos organisiert haben, in vielen Diskussionen an Universitäten mit Studentinnen und Studenten ganz klar verstehen können, wie schwierig häufig die Vereinbarkeit von Studium mit den Rahmenbedingungen ist, unter denen studiert werden muss. Das reicht von der Nichtverfügbarkeit von Wohnraum, der dann, wenn er denn gefunden wird, nicht mehr bezahlbar ist, es sei denn, der Papa oder die Mama haben ein dickes Portemonnaie, bis hin zu der Ausstattung der Universitäten selbst, die, vornehm ausgedrückt, verbesserungsbedürftig sind. Deshalb wollen wir ja dort investieren.

Nein, die Studierenden müssen sich auf uns verlassen können. Ich bin ausdrücklich dafür, dass wir das BAföG bedarfsdeckend erhöhen.

(Lebhafter Beifall)

Deshalb wäre ich dankbar, wenn wir das so lösen können - wir müssen ja jetzt hier nicht lange diskutieren -, dass die Mia und Johanna mit dem Olaf vielleicht eine Formulierung für das Wahlprogramm finden, die aufnimmt, was ihr da gerade gesagt habt, sich aber sprachlich in unser Wahlprogramm einfügt. Also, ich wäre euch dankbar, wenn ihr eine entsprechende Formulierung ausarbeiten könntet. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Lieber Martin, vielen Dank. Wir nehmen das hier auf. - Ich darf jetzt unserer Arbeitsministerin Andrea Nahles das Wort geben, gefolgt von Ralf Stegner. Andrea, bitte.

**Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:** Liebe Genossinnen und Genossen! Was will die SPD beim Thema Rente? Wir stoppen das Absenken des Rentenniveaus, und wir schreiben das auch gesetzlich fest, und das direkt nach der Bundestagswahl, liebe Genossinnen und Genossen.

Und wir sorgen für einen Demografieausschuss, der den Beitragssatz bei 22 Prozent stabilisiert, und das, indem wir alle einzahlen lassen. Fürderhin wollen wir das über Steuern finanzieren. Wir nennen das doppelte Haltelinie. Das ist nichts weniger, Genossinnen und Genossen, als ein Kurswechsel hin zur Stärkung der ersten Säule in der Rentenversicherung, nämlich der gesetzlichen Säule. Das ist die zentrale Säule. Das ist die zukunftsfähige Säule. Das ist die Säule, auf die sich alle Menschen verlassen können. Da müssen wir auch für Lebensstandardsicherung sorgen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen: Wir schaffen mit diesem Rentenkonzept hier Klarheit. Wir haben es durchgerechnet, und es ist gerecht.

Was will nun die Union? Nichts tun. Nun könnte man ja sagen, na ja. Aber nichts tun ist in diesem Falle nicht neutral; denn wer nichts tut, wenn wir nicht in die Speichen greifen und das Gesetz ändern, nämlich die Rentenformel, dann wird es eben ein Sinken des Rentenniveaus geben. Wir kommen auf eine Rutschbahn. Genau deswegen ist nichts tun ganz schlecht, und das müssen wir in diesem Wahlkampf allen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande klarmachen.

(Beifall)

Die Union will, dass das Rentenniveau sinkt, die Beiträge steigen. Und sie will außerdem das Renteneintrittsalter erhöhen. Das ist kein Gerücht, sondern die sind nur noch darüber am streiten, ob es eine Erhöhung des Renteneintrittsalters geben soll, das an die Lebenserwartung gekoppelt ist, oder doch nur Rente mit 70.

Ich kann nur sagen, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben viele hart arbeitende Menschen in diesem Land, die das als Drohung empfinden müssen. Die Altenpflegerinnen, diejenigen, die lange Jahre in der Schule Erziehung machen, Kindergärtnerinnen, viele andere, Schichtarbeiter, die können dann nicht mehr. Für die ist das nichts anderes als eine Rentenkürzung, und das wird es mit der SPD nicht geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es gibt noch einen anderen wichtigen Unterschied zwischen SPD und CDU. Wir wollen Respekt, Respekt für Lebensleistungen, Respekt für Arbeit. Die drückt sich nun mal eben am Ende auch in Moneten aus, um es einmal ganz klar zu sagen. Wenn Leute, die 35 Jahre gearbeitet haben, die eingezahlt haben, die die Sozialversicherung damit stabilisiert haben, am Ende des Tages keinen einzigen Cent mehr bekommen als diejenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - nie eingezahlt haben oder nur wenig eingezahlt haben, dann ist das nicht gerecht, und dann ist es Zeit für mehr Gerechtigkeit in diesem Land bei der Rente. Wir wollen eine Mindestrente. Wir wollen eine Solidarrente, und die gibt es nur mit der SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich weiß ja, dass es viele gibt hier im Raum, die sich noch mehr gewünscht hätten. Aber wenn wir das hier umsetzen, dann allerdings haben wir viel geschafft. Es gibt

ein großes Signal der Einigkeit von diesem Parteitag: Gerhard Schröder und Andrea Nahles sind einer Meinung. Zwischen uns passt kein Blatt, wenigstens bei der Rente. Das sollte euch doch wenigstens motivieren. Ich bitte euch: Stimmt diesem Rentenkonzept zu. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Liebe Andrea, vielen Dank für deine Rede und für deinen unermüdlichen Einsatz. - Ich darf jetzt Ralf Stegner das Wort geben, gefolgt von Elvan Korkmaz aus Nordrhein-Westfalen. Ralf, bitte schön!

**Ralf Stegner, stellvertretender Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen! Martin Schulz hat heute in seiner Rede gesagt, die asymmetrische Demobilisierung von Angela Merkel hat 2017 keinen Erfolg. Ich glaube, dass das stimmt. Aber dafür müssen wir selbst sorgen, indem wir die Unterschiede zwischen den Konservativen und uns deutlich machen, die wir im Programm und in den Personen haben. Die sind völlig klar, und wir müssen die auch im Klartext ausdrücken.

Die Konservativen wollen Milliarden ausgeben für Aufrüstung in Deutschland. Wir wollen Milliarden ausgeben für Bildung, für Familien, für Investitionen in die Zukunft. Das ist der Unterschied.

(Beifall)

Die Konservativen wollen Steuergeschenke für Superreiche und die schwarze Null. Wir wollen, dass diejenigen, die hart arbeiten, die die wirklichen Leistungsträger in unserer Gesellschaft sind - die Busfahrer, die Krankenschwestern, all diejenigen, die hart arbeiten -, entlastet werden, dass die etwas davon haben. Das ist der Unterschied.

Die Konservativen propagieren konservative Lebensmodelle. Wir wollen Familien helfen, so zu leben, wie sie leben wollen. Wir können auch nicht eher ruhen als Sozialdemokraten, bis niemand mehr benachteiligt wird wegen seines Geschlechts,

seiner Religion, seiner Behinderung, seiner sexuellen Orientierung oder aus irgendeinem sonstigen Grund, und das findet man nur in unserem Programm wieder.

(Beifall)

Die Konservativen, gerade die CSU, biedern sich bei den Rechtspopulisten an. Ihr habt von Martin gehört: Wir kämpfen dagegen, dass die in die Parlamente kommen. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass das passiert. Wir können es verhindern, wenn sich genügend Menschen engagieren und wählen gehen. Die AfD ist keine Alternative für Deutschland, wie Martin immer sagt, sie ist eine Schande für Deutschland, und sie darf nicht in Parlamente kommen.

(Beifall)

Bei uns ist es anders als bei den Konservativen, wo Herr Kauder sagt, es sei gut, dass in Europa wieder Deutsch gesprochen wird. Das ist nicht unser Europa. Wir treten gegen die Nationalisten an für ein soziales Europa, für ein friedliches Europa. Das unterscheidet uns von den Konservativen. Das müssen wir herausstellen.

Und: Wir haben einen ganz anderen Kandidaten. Martin Schulz hat heute, als er über globale Gerechtigkeit gesprochen hat, ganz in der Tradition von Willy Brandt gesprochen, dass wir etwas dagegen tun müssen, dass Waffen exportiert werden in Diktaturen und Kriegsgebiete, dass wir etwas dagegen tun müssen, dass Menschen anderswo verhungern und wir Lebensmittel wegschmeißen, dass wir etwas dagegen tun müssen, dass wir so tun, als gäbe es einen zweiten Planeten.

Das war die Tradition von Willy Brandt, und das hat Martin Schulz hier mit Leidenschaft dargestellt.

Deswegen heißt etwas gegen die asymmetrische Demobilisierung tun nicht nur, über unsere verschiedenen Programme zu reden, sondern auch darüber, dass wir zwei ganz unterschiedliche Menschen haben. Wir haben eine CDU-Parteivorsitzende, die in zwölf Jahren Kanzlerschaft so gut wie nichts Konkretes zuwege gebracht hat, die eine kalte Machttechnikerin ist.

Martin ist klar, er ist leidenschaftlich, er ist glaubwürdig, er ist echt. Er muss der nächste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Lieber Ralf, vielen Dank. - Ich darf jetzt Elvan Korkmaz aus NRW das Wort geben. Es folgt Udo Bullmann.- Bitte.

**Elvan Korkmaz, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebes Deutschland, was wir gut können, ist Lamentieren. Wir können uns darüber ärgern, dass Bildung immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängt, wir können uns darüber ärgern, dass Familien immer noch nicht ihre Familienzeit haben und sich nicht frei entfalten können, wie sie sich das wünschen, wir können uns darüber ärgern, dass die Menschen, die tagtäglich hart arbeiten, von ihrem hart erarbeiteten Lohn nicht leben können, wir können uns darüber ärgern, dass Frauen immer noch nicht so viel wie Männer verdienen, wir können uns darüber ärgern, dass viele Rentner, die jahrzehntelang gearbeitet haben, im Alter nicht würdig von ihrer Rente leben können.

Wir alle leben in Kommunen. Es ärgert uns auch, dass wir in Kommunen nicht über Investitionen reden können, über unsere Infrastruktur. Es ärgert uns!

Was können wir dagegen tun? - Ich sage es euch. Ich habe unser dickes Antragsbuch mitgebracht. 987 Seiten voller Antworten, liebe Genossinnen und Genossen, liebes Deutschland. Wir wollen Gerechtigkeit. Mit der SPD und Martin Schulz bekommen wir das. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Danke, Elvan. - Als nächster hat Udo Bullmann das Wort. Ihm folgt Simone Burger. Ich war nicht darauf vorbereitet, dass jemand unterhalb seiner Redezeit bleibt. Es ist aber loblich, das will ich ausdrücklich sagen. Udo.

**Udo Bullmann, verantwortlicher des Parteivorstandes für die Europäische Union:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen ein Deutschland, in dem man gut leben kann, in dem man gut arbeiten kann, in dem man ein sicheres Einkommen hat, in dem wir dafür sorgen, dass wir einen Beitrag zu leisten, den Planeten zu retten und die Technologien entwickeln, die man dafür braucht. Dafür brauchen wir ein starkes Europa. Auch das starke Deutschland wird nicht stark genug sein, wenn wir das nicht gemeinsam in einem starken Europa anpacken.

Dafür, Genossinnen und Genossen, brauchen wir einen mutigen Antritt. Dieses Programm, das wir heute verabschieden, ist ein mutiger Antritt für Europa. Glaubt doch nicht mehr, dass Europapolitik da gemacht, wo Frau Merkel in schwarzen Limousinen reinfährt und wieder rausfährt und die Probleme aussitzt. Nein, Genossinnen und Genossen. Mit den Sonntagsrede, wo Schäuble, wo Merkel und Co. sonntags über Europa reden und werktags dafür sorgen, dass es nicht funktioniert.

Ein einziges Beispiel, Liebe Genossinnen und Genossen. Es muss Schluss sein mit der Steuerhinterziehung in Europa. Wir haben immer noch zu beklagen, dass 1 000 Millionen Euro pro Jahr in der Europäischen Union hinterzogen werden, weil wir keine faire Mindestbesteuerung haben, weil wir keine anständige Umsetzung der Steuergesetzgebung haben. Wir wollen das ändern, und Schäuble blockiert das. Wir hätten im Europäischen Parlament dafür gesorgt, dass Banken offenlegen müssen, welche Gewinne sie machen und welche Steuern sie bezahlen. Wir wollen das ausdehnen auf alle großen Konzerne. Aber der Bundesfinanzminister ist dagegen und steht auf der Bremse.

Sagt das den Menschen. Wir führen einen Wahlkampf für Deutschland, für eine starke Sozialdemokratie und für ein starkes Europa. Glück auf, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Lieber Udo, vielen herzlichen Dank. - Ich darf jetzt, wie angekündigt, Simone Burger aus Bayern das Wort heben, gefolgt von Jens Zimmermann aus Hessen.

**Simone Burger, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde gerne für den Landesverband Bayern begründen, warum es für uns wichtig ist, dass wir es uns bei der Rente nicht einfach gemacht haben, warum es wichtig ist, dass wir beim Rentenniveau hart diskutiert haben: weil es eben keine technische Frage ist, ob 46, 48 oder 50 %. Es geht für viele Menschen um die Frage: Droht sozialer Abstieg im Alter?

Wir reden auch nicht über 5, 6 oder 10 Euro. Für viele Menschen bedeuten diese 2 oder 4% mehr 100 Euro im Monat. Das ist eine Ansage, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Und: Der Vorschlag ist generationengerecht. Egal, was andere Zeitungen über ihn schreiben. Es geht um die Babyboomer. Es geht darum, dass sie gut in die Rente kommen. Es gibt keine Generation, die so auf die gesetzliche Rente angewiesen ist wie meine. Denn die private Vorsorge funktioniert so nicht mehr. Wer heute versucht, eine Lebensversicherung abzuschließen, der kann höchstens weinen. Die Sparkasse gewährt mir aus Kulanzgründen 0,01 Prozent Zinsen auf mein Sparbuch. Die Riesterrete, misst man sie an ihren Erwartungen, ist definitiv gescheitert. Wir heute einen Riestervertrag hat, der kann sich fragen, nützt der mir oder nützt er der Allianz.

Und: Immer weniger junge Menschen werden ein Haus bauen oder ein Haus kaufen - nicht weil sie es nicht wollen, sondern weil sie es sich nicht leisten können, weil die Kaufpreise utopisch hoch sind. Das ist nicht nur ein Problem von München, das ist ein Problem in weiten Teilen dieser Bundesrepublik. Genau deswegen wird für viele Menschen die gesetzliche Rentenversicherung immer wichtiger. Das muss deutlich werden in unserem Konzept. Die gesetzliche Rentenversicherung ist die zentrale Säule, die den Lebensstandard sichern muss.

(Beifall)

Das ist auch bekannt: Wir sind diejenigen, die sich beim Rentenniveau etwas mehr gewünscht hätten. Wir wünschen uns an dieser Stelle, dass wir nicht aufhören, dass wir in der Kommission weiter diskutieren, weiter ringen für mehr gesetzliche Rente und für ein höheres Rentenniveau.

(Beifall)

Es geht nicht nur um Zahlen. Wir haben ein Leitbild, an dem diskutieren wollen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der soll im Alter nicht jeden Cent umdrehen müssen, der soll nie vor der Entscheidung stehen, im Supermarkt überlegen zu müssen, ob er sich einen Markenjoghurt leisten kann oder nicht. Wir wollen eine gesetzliche Rente, die zum Leben reicht, die zum Feiern reicht. Dafür lasst uns gemeinsam kämpfen. - Danke schön.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Liebe Simone, vielen Dank für deinen Redebeitrag.

Ich habe es vorhin schon angedeutet: Wir haben immer noch über 20 Redebeiträge. Ich möchte euch den Vorschlag machen, dass wir stringent weitermachen, aber die Debattenzeit auf 15 Uhr begrenzen, weil wir dann in die Antragsberatung und in

die Abstimmung gehen müssen. - Dann stelle ich fest, dass das so beschlossen ist, und danke euch für die Kooperation.

Jetzt hat Jens Zimmermann aus Hessen-Süd das Wort, gefolgt von Gerlinde Schermer aus Berlin.

**Jens Zimmermann, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir haben einen richtig guten Entwurf für das Wahlprogramm, den wir heute beschließen werden. Gerade wenn wir uns den Bereich der Finanzen anschauen, ist das eine ganz wichtige Sache.

Ich will es einmal herunterbrechen. Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, bei uns in den Wahlkreisen? Die fragen uns: Wie schaut es denn aus mit der Verkehrsinfrastruktur? Wie schaut es denn aus mit dem ÖPNV? Wann wird meine Halle saniert und wann können wir das Schwimmbad wieder öffnen? Das sind alles Fragen. Darauf hat die Union keine Antworten. Es wird am Ende kommen: Wir senken mehr Steuern wir entlasten noch mehr dort und da, aber damit kann man keinen öffentliche Infrastruktur betreiben. Ich glaube, wir haben genau das Richtige gemacht. Wir investieren und wir entlasten die Menschen, die es besonders brauchen. Das spricht für das Wahlprogramm, das wir hier verabschieden.

Aber ich habe vor allem keine Lust, weitere vier Jahre mit einem Finanzminister Wolfgang Schäuble arbeiten zu müssen, der uns jede Woche neu erzählt im Bundestag im Finanzausschuss, er habe sich in Europa dafür eingesetzt, dass die Finanztransaktionssteuer kommt, aber wechselweise Italien oder Frankreich habe das blockiert. Das glaubt doch kein Mensch, Genossinnen und Genossen. Deswegen wird es Zeit, dass Wolfgang Schäuble in Rente geschickt wird.

(Beifall)

Wir sollten uns an dieser Stelle auch nicht kirre machen lassen. Wir wissen: Die andere Seite hat mehr Geld für Anzeigen. Die andere Seite hat die reicheren Verbündeten. - Wir haben aber die besseren Programme. Wenn diese merkwürdige Initiative „Hau mich blau, Marktwirtschaft“ auch die ganze Vorderseite der „Bild“-Zeitung kauft: Es wird deswegen nicht besser. Ich komme mir vor, als würde da demnächst stehen: Ich arbeite gerne für meinen Konzern. - Das ist nämlich die Ideologie, die dahinter steht, und unsere ist eine andere.

Deswegen: Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Jetzt kommt Gerlinde Schermer, ihr folgt Dietmar Köster.

**Gerlinde Schermer, Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Genosse Gerhard Schröder hat zurecht darauf verwiesen, dass die Schwarzen glauben, dass der Staat ihnen gehöre. Es gibt aber auch noch andere, die glauben, dass der Staat ihnen gehöre, und das sind die Berater - die Allianz, die Großkonzerne -, die sich den Staat zur Beute machen, indem sie ein Programm entworfen haben, das den schlichten Namen - verführerisch - „Öffentlich-Private Partnerschaften“ trägt.

Jeder von uns weiß: Es gibt keine Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit. Kapital schafft keine Werte. Die Arbeiter schaffen die Werte, die Angestellten, und deshalb kann es kein „Ja“ der SPD zu 30 Jahres-Geheimverträgen geben, in denen Privaten - Allianz und Co. - eine feste Rendite auf ihr sogenanntes eingelegtes Kapital zugesichert wird. Das ist mit uns nicht zu machen.

Und deshalb sage ich „Ja“ zu meinem Vorredner und auch zu Martin Schulz. Ja, wir brauchen mehr Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, die von Merkel und Co. in Grund gefahren wird. Ich kann die Merkel auch nicht mehr leiden, und ich komme aus Ostdeutschland. Es reicht!

Die Investitionen in die Daseinsvorsorge müssen aber von öffentlichem Geld finanziert wer. Private haben in der öffentlichen Daseinsvorsorge, in den Krankenhäusern, im Öffentlichen Nahverkehr, bei den Autobahnen usw., nichts zu suchen. Nicht mit der SPD!

(Vereinzelt Beifall)

Hier erwarte ich die klare Ansage: Die SPD wendet sich wie Corbyn gegen Privatisierung und sagt: Mit uns nicht!

Und dann, liebe Genossinnen und Genossen, können wir auch mobilisieren. Das habe ich selbst gemerkt, als die SPD in Berlin den Fehler gemacht hat, mit öffentlich-privater Partnerschaft die Wasserversorgung zu privatisieren. Eine Schande! Die Erfahrung daraus ist: Die Wasserpreise stiegen um 35 Prozent, die Investitionen gingen zurück und die Mitarbeiter wurden abgebaut. Das Gleiche wird passieren, wenn das private Kapital weiter in den Krankenhäusern bleibt.

Das heißt, ich fordere die Rücknahme dieser sozialstaatlich feindlichen Gesetze. Dafür können wir Mehrheiten gewinnen. Ich gehe gerne mit Martin Schulz über die Dörfer; das mache ich. Und dann schaffe ich es auch, dass wir gewinnen, und zwar

mit so einem Programm. Das möchte ich, und ich hoffe, dass er, genau wie jetzt eben bei den Jusos, auf das eingeht, was hier gesagt wird.

Die entsprechende Passage steht hinter dem Abschnitt „Wir machen keine Autobahnprivatisierung“ im Wahlprogramm, obwohl gerade im Grundgesetz etwas beschlossen wurde, das das ermöglicht. Ich hoffe, dass diese Passage zu öffentlich-privaten Partnerschaften gestrichen wird. Das ist mein Antrag. - Danke.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Gerlinde. – Jetzt kommt Dietmar Köster.

**Dietmar Köster, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Es liegt im Großen und Ganzen ein guter Leitantrag vor, der vielleicht noch etwas besser werden kann. Ich möchte drei Anmerkungen machen:

Erstens. Ich freue mich natürlich, dass Europa im vorliegenden Antrag eines unserer zentralen Schwerpunktthemen wird. Europa ist unser Gewinnerthema; denn die Zeit des Nationalstaates ist vorbei. Wir brauchen internationale Zusammenarbeit, um die drängenden Probleme, wie Klimawandel, Flucht und Migration, Steuerhinterziehung und auch die weltweite soziale Ungleichheit, lösen zu können. Wer könnte sich dieser Herausforderung besser stellen als die SPD? Die SPD ist die Europapartei: Das ist die zentrale Botschaft im Wahlkampf.

Die Europäische Union befindet sich aber in ihrer tiefsten gesellschaftspolitischen Krise seit ihrer Existenz. Einer der entscheidenden Gründe für diese Krise besteht in der Austeritätspolitik, in der Politik des Kaputtsparens, in der Verantwortung des deutschen Finanzministers; denn seit der Krise 2008 wird unter seiner Federführung eine Kaputtspare-Politik praktiziert, die vor allen Dingen zulasten der Länder Südeuropas realisiert wird. Sie hat nicht nur verheerende soziale Auswirkungen, sondern gefährdet letztlich auch die Demokratie, die ökonomische Entwicklung und den Zusammenhalt der Europäischen Union.

Wenn wir Europa erneuern wollen, es sozialer und demokratischer gestalten wollen, dann muss die verheerende Austeritätspolitik zum Ende gebracht werden. Ich bin Martin Schulz sehr dankbar, dass er betont, dass wir für einen Politikwechsel vor allen Dingen Investitionen in die Zukunft Europas brauchen. Das ist der richtige Weg.

Zehn Jahre Austerität sind genug. Weitere zehn Jahre Austerität kann sich die Europäische Union nicht erlauben. Deswegen brauchen wir einen Politikwechsel mit Martin Schulz an seiner Spitze.

Mein zweiter Punkt: Ich bin froh, dass wir in dem Kapitel „Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität“, deutlich machen, dass wir die 2 Prozent mehr Rüstung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ablehnen; denn das würde bedeuten, dass Deutschlands die stärkste Militärmacht in Europa wird. Das wäre angesichts der heute schon existierenden ökonomischen und politischen Dominanz Deutschlands in Europa das vollkommen falsche Signal.

Wir sollten allerdings deutlich machen: Wir sind nicht nur gegen diese 2-Prozent-Regel, sondern wir lehnen auch jegliche Hintertür für jede Form von Aufrüstung ab. Es wird schon genug Geld für Rüstung ausgegeben. Ich glaube, wir sollten deutlich machen: Im Sinne der Politik von Willy Brandt stehen wir für eine europäische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands. Die SPD setzt auf Frieden, Entspannung und Abrüstung. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Drittens – damit komme ich auch zum Schluss.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Du musst bitte zum Ende kommen.

**Dietmar Köster, Nordrhein-Westfalen:** Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir hier keine voreilige Festlegung auf das Freihandelsabkommen CETA vornehmen sollten. Ich glaube, das ist hier heute nicht der entscheidende Ort, um das vorzuziehen. Wir sollten die Beratungen ergebnisoffen lassen und dann an der entscheidenden Stelle auch hierüber diskutieren. - Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank für deine Rede. – Ich darf jetzt Sarah Ryglewski aus Bremen aufrufen, gefolgt von Michael Müller, dem Bundesvorsitzenden der Naturfreunde. – Sarah.

**Sarah Ryglewski, Bremen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde, wir haben hier ein Programm, das man nicht oft genug loben kann. Aber trotzdem will ich darauf

verzichten, weil ich glaube, dass man ein gutes Programm immer noch ein Stück weit besser machen kann. Deswegen habt ihr einen Initiativantrag aus Bremen vorliegen, den Initiativantrag A6. Er bezieht sich auf das ganze Thema Energiewende.

Ich komme aus Bremen, wo wir mit Bremerhaven eine Region haben, die noch vor einigen Jahren, nach der großen Werftenkrise, als strukturschwach gegolten hat. Daran sieht man, dass man durch Innovationen, wie Martin Schulz es ja auch gesagt hat, wirklich einen Fortschritt erreichen kann. Das ist mittlerweile eine Region, in der wir wieder hochwertige Industriearbeitsplätze haben – dank der erneuerbaren Energien, dank der Offshore-Windenergie. Das ist etwas, was wir uns unbedingt erhalten und ausbauen sollten. Dies ist mittlerweile, wie die gesamte Energiewende, ein Exportschlager.

Unser Vorschlag zielt in die Richtung, dass wir bei dem, was wir auf Druck der Union ins letzte Erneuerbare-Energien-Gesetz geschrieben haben, nämlich beim Deckel für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, mutig sind. Martin hat es vorhin in seiner Rede gesagt: Lasst uns mutig sein! - Lasst uns mutig sein und diesen Deckel wieder abschaffen, weil er Innovationen und die Klimapolitik bremst und das 2-Grad-Ziel gefährdet. Er ist eigentlich etwas, zu dem wir sagen müssen: Da werden wir durch einzelne süddeutsche Bundesländer ausgebremst, die beim Netzaufbau auf die Bremse treten.

(Beifall)

Deswegen mein Angebot: Schaut euch bitte den Initiativantrag noch einmal an.

Ich bin auch gerne bereit - die Kritik ist bei mir angekommen, dass die Fokussierung auf „auf See“ vielleicht ein bisschen zu sehr verengt -, das „auf See“ zu streichen. Aber überlegt euch noch mal, ob ihr diesem Antrag nicht zustimmt. Ich glaube, wir sollten uns nicht von CDU und CSU in den süddeutschen Ländern an der Stelle ausbremsen lassen. Das wäre, glaube ich, für uns alle sehr, sehr gut, wenn wir das nicht täten. Sonst würden wir viele gute und sichere Arbeitsplätze gefährden.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Liebe Sarah, vielen Dank. Da du freundlicherweise unter deinem Zeitlimit geblieben bist, habe ich noch die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, dass auch auf diesem Parteitag wieder für den Marie-Schlei-Verein gesammelt wird. Ihr alle wisst, dass Entwicklung ohne die

Gleichstellung von Frauen nicht möglich ist und dass sich unsere Genossin Christa Randzio-Plath und vor allem ihre Mitstreiterinnen, aber auch Mitstreiter seit Jahren dafür einsetzen. Ihr findet dazu auch Informationen in euren Taschen. Es wird ein bisschen Geld gesammelt. Darauf will ich gerne hinweisen und euch ermuntern und ermutigen, sich daran zu beteiligen.

Genossinnen und Genossen, vielen Dank. - Ich darf jetzt dem Bundesvorsitzenden der NaturFreunde, Michael Müller, das Wort geben. Michael, du hast das Wort. - Es folgt Daniela Jansen aus Nordrhein-Westfalen.

**Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands:** Liebe Genossinnen und Genossen, vor 123 Jahren sind die NaturFreunde aus der Arbeiterbewegung „Die grünen Roten“ hervorgegangen. So sehr man das Programm von Martin Schulz und der SPD begrüßt - ich muss schon sagen: Ein bisschen mehr Ökologie wäre angebracht.

Wenn die SPD als Partei der Gerechtigkeit auftritt, muss sie sowohl soziale als auch ökologische Gerechtigkeit vertreten. Es ist nicht so, dass der tiefgreifende Umbruch, der im Augenblick stattfindet, nur etwas mit der Globalisierung der Märkte und der Digitalisierung der Welt zu tun hat. Er hat auch etwas damit zu tun, dass wir die ökologische Grenze des Wachstums erreichen. In vielen Bereichen überschreiten wir bereits planetarische Grenzen. Deshalb - ob wir das wollen oder nicht -: Wenn die SPD diesen Fragen, beispielsweise dem Klimawandel, der Zerstörung der Biodiversität oder der Überlastung der Stickstoffkreisläufe, nicht eine Vision entgegensetzt, wie man Innovationen mit dem Schutz der Natur verbindet, dann wird auch sie versagen. Wir müssen das tun, und das ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit und damit eine sozialdemokratische Frage.

(Beifall)

Martin, du hast sehr intensiv davon gesprochen, dass wir einen Epochenwechsel erleben. Jeder Epochenwechsel in der Geschichte Deutschlands im vergangenen Jahrhundert war mit Katastrophen verbunden. Erst durch den Sozialstaat, also als sich sozialdemokratische Ideen durchgesetzt haben, kam es zur Stabilität. Aber es war ein Modell, das auf ständigem Wachstum aufbaut. Das können wir uns in dieser Form nicht mehr leisten. Wir brauchen Gestaltung, und zwar soziale und ökologische Gestaltung. Deshalb müssen wir, finde ich, uns auch dazu bekennen, als Fortschrittspartei eine ökologische Partei zu sein, sonst werden wir das Gerechtigkeitsthema im globalen Zusammenhang nicht umsetzen können.

(Beifall)

Siegfried Lenz hat recht: Die Menschheit ist dabei, die ökologische Selbstvernichtung zu betreiben. - Für ihn ist es auch eine Frage von Frieden gegen Gewalt, die ökologische Frage nach vorne zu bringen. Und wenn wir im Sinne von Willy Brandt Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit nach vorne schieben, dann müssen wir zu einer Partei sozialer und ökologischer Reformen werden und dürfen das Feld nicht anderen überlassen, zumal die Grünen in diesem Feld leider versagen.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen herzlichen Dank. Das war nicht nur inhaltlich, sondern auch von der Zeit her eine Punktlandung. - Jetzt darf ich Daniela Jansen aus Aachen das Wort geben. Daniela, bitte schön! - Ihr folgt Stephan Grüger aus Hessen-Süd.

**Daniela Jansen, Nordrhein-Westfalen:** Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich hatte mich gar nicht zur Generaldebatte gemeldet, sondern mein Punkt betrifft ganz speziell das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern.

(Beifall)

Hierbei geht es mir ganz besonders um das Thema Übernahme der Kosten für einen Aufenthalt im Frauenhaus. Der Rechtsanspruch, der jetzt im Leitantrag noch einmal sehr deutlich formuliert ist, ist auf jeden Fall gut und richtig. Er nützt aber nichts, wenn er nicht durchgesetzt werden kann. Wenn nicht klar ist, wer für den Aufenthalt im Frauenhaus bezahlt, dann haben wir noch nicht das erreicht, was wir eigentlich schon seit langen Jahren in der Frauenbewegung fordern. Dann tun wir auch zu wenig für die Frauen, die vor Gewalt fliehen. Ich finde, es kann nicht sein, dass sich eine Frau noch Sorgen darüber machen muss, wer eigentlich für ihren Aufenthalt im Frauenhaus aufkommt.

Bislang gibt es - zumindest in NRW - vier verschiedene Finanzierungsquellen. Ich finde, es darf nicht vom Goodwill oder von der Finanzlage eines Landes oder einer einzelnen Kommune abhängen, ob der Aufenthalt in einem Frauenhaus finanziell übernommen wird. Deshalb fordern wir, dass es eine bundeseinheitliche Regelung dafür geben soll. Die kann gerne vor Ort von den Ländern ausgestaltet werden. Unserer Meinung nach ist es durchaus möglich, das auch über das Bundesgesetz zu tun. Das ist gedeckt durch den Artikel 74 Grundgesetz. Deswegen bitten wir euch

nachher, wenn der Änderungsantrag zur Abstimmung steht, um eure Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Daniela. Wir haben das hier natürlich notiert und kommen nachher in der Antragsberatung auf deinen Punkt zurück. - Das Wort hat jetzt Stephan Grüger aus Hessen-Süd. Ihm folgt Michael Jung aus Rheinland-Pfalz.

**Stephan Grüger, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Martin! Ich möchte noch ein Thema unterstreichen, das - Michael Müller hat es gerade schon angesprochen - etwas stiefmütterlich in unserem Wahlprogramm Erwähnung findet. Mein Zugang ist allerdings weniger die Ökologie und mehr die Ökonomie.

Wir wollen ja unsere Wählerinnen und Wähler von der Energiewende überzeugen, die in der Tat ein sozialdemokratisches Projekt ist - schaut in unser Grundsatzprogramm; wir waren die Ersten, die klipp und klar gesagt haben, dass wir ins Solarzeitalter gehen wollen, gemeinsam und gerecht, und zwar aus sozialen und aus ökonomischen Gründen. Es wäre mir und vielen anderen lieber gewesen, wenn sich diese ökonomischen Gründe - nämlich die dezentrale Nutzung der erneuerbaren Energien, die uns unabhängig macht von Uran und Öl aus konfliktreichen Herkunftsländern, die regionale Wertschöpfung, die dadurch entsteht, insbesondere im ländlichen Raum, die Arbeitsplätze, die in der Industrie, im Maschinenbau, aber auch in Aufbau, Pflege und Wartung und später auch im Abbau von erneuerbaren Energieanlagen entstehen - wesentlich stärker im Wahlprogramm niedergeschlagen hätten. Denn hier geht es in der Tat um Gerechtigkeit - nicht nur um soziale Gerechtigkeit, sondern auch um ökonomische Gerechtigkeit, liebe Genossinnen und Genossen.

Es ist von daher aus unserer Sicht falsch, das Thema erneuerbare Energien nur unter dem Aspekt des Klimaschutzes zu sehen, Genossinnen und Genossen. Der Klimaschutz ist wichtig, aber es ist nicht das zentrale sozialdemokratische Projekt. Unser zentrales sozialdemokratisches Projekt ist die ökonomische Vernunft. Und wegen der ökonomischen Vernunft brauchen wir die erneuerbaren Energien, brauchen wir den Ausstieg aus Kohle und Atom. Das ist unser Grundsatz, und das muss sich auch im Wahlprogramm und in unserem Wahlkampf wiederfinden, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der Ansatz ist doch der, Genossinnen und Genossen: Wenn wir aus ökonomischen, aber auch aus sicherheitspolitischen Gründen für die dezentrale Nutzung erneuerbarer Energien sind, ist das gut und richtig. Und wenn wir dann am Schluss die Welt gerettet haben, Genossinnen und Genossen, ist es auch gut. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Stephan, vielen herzlichen Dank für deinen Redebeitrag und auch für die Kürze deines Redebeitrags. - Wir nähern uns nämlich dem Ende der vereinbarten Debattenzeit. Ich darf deswegen jetzt Michael Jung das Wort geben. Ich denke, wir schaffen danach auch noch Harald Baumann-Hasske. Michael! Du bist auf hoher See hier mit uns!

**Michael Jung, Rheinland-Pfalz:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich rede hier als Vertreter und Vorsitzender unseres Ortsvereines, gleichzeitig aber auch als Landesvorsitzender der AfA in Rheinland-Pfalz und als Bundesvorstandsmitglied der AfA, aber auch - weil nicht alle Arbeitsgemeinschaften zu Wort kamen - für die AsF und die AG 60 plus.

Es geht ums Thema Rente. Wir, die Arbeitsgemeinschaften, liebe Genossinnen und Genossen, haben ein Jahr lang mit den Menschen geredet, haben Aktivitäten gestartet. Wir haben sie beteiligt, und sie haben uns ihre Zukunftsängste vorgetragen. Sie haben aber auch Forderungen gestellt.

Daraus sind unsere Anträge gebaut worden. Die haben wir hier eingebracht. Es kann nicht sein, dass die Antragsberatungskommission zu allen Anträgen empfiehlt: Erledigt durch I.A 1 oder erledigt durch RP1.

(Beifall)

Hiervon, zum Thema Rente, hat man in der Großen Koalition vieles auf den Weg gebracht. Das war nicht einfach. Gleichzeitig steht auch schon einiges im Programm. Aber das reicht nicht aus, Genossinnen und Genossen, sondern wir müssen ergänzen, und zwar um den Punkt „Rentenniveau“. Dass stabilisiert wird, haben die Gewerkschaften gefordert. Das haben uns auch die Menschen gesagt, mit denen wir zu tun haben.

Aber es muss mittelfristig erhöht werden, Genossinnen und Genossen. Dazu sind die Menschen auch bereit, mehr Beitrag zu zahlen. Diesen Rettungsring haben uns heute Morgen die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall aus dem Norden mit 42 000 Unterschriften symbolisch überreicht, um zu zeigen, dass sie bereit sind, für ein höheres Rentenniveau zu kämpfen. Sie haben uns beauftragt, das auch ins Wahlprogramm zu schreiben.

Ich sage, Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall hat die größte Befragung gemacht, die es überhaupt in Deutschland gibt. 680 000 Menschen haben geantwortet, und zwar nicht nur Mitglieder, sondern auch andere Beschäftigte. 84 Prozent davon, über 500 000, haben erklärt, dass sie zu höheren Beiträgen bereit sind, wenn das Niveau hochgeht und wenn die 67 nicht steht, sondern dass das umgekehrt wird und ein früherer Rentenzugang wieder ermöglicht wird.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Michael, du musst zum Schluss kommen. Deine Redezeit ist abgelaufen

**Michael Jung, Rheinland-Pfalz:** Eine Minute!

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Nein, keine Minute mehr, weil wir vereinbart haben, bis 15 Uhr die Aussprache zu beenden. - Ich glaube, die Botschaft ist aber angekommen.

**Michael Jung, Rheinland-Pfalz:** Ich möchte bitte noch eines mitgeben: Zu den Beiträgen: Wenn eine Änderung beim BAFöG hier im Wahlprogramm möglich ist, dann kann man auch beim Rentenniveau oder bei der Beitragsbegrenzung etwas machen.

Danke.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Ich glaube, du hast ausreichend Gelegenheit gehabt. Ich danke dir dafür.

Ich rufe als letzten Redner in der Debatte Harald Baumann-Hasske auf. - Aber du müsstest dafür vom Redepult weggehen, das tut mir leid.

Harald, bevor ich dir das Wort gebe, möchte ich, dass ihr dafür sorgt - wir steigen gleich in den Beratungs- und Abstimmungsprozess ein -, dass ihr euren Delegationen, die möglicherweise gerade irgendwo noch einen Kaffee trinken, signalisiert, dass sie jetzt doch bitte in den Saal kommen mögen. - Vielen Dank dafür, und du, Harald, hast das Wort.

**Harald Baumann-Hasske, Bundesvorsitzender der ASJ:** Vielen Dank für das Wort. Liebe Genossinnen und Genossen, ich spreche für die sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen. Ich möchte mich für ein ziemlich gutes, ausgewogenes, kämpferisches Programm bedanken. Mein Dank richtet sich dabei nicht nur an Martin Schulz für eine ausgezeichnete Rede, er richtet sich auch an Sigmar Gabriel, an Katarina Barley und an das Willy-Brandt-Haus, die seit zwei Jahren einen guten Programmprozess koordiniert haben.

Wir finden uns als ASJ wieder, aber - wie das immer so ist - nicht überall. Ich möchte gerne einen Punkt anmerken, zu dem ich gerne noch eine Änderung hätte. Ermutigt bin ich dazu, weil ich weiß, dass hierzu in diesem Raum auch noch einige andere Leute gerne einen Antrag gestellt hätten. Ich weiß aus einem Grundsatzpapier aus Nordrhein-Westfalen, dass auch dort diese Absicht verfolgt wird.

Es geht um Wirtschaftskriminalität, es geht um die Einstellung von Verfahren auch dann, wenn Vorstandsvorsitzende große Schäden - in Millionenhöhe - verursacht haben. Wir möchten gerne, dass das Strafverfahren wegen Wirtschaftskriminalität bei hohen Schadenssummen nicht mehr nach Zahlung eines Geldbetrags eingestellt werden kann.

(Beifall)

Wir haben in vergangenen Zeit darüber diskutiert. Ich kann aus einer vorangegangenen ähnlichen Veranstaltung mit Martin Schulz auch Martin zitieren, der sagt, dass kein Mensch versteht, wenn ein Vorstand sich durch Unterschlagung oder Untreue in Millionenhöhe strafbar gemacht hat, er mit einem höheren Geldbetrag ohne Urteil davonkommt, während ein kleiner Straftäter, der sich das vielleicht nicht leisten kann, einer Strafe, ein Urteil über sich ergehen lassen muss.

Ich möchte euch darum bitten, diesen Änderungsantrag noch aufzunehmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Lieber Harald, vielen herzlichen Dank.

Ich möchte allen, die sich an dieser Debatte beteiligt haben, in den Dank einschließen, und ausdrücklich diejenigen, die jetzt aus zeitlichen Gründen leider nicht mehr drangekommen sind. Aber ich glaube, die Diskussion hat gezeigt, dass wir nicht nur ein dickes Antragsbuch haben, sondern dass sich diese Partei mit den inhaltlichen Themen befasst hat, dass wir wirklich diskutieren und den Laden hier inhaltlich voranbringen. Auch das, denke ich, ist eine wichtige Botschaft von diesem Parteitag. Dafür also noch einmal ganz herzlichen Dank.

Bevor wir jetzt weitermachen, noch einmal die Bitte, dass die Delegierten jetzt ihre Plätze einnehmen, damit wir in der verbleibenden Zeit angemessen durch dieses Wahlprogramm gehen und beschließen können. Ihr wisst, die Voraussetzung dafür ist noch eine Formalität, die wir hier miteinander organisieren wollen.

Wir brauchen den Bericht der Genossinnen und Genossen, die sich für uns alle mit der Wahlvorbereitung freundlicherweise beschäftigt haben. Dafür schon einmal herzlichen Dank! Ich darf jetzt der Sprecherin der Mandats-, Prüfungs- und Zählkommission, Janne Herzog, das Wort geben. Janne, bitte!

## **Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission**

**Janne Herzog, MPZK:** Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und -bezirken gewählten Delegierten und 35 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Anwesend sind 586 Delegierte und 33 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder.

Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandats-, Prüfungs- und Zählkommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 281 Frauen, das entspricht einem Anteil von 45,4 Prozent; die Quote ist also erfüllt.

(Beifall)

Damit ist der Parteitag beschlussfähig.

Ich komme noch zu dem ältesten und dem jüngsten Delegierten, die heute anwesend sind.

Der älteste Delegierte ist mit 81 Jahren, geboren am 29.07.1935, Rudolf Herbers.

(Beifall)

Er kommt aus der Landesorganisation Hamburg.

Der jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren, geboren am 05.08.1997, Jakob Blankenburg.

(Beifall)

Er kommt aus dem Bezirk Hannover.

Ich wünsche dem Parteitag weiterhin einen erfolgreichen Verlauf.

Vielen Dank.

(Beifall)

## **Beratung zum Regierungsprogramm**

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, Niels hat es schon angekündigt: Wir kommen jetzt zu dem wichtigen Teil, dass wir konkret das Regierungsprogramm und die sonstigen Anträge beraten. Insofern ist es sehr wichtig, dass alle Delegierten tatsächlich im Saal sind. Wir werden euch dann kapitelweise durch die Antragsberatungen führen.

Wir starten mit Kapitel 2 „Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege“. In diesem Zusammenhang werden mitberaten die Antragsbereiche B sowie die familienpolitischen Anträge aus dem Antragsbereich F.

Die Antragskommission hat intensiv gearbeitet, bis in den gestrigen Tag hinein. Deswegen wurde in der Sitzung der Antragskommission vom 24. Juni eine Ergänzung auf Seite 12, Zeile 292 beschlossen, die euch als Tischvorlage vorliegt.

Zunächst stimmen wir über das Kapitel 2 des Regierungsprogramms ab. Das Votum der Antragskommission lautet: Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Uns liegen dazu keine Wortmeldungen mehr vor. Bei der Annahme des Kapitels 2 des Regierungsprogramms in der Fassung der Antragskommission ist eine Vielzahl von Änderungsanträgen erledigt. Darüber hinaus sind aus dem Antragsbereich B „Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik“ alle Anträge B 1 und B 10 und aus dem Antragsbereich F „Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik“ die Anträge F 1 bis F 4, F 6 bis F 8 und F 12 erledigt.

Die restlichen Anträge sollen, wie aus dem Antragsbuch ersichtlich, behandelt werden.

Mir liegen jetzt auch keine abweichenden Wortmeldungen zu einzelnen Anträgen mehr vor. Ich schaue noch mal in die Runde. - Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren, wie es die Antragskommission vorgeschlagen hat. Ich würde euch dann zu eurem Votum zum Vorschlag der Antragskommission um Zustimmung bitten. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Stimmt jemand dagegen? - Vereinzelt; einige ganz wenige Gegenstimmen. Enthält sich jemand? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so beschlossen.

Wir kommen damit zum Kapitel III. Das übernimmt jetzt wieder Niels.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Genau, wir kommen zum Kapitel III: „Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit“. Die dazugehörigen Anträge wollen wir ebenfalls behandeln. Die Voten der Antragskommission liegen euch vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Die Änderungsanträge, die euch von der Antragskommission zur Annahme empfohlen wurden, sind in der Fassung der Antragskommission in dem Kapitel entsprechend eingearbeitet. Zusätzlich zu der Fassung, die ihr im Antragsbuch vorfindet, empfiehlt die Antragskommission zum Mindestlohn für Unter-18-Jährige auf Seite 25, Zeile 959, nach „evaluieren“ einzufügen: „und streben womöglich ihre Aufhebung an“. Das liegt euch auch als Tischvorlage vor; das wurde mir jedenfalls versichert.

Dann bleibt der Punkt mit dem BAföG. Olaf.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, Martin hat schon Zustimmung signalisiert. Wir haben unterdessen auch eine Formulierung gefunden, die das Anliegen aufgreift. Das würde darin bestehen, dass wir auf Seite

24 in Zeile 903 einfügen: „Dazu gehört eine bedarfsdeckende Erhöhung der Fördersätze, die regelmäßig überprüft und angepasst wird.“

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Olaf. Das wird entsprechend mit eingefügt. - Ich darf euch noch darauf hinweisen, dass die Änderungsanträge zu dem Bereich A 1, A 166 sowie A 11 und A 46 nach den Empfehlungen der Antragskommission behandelt werden sollen; das habt ihr alles im Antragsbuch vorliegen. Also wir verfahren hier genauso wie eben, dass wir das als Paket mit den entsprechenden inhaltlichen Punkten hier abstimmen.

Ich frage jetzt einmal: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Ich sehe da einige wenige Gegenstimmen, zwei Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Damit ist dieses Kapitel mit zwei Gegenstimmen beschlossen. - Ich danke euch und übergebe für das nächste Kapitel wieder an Doris.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Wir sind dann bei Kapitel IV: „Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen“. In diesem Zusammenhang werden mitberaten aus dem Antragsbereich StW, Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, die wirtschaftspolitischen Anträge StW 48, 54 und 57. Auch hier gilt, dass wir zunächst über das Kapitel IV des Regierungsprogramms abstimmen. Bei Annahme dieses Kapitels in der Fassung der Antragskommission sind eine Vielzahl von Änderungsanträgen erledigt. Die restlichen Anträge sollen wie im Antragsbuch ersichtlich behandelt werden. Dazu gehören auch die Anträge aus dem Bereich StW, StW 48, StW 54 und StW 57. Auch hier liegen mir jetzt keine Wortmeldungen vor und auch keine Anträge auf abweichende Voten gegenüber den Vorschlägen der Antragskommission. - Das ist so.

Dann können wir auch hier unmittelbar in die Abstimmung eintreten. Wer dem Kapitel IV, „Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen“, und den entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthält sich jemand? - Bei einigen wenigen Enthaltungen haben wir dann das Kapitel IV und die entsprechenden Anträge votiert.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank. - Wir kommen jetzt zu dem großen Kapitel V: „Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat“. Auch hier liegen euch die Empfehlungen der Antragskommission als Tischvorlage vor. Wir haben zum Sachbereich Gesundheit die Änderungsanträge - ich muss jetzt nicht die einzelnen Punkte vorlesen, die im Antragsbuch dazu ausgedruckt sind - in den verteilten Empfehlungen der Antragskommission entsprechend votiert. Aber wir haben in der Debatte zu dem Themenbereich noch weitere Anmerkungen und Initiativen gehabt. Ich habe eine Wortmeldung von Hilde, und die würde ich kurz aufrufen. - Nicht. Aber Hilde, du hattest das in der Aussprache vorgestellt. Dann würde ich darüber erst mal abstimmen lassen. Es ist die Frage, ob zu dem ablehnenden Votum der Antragskommission, Hilde, zu deinem Vorschlag, von der Antragskommission noch das Wort gewünscht wird.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Ich will nur ganz kurz zwei Sätze sagen. Wir haben ein Konzept entwickelt, wie wir das Gesundheitswesen in Zukunft organisieren wollen, mit einer ganzen Reihe sehr guter Vorschläge, und ein paar Sachen aufgenommen, ein paar nicht. Das, was Hilde vorgeschlagen hat, haben wir in der Diskussion nicht mit aufgenommen, weil wir glauben, dass wir ein ausgewogenes Konzept haben, das gewissermaßen seine Funktion erfüllen wird. Deshalb bitte ich euch, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Olaf. - Dann lasse ich jetzt über diesen Punkt abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission stimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? - Danke schön. Wer enthält sich? - Dann ist das mit eindeutiger Mehrheit im Sinne der Antragskommission so entschieden worden.

Wenn uns jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu dem Bereich vorliegen, würde ich jetzt über das gesamte Kapitel abstimmen lassen. Das Votum der Antragskommission lautet Zustimmung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? - Einige wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Ich sehe eine Enthaltung. Dann ist dieses Kapitel mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich gebe weiter an Doris.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Wir kommen dann zum Kapitel VI: „Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben“. In diesem Zusammenhang werden mitberaten die Änderungsanträge zu Kapitel VI und der Antragsbereich StW. Auch hier ist es so, dass wir zunächst über das Kapitel VI im Regierungsprogramm entsprechend dem Votum der Antragskommission - Annahme in der Fassung der Antragskommission - abstimmen. Bei Annahme dieses Kapitels sind eine Vielzahl von Änderungsanträgen erledigt. Ich glaube, ich brauche euch das jetzt nicht im Einzelnen vorzutragen. Die übrigen Anträge sollen, wie im Antragsbuch und in den verteilten Empfehlungen der Antragskommission ersichtlich, gemäß den Empfehlungen der Antragskommission behandelt werden. Auch hier frage ich: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir, da auch weitere Anträge nicht vorgetragen worden sind, unmittelbar zur Abstimmung kommen. Wer dem Kapitel VI und den weiteren Voten der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Auch keine Enthaltung. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank dafür. Ihr seht, wir arbeiten uns zügig voran. - Wir kommen zum Kapitel VII: „Es ist Zeit für ein gutes Leben in der Stadt und auf dem Land“. Auch hier liegen euch entsprechende Voten der Antragskommission vor. Wir werden, wie eben auch, über das Votum der Antragskommission abstimmen. Aber mir ist eben signalisiert worden, dass es zu diesem Bereich eine Wortmeldung gibt.

**Erik Donner, Rheinland-Pfalz:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben einen guten Entwurf für ein Wahlprogramm. Allerdings finde ich diesen Bereich - dazu gehört auch das Mietkapitel - etwas ausbaubedürftig, und zwar in zwei Punkten. Das betrifft zum einen die Mietpreisbremse. Wir wollen da eine Offenlegungspflicht usw. Aber es gibt bei der Mietpreisbremse immer noch Ausnahmen, und zwar betrifft das die Luxussanierungen.

Ich denke, wir sollten den Mut haben zu sagen: Die Mietpreisbremse müssen wir etwas schärfen, und da gehört auch die Luxussanierung rein. Jemand, der eine Luxussanierung macht, ist nicht freigestellt von der Mietpreisbremse.

Der zweite Punkt ist die Modernisierungumlage. Da sind wir recht vage, da nennen wir keine Zahl. Es gibt, ich glaube, aus Berlin und Baden-Württemberg Änderungsanträge dazu, dass man sagt: Okay, wir wollen die Modernisierungumlage auf 5 Prozent festschreiben. Ich halte das für durchaus realistisch. Die Mainzer Wohnbau zum Beispiel - ich komme aus Mainz - legt nur 5 Prozent freiwillig um. Sie könnte 11 Prozent umlegen. Um das mal ein bisschen plastisch zu machen: Wenn man 11 Prozent umlegt bei einer normalen energetischen Sanierung, dann sind das mal ganz schnell 250 Euro Mieterhöhung, dauerhaft. Ich denke, wir sollten den Mut haben, in dieses Mietkapitel etwas Schärfung hineinzubringen.

Mein Ortsverein, der SPD-Ortsverein Gartenfeld-Neustadt aus Mainz, hat einen Änderungsantrag 23 gestellt. Den bitte euch einfach abweichend vom Votum der Antragskommission anzunehmen. Bitte stimmt also gegen das Votum der Antragskommission und für die Annahme des Antrags. - Vielen Dank.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Danke für deinen Antrag. - Für die Antragskommission hat jetzt Mike Groschek das Wort.

**Michael Groschek, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben in der Antragskommission umfassend darüber geredet, dass wir einen vernünftigen Ausgleich brauchen zwischen ordnungsrechtlichen Maßnahmen, um Auswüchse durch Vermieterhandeln zu begrenzen, und durch Anreize Neubautätigkeit zu beschleunigen und mehr Neubauten möglich zu machen. Wir brauchen ein ausgewogenes Angebot von Angebotsseite und von Mieterseite. Deshalb stimmt dem Votum der Antragskommission zu. Wir glauben, dass das angemessen ist, was wir in der Antragskommission als Vorschlag unterbreitet haben. Das ist tragfähig, und das bringt uns auch bei den Verbänden auf beiden Seiten Zustimmung.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Okay. Vielen Dank, Mike. - Dann werde ich jetzt erst einmal über den entsprechenden Antrag abstimmen lassen, und zwar wie üblich über das Votum der Antragskommission, so wie Mike Groschek das eben dargestellt hat. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? - Vielen Dank. Wer enthält sich? - Bei wenigen Enthaltungen und einer deutlichen Mehrheit für das Votum der Antragskommission ist der entsprechende Änderungsantrag abgelehnt.

Ich will euch jetzt noch einmal darauf hinweisen, dass euch die Votenlisten vorliegen, weil die entsprechend mit dem Thema verbundenen Anträge auch votiert sind.

Über die Empfehlung der Antragskommission zu dem Gesamtkapitel möchte ich jetzt abstimmen lassen, sofern keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. - Das ist nicht der Fall.

Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Ich sehe eine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Mit einer Gegenstimme so angenommen.

Ich danke euch und gebe weiter an Doris.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Delegierte, damit kommen wir zum Kapitel VIII: Es ist Zeit für eine saubere Zukunft.

Auch hier beraten wir mit dem Antragsbereich Umwelt, Energie und Verbraucherpolitik. Auch hier gilt: Wir stimmen zunächst über das Kapitel VIII des Regierungsprogramms im Sinne der Annahme in der Fassung der Antragskommission ab. Dabei haben sich aus den gestrigen Beratungen der Antragskommission Ergänzungen und Überarbeitungen zu den Passagen Atomkraft, Gentechnik und Landwirtschaft ergeben. Diese liegen euch als Tischvorlage vor mit den entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission nach der gestrigen Sitzung.

Außerdem liegen zwei Initiativanträge zum Thema Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft vor, der Initiativantrag 3, und ein Initiativantrag zum

Windenergieausbau, der Initiativantrag 6. Das Votum für IA3 lautet: Annahme in geänderter Fassung, und das Votum für IA6 lautet: Ablehnung. Bei Annahme von Kapitel VIII im Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission ist eine Vielzahl von Änderungsanträgen erledigt. Darüber hinaus ist aus dem Antragsbereich Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik der Antrag U1 erledigt. U3, U4 und 13 werden an den ordentlichen Bundesparteitag überwiesen. Die restlichen Anträge sollen, wie im Antragsbuch ersichtlich, behandelt werden.

Auch hier liegen mir keine Wortmeldungen oder Wünsche auf Änderung der Voten der Antragskommission vor. Wenn ihr also damit einverstanden seid, können wir auch hier zur Abstimmung kommen. Ich bitte euch, entsprechend positiv zu votieren, wenn ihr mit dem Vorschlag der Antragskommission zu den genannten Anträgen und vor allen Dingen zum Regierungsprogramm einverstanden seid.

Es gibt doch noch eine Wortmeldung. Gerlinde hat sich noch zu Wort gemeldet.

**Gerlinde Schermer, Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich hatte ja vorhin einen Redebeitrag gemacht. Bevor die Abstimmung über das Votum der Antragskommission stattfindet, möchte ich, dass über meinen Antrag abgestimmt wird, dass die Passage zu öffentlichen privaten Partnerschaften gestrichen wird. - Danke.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Das war ein mündlicher Antrag. Wir können dazu auch ein Votum abgeben. Wir schlagen vor, diesem Antrag nicht zu folgen. Das will ich auch begründen.

Wir haben in der Antragskommission den Text noch einmal geändert. Das habt ihr eben bei der Votenliste gesehen, die zusätzlich verteilt war. Das ist mehr sprachlich. Es ist aber ein inhaltlicher Zusammenhang zu einem der größten Erfolge der SPD-Bundestagsfraktion in den letzten Monaten da. Die hat nämlich im Zusammenhang mit der Autobahngesellschaft durchgesetzt, dass - anders als bisher - bei solchen Projekten, wo gewissermaßen Private und der Staat zusammen eine Autobahn

bauen, sichergestellt wird, dass das nur dann möglich ist, wenn das auch die wirtschaftlichere Variante ist und der Bundesrechnungshof das gewissermaßen vorher auch bestätigt hat. Wenn wir jetzt diese Zeilen rausstreichen, dann schämen wir uns für einen der wichtigsten, wochenlang erstrittenen und erkämpften Erfolge. Deshalb ist das Votum der Antragskommission: Ablehnung zu deinem Änderungsantrag.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, dann würde ich zunächst diesen Antrag zur Abstimmung stellen. Wenn ich Gerlinde richtig verstanden habe, hat sie für Streichung plädiert. Die Antragskommission votiert dafür, es in der Form zu belassen, wie wir es gestern in der Antragskommission beraten haben. Deswegen stimmen wir entsprechend ab: Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen, aber doch mit einem deutlichen Votum für die Antragskommission haben wir entsprechend dem Votum der Antragskommission entschieden.

So. Jetzt kommen wir zur Abstimmung über das Kapitel VIII „Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft“ in der Fassung, wie ich es eben vorgestellt habe. Ich darf auch hier um euer Votum bitten: Wer den Voten der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Einige wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Bei einigen wenigen Enthaltungen haben wir so entschieden.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Doris. Wir kommen zum Kapitel IX: Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag. Auch dort liegen euch die Votenlisten der Antragskommission vor, auch für die mit diesem Tagesordnungspunkt verbundenen Anträge im Antragsbuch Innen- und Rechtspolitik, Migration und eine Reihe weiterer Anträge.

Mir liegen zu dem gesamten Antragsbereich keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge vor. - Ist das eine Wortmeldung, Harald?

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Du hast doch schon geredet. Ich wollte eigentlich zu deinem Votum etwas sagen. Oder willst du noch etwas Neues einführen?

**Harald Baumann-Hasske, Bundesvorsitzender der ASJ:** Ich wollte nur noch darauf hinweisen, dass es ein Änderungsantrag ist, weil gerade gesagt wurde, es gäbe keinen. Also, wir hatten den ja auch ausdrücklich aufgerufen.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Richtig, das ist uns auch schon aufgefallen. - Also, der Änderungsantrag war, dass wir an die entsprechende Stelle einfügen: „Wir werden zudem dafür sorgen, dass Strafverfahren wegen Wirtschaftskriminalität bei hohen Schadenssummen nicht mehr nach Zahlung eines Geldbetrages eingestellt werden können.“ Das Votum der Antragskommission ist Annahme dieses Änderungsantrags.

(Beifall)

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Okay. Dem Applaus zufolge muss ich darüber schon fast nicht mehr abstimmen lassen. Das heißt, wir lassen das in das Votum der Antragskommission mit einfließen, und über das Gesamtvotum, das sozusagen die Stellungnahme zu deinem Antrag, Harald, beinhaltet, werde ich jetzt abstimmen lassen.

Wer für diesen Antragsbereich in der Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Ich sehe einige wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Einige wenige Enthaltungen. Damit mit großer Mehrheit angenommen.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Dann kommen wir zum Kapitel X: „Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik“. Die Änderungsanträge zum Kapitel X und die weiteren soeben aufgerufenen Anträge sollen wie im Antragsbuch und der heute verteilten Empfehlung der Antragskommission ersichtlich behandelt werden. Viele

dieser und den Anträge sind mit dem heute beratenen Leitantrag und den Änderungen erledigt. Deshalb lautet das Votum vielfach „erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission“.

Die Antragskommission hat gestern auch zu diesem Thema beraten und einen Satz zum Familiennachzug sowie zur Mehrstaatlichkeit aufgenommen. Es wurde auch eine Ergänzung hinsichtlich der Abschiebungen nach Afghanistan vorgenommen. Das liegt euch ebenfalls als Tischvorlage vor.

Zu Initiativantrag 4 zu den Themen Abschieben nach Afghanistan sowie Altfallregel wird deshalb votiert mit „erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission“. Ich will auch hierzu fragen, ob es dazu noch Wortmeldungen gibt. - Da ist eine Wortmeldung. Dann hast du das Wort.

**Michael Heitkamp, Nordrhein-Westfalen:** Genossinnen und Genossen, ich mache es ganz kurz. Ich möchte nur dafür plädieren, dass wir über den Initiativantrag 4 noch einmal eigenständig abstimmen. Ich sehe das nicht so, dass er durch die Fassung der Antragskommission erledigt ist. Ich glaube, viele Leute erwarten von uns, dass wir heute ein klares Signal geben: Wir schieben nicht mehr nach Afghanistan ab und wir schieben keine Leute ab, die hier gut integriert sind und die hier gut leben.

(Beifall)

Ich bitte darum, dass wir darüber noch einmal eigenständig abstimmen.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Ich würde gerne kurz etwas dazu sagen und Aydan dann auch noch einmal kurz in der Sache.

Nur damit klar ist, was wir gestern gemacht haben: Wir haben eine Veränderung vorgenommen aufgrund der Vorschläge der bayerischen Kolleginnen und Kollegen. Darin heißt es jetzt: Wir halten daran fest, dass Abschiebungen in Länder nicht erfolgen, in denen für die Menschen die unmittelbare Gefahr besteht, Opfer eines Krieges oder eines bewaffneten Konfliktes zu werden.

Ich glaube, das ist das, was man richtigerweise beschließen kann. Wir wissen alle, wie die Praxis ist, auch in den Ländern, in denen wir regieren. Ich glaube, dass wir dabei eine verständliche und nicht disruptive Form der Kommunikation sorgen sollten.

**Aydan Özoguz, Antragskommission:** In dem Antrag wird gefordert, dass wir das, was wir geschafft haben, nämlich die stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete, jetzt nur bei Afghanistan noch einmal auf einige Jahre verkürzen. Das halte ich für problematisch. Ich finde es besser, dass wir eine generelle Regelung geschafft haben und natürlich bei Afghanistan noch einmal hinschauen. Des Weiteren müssen wir sehen, dass wir jeden einzelnen Fall sehr genau prüfen. Von daher: Hier noch einmal nach einzelnen Ländern zu sortieren finde ich schwierig.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum „Erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission“. Ich rufe jetzt diesen Teil einzeln zur Abstimmung auf. Wer diesem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen?

(Beifall)

Ich würde ganz herzlich bitten, dass die Journalistinnen und Journalisten und die Pressevertreterinnen und Pressevertreter den Gang frei machen. Es wäre schon gut, wenn wir das hier vorne genau sehen könnten.

Ich frage noch einmal nach: Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen?

(Beifall)

Das Zweite ist nach unserer übereinstimmenden Auffassung die Mehrheit und wird dann entsprechend Eingang in das Regierungsprogramm finden.

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen zu einzelnen Anträgen aus diesem Bereich liegen mir nicht vor. Ich weise der Vollständigkeit halber noch einmal darauf hin, dass wir beim Bereich Migrationspolitik einige Anträge aus dem Bereich Innen- und Rechtspolitik mit aufgerufen haben. Aber das habt ihr alles in der Votenliste gesehen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über das Kapitel „Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik“. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer diesem Kapitel in der geänderten Fassung zustimmen möchte und auch die sonstigen Voten der

Antragskommission zu den einzelnen Anträgen unterstützt. - Wer stimmt dagegen? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen so verabschiedet.

Ich darf noch darauf hinweisen: Ich bitte die Pressevertreterinnen und Pressevertreter - - Ich bitte da wirklich um Verständnis. Wir kommen relativ schnell zur Endabstimmung. Da ist es für uns besonders wichtig, dass wir eine gute, freie Sicht haben.

Jetzt macht Niels das Kapitel XI.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank. Wir kommen zu dem Kapitel „Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft“ und die damit verbundenen Themenbereiche. Die Votenliste der Antragskommission liegt euch vor. Ich darf euch noch Ergänzungen und Überarbeitungen nach der gestrigen Sitzung der Antragskommission hier kurz vortragen.

Die Antragskommission hat ein Votum zum Antrag der SPD Quierschied zum Thema „Ehe für alle“ geändert und vorgeschlagen, den Antrag an den Parteivorstand für die kommenden Koalitionsverhandlungen zu überweisen.

Die Antragskommission hat in ihrer Sitzung eine Passage zum Schutz nationaler Minderheiten eingefügt. Das liegt euch alles als Tischvorlage vor.

Ebenfalls im Bereich Gleichberechtigung wurde ein Verbandsklagerecht im Zusammenhang mit dem Entgeltgleichheitsgesetz aufgenommen. Der Text liegt euch auch vor.

Es ist in der gestrigen Sitzung - das ist mir mitgeteilt worden - auch noch ein Abschnitt zur Erinnerungskultur und zur Passage zur Versöhnung zwischen Deutschland und Namibia aufgenommen worden.

Ich bitte euch, das alles bei dem Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Wir hatten in der Debatte den Hinweis auf die Finanzierung von Frauenhäusern, die hier natürlich aufgegriffen worden ist. Dazu möchte Olaf noch etwas sagen.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Über die Frauenhäuser haben wir auch gesprochen. Es hat noch eine kleine Kommunikation gegeben. Es ist rechtlich etwas schwierig, was der Bundesgesetzgeber damit tun darf. Deshalb sollte man diese

Frage erörtern. Deshalb schlagen wir vor, auch mit der Antragstellerin zusammen, dass das an die SPD-Bundestagsfraktion überwiesen wird. Dann kann diese Frage dort diskutiert werden. Das ist kein inhaltliches Thema, bei dem wir dissent sind, sondern die Frage, wer ist eigentlich in der Lage, Gesetze zu diesem Thema zu machen.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Ich weiß, das ist ein großer Block, aber ich bitte euch, das entsprechend aufzugreifen. Die Änderung - das habe ich so verstanden - ist mit der Antragstellerin vereinbart. Dann geht das über in das Votum der Antragskommission.

Da ich keine Wortmeldungen sehe, lasse ich über dieses Gesamtvotum jetzt abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist das, ich glaube, sogar einstimmig beschlossen worden. Ich bedanke mich für die Beratung und die konstruktive Zusammenarbeit auch an dieser Stelle.

Weiter geht es.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Wir kommen jetzt zu Kapitel XII: „Es ist Zeit für ein besseres Europa - sozialer und demokratischer“. Ich rufe erstens das Kapitel XII und die dazu gehörenden Änderungsanträge, wie im Antragsbuch ersichtlich, auf, zweitens den allgemeinen Antragsbereich Europapolitik und drittens den Initiativantrag IA 5 „Solidarität mit unseren Schwesterparteien in der Türkei“.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in redaktionell leicht geänderter Fassung. Dies ist so mit dem Antragsteller besprochen.

Ich frage auch hier: Gibt es Wortmeldungen zu einzelnen Anträgen? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich euch um Zustimmung zu den Voten der Antragskommission in den genannten Punkten, zum Regierungsprogramm und auch zu allen weiteren Anträgen sowie zu dem Initiativantrag. Wer den Voten der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Sehe ich auch nicht. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Ich bin dran mit Kapitel XIII; das ist das Kapitel „Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt“. Auch hier verfahren wir so wie mit den anderen Kapiteln. Die entsprechenden Anträge, die in diesem Bereich von euch gestellt worden sind, werden mitbehandelt. Auch hier liegen die Votenlisten aus.

Es gab zu der ganzen Frage in der Aussprache ja einen Hinweis beziehungsweise einen Antrag von Dietmar Köster, und dazu würde ich für die Antragskommission Olaf noch einmal das Wort geben.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Martin hat ja in seiner Rede heute gesagt, dass er sich gegen die massive Aufrüstung, die mit dem 2-Prozent-Ziel verbunden ist, einsetzt, allerdings sich sehr wohl dafür einsetzt, dass die Bundeswehr ordentlich ausgestattet wird und dass das auch zu einer Steigerung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel führt. So steht es jetzt im Antrag.

Der Änderungsvorschlag, statt „Steigerung“ „Umschichtung“ zu sagen, ist etwas anderes - das muss man ausdrücklich sagen - als das, was Martin Schulz vorhin als sein Programm gegen den Trumpismus dargestellt hat, um das einmal so zu sagen. Deshalb ist das Votum der Antragskommission: Ablehnung dieses Änderungsantrages.

**Niels Annen, Tagungspräsidium:** Olaf, vielen Dank für diese Klarstellung. - Vor der Kapitelabstimmung lasse ich dann über dieses Votum der Antragskommission zu dem Vorschlag von Dietmar Köster abstimmen. Wer für das eben vorgetragene Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? - Das sind einige wenige. Wer enthält sich? - Einige wenige Enthaltungen. Damit ist das Votum mit großer Mehrheit angenommen.

Ich würde euch dann vorschlagen, dass wir jetzt über das gesamte aufgerufene Kapitel in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer für diese Fassung der Antragskommission in diesem Kapitel ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer von euch stimmt dagegen? - Ich sehe einige wenige Gegenstimmen. - Wer enthält sich? - Mit wenigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Delegierte, damit gehen wir in das Kapitel I zurück, in das Kapitel „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit“, was natürlich die Essenz unseres Regierungsprogrammes ist und wir deswegen auch sehr bewusst am Ende zur Abstimmung stellen wollen, bevor wir dann über das gesamte Regierungsprogramm abstimmen.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass wir in diesem Themenblock nicht nur das Kapitel I - „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit“ - beraten, sondern dazu auch Themenübergreifende Anträge - Th1 bis Th33 - und Sonstige Anträge - So2 bis So23 - gehören. Zu all diesen Anträgen liegen uns Voten der Antragskommission vor.

Da uns keine Wortmeldungen mehr im Einzelnen vorliegen, gehe ich davon aus, dass wir das insgesamt abstimmen können. - Das kann offensichtlich so geschehen. Dann bitte ich euch jetzt um Zustimmung zum Kapitel I und zu den zugehörigen Antragsbereichen in der Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

## **Beschlussfassung des Regierungsprogramms**

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zu dem wichtigen Moment, dass wir insgesamt über das Regierungsprogramm mit den Änderungen, die wir eben bei den einzelnen Kapiteln vorgenommen haben, beschließen wollen. - Olaf zieht schon sein Jacket an, stellen wir hier vorne gerade fest. Das macht deutlich: Jetzt kommt ein wichtiger Moment. Ich will den Moment dann auch noch einmal nutzen - vor der Abstimmung -, um dem Vorsitzenden der Antragskommission und den Mitgliedern der Antragskommission für ihre wirklich sehr, sehr intensive und gute Vorarbeit zu danken.

(Beifall)

Jetzt darf ich unser Regierungsprogramm zur Abstimmung stellen und fragen, wer dem Regierungsprogramm in der geänderten Fassung entsprechend den Voten der Antragskommission seine Zustimmung gibt. - Vielen Dank für das eindeutige Votum. Liebe Genossinnen und Genossen, wer stimmt dagegen? - Wir sehen keine Gegenstimmen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ihr dann richtig losklatzen könnt, muss ich der Vollständigkeit halber noch fragen: Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung.

Dann haben wir unser Regierungsprogramm einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.

(Beifall)

## **Rede des Generalsekretär Hubertus Heil**

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr seht einen verdammt glücklichen Generalsekretär der SPD,

(Beifall)

und zwar deshalb, weil wir einen ausgezeichneten Kanzlerkandidaten haben, der mit Verantwortung, Leidenschaft, Überzeugung und Augenmaß das beste Angebot ist, was diese Partei für die Zukunft des Landes machen kann. Wir haben Martin Schulz. Was haben eigentlich die anderen, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Ich bin auch deshalb so glücklich, weil wir ein Programm aus voller Überzeugung für die Zukunft unseres Landes und unseres Kontinents, für mehr Gerechtigkeit und für ein besseres und ein starkes Europa haben. Liebe Genossinnen und Genossen, die Deutsche Sozialdemokratie tritt an, dieses Land in eine bessere Zukunft zu führen, weil dieses Land eine bessere Zukunft braucht. Das ist unser Angebot für Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben nicht nur das bessere Personal mit dem hervorragenden Kanzlerkandidaten und das bessere Programm. Wir haben heute auf diesem Parteitag in Dortmund auch bewiesen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir sind kampfbereit. Wir glauben nicht an Umfragen. Wir denken, dass Wahlkampf wichtig ist für die Demokratie, und wir können kämpfen. Das hat Gerhard Schröder gezeigt, und das werden wir zeigen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist das Signal von Dortmund, aus der Dortmunder Westfalenhalle, das ist das Signal von euch, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Weil das so ist, habe ich Dank an euch als Delegierte, an die vielen Gäste, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dortmunder Westfalenhalle, an die Stadt

Dortmund, an die Caterer, an die Dienstleister, an die Polizei und an die Rettungskräfte zu sagen. Ganz herzlichen Dank bei allen, die uns geholfen haben, heute einen guten Parteitag zu machen. Ihr seid stark!

(Beifall)

Neben mir steht Katarina, eine starke Ministerin und meine Vorgängerin als Generalsekretärin.

(Beifall)

Wir wissen: Manchmal gibt es Diskussionen über das Willy-Brandt-Haus, und manchmal muss man mehr Zeit für Gerechtigkeit haben. Aber ich sage euch eines: Ich habe hohen Respekt davor, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unsere Kolleginnen und Kollegen, im Willy-Brandt-Haus geleistet haben. Deshalb einer Frau ganz herzlichen Dank, nämlich unserer Bundesgeschäftsführerin Juliane Seifert! Du bist meine Heldin der Organisation. Mit dir in der Organisation gewinnen wir diese Wahl. Juliane, das ist auch dein Triumph heute.

(Beifall)

Das gilt für alle Kolleginnen und Kollegen des Willy-Brandt-Hauses und der Partei, die jetzt gleich mit mir ein Bier trinken werden, weil wir uns das verdient haben - das sage ich auch einmal.

Mein Dank gilt aber auch denjenigen, die die Programmkommission geleitet haben. Das sind die, die hier stehen:

Manuela Schwesig,

(Beifall)

Thomas Oppermann

(Beifall)

und Katarina Barley.

(Beifall)

Und jetzt, bevor wir singen, hat unser Parteivorsitzender das Wort - der zukünftige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Martin Schulz, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

## **Schlusswort des Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Martin Schulz**

**Martin Schulz, Parteivorsitzender:** Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank, Hubertus! Auch ich danke den dreien, die hier oben stehen, Manuela, Katarina und Thomas, die den Programmprozess gesteuert haben. Ich weiß nicht - ich kann mich jedenfalls nicht erinnern -, ob wir jemals ein Regierungsprogramm einstimmig verabschiedet haben. Ein paar Genossinnen und Genossen haben sich enthalten. - Einer? Mit dem rede ich gleich noch mal.

(Heiterkeit)

Ich kenne ihn, ich habe ihn gesehen. Ich dachte, es waren mehrere. Wenn es nur der eine war, okay! Der wird seinen Grund gehabt haben.

Aber es ist ein einstimmiger Beschluss. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir ein Regierungsprogramm jemals einstimmig beschlossen hätten. Dafür gilt mein Dank all denjenigen, die dazu beigetragen haben. Denn, Genossinnen und Genossen, das ist ja ein entscheidender Punkt.

Und lasst mich das als Schlusswort unseres Parteitages sagen: Wir haben ein Programm, das wir über einen langen Zeitraum erarbeitet haben, und dieses Programm ist nicht irgendwas. Das ist die Grundlage dafür, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gut aufgestellt ist, um Gerechtigkeit heute und in der Zukunft in einem starken Europa zu verwirklichen. Wir haben dieses Programm; die anderen haben kein Programm.

(Beifall)

Und wer kein Programm hat, der hat halt auch nix zu sagen, und der hat keinen Fahrplan für die Zukunft. Wir haben einen.

(Beifall)

Wir haben diesen Fahrplan für die Zukunft unseres Landes.

Das war heute ein wichtiger Moment. Lasst uns ehrlich miteinander sein: Wir sind auch zu diesem Parteitag nach Dortmund gekommen, weil wir zeigen wollten, was manche vielleicht nicht glauben, aber was Fakt ist, dass wir eine starke, eine selbstbewusste Partei sind, die in den Höhen und in den Tiefen - egal wann - das

Kreuz durchdrückt. Denn wir wissen: Es geht nicht um uns. Es geht, Genossinnen und Genossen, bei dem, was wir hier machen, nicht um mich. Es ist toll, wenn man Beifall kriegt; es ist toll, wenn man das Gefühl hat: Wir stehen zusammen. - Aber es geht nicht um mich; es geht nicht um jeden Einzelnen hier in diesem Saal. Es geht darum, dass wir alle zusammen, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die diese stolze alte Partei heute repräsentieren, wissen: Es geht nicht um den Kanzlerkandidaten; es geht um unser Volk; es geht um unsere Nation; es geht um Europa; es geht um die Zukunftschancen der nächsten Generation.

(Beifall)

Das ist es, was wir wollen, Genossinnen und Genossen. Das ist die Aufgabe, die wir in den nächsten drei Monaten vor uns haben, den Leuten klarzumachen: Die Sozialdemokratie ist nicht als Selbstzweck gegründet worden, sondern sie ist als das gegründet worden, was ich in meiner Rede „das Bollwerk“ genannt habe. Unsere Vorfahren, die Männer und Frauen, die diese Partei gegründet und geführt haben, die sie zu dem gemacht haben, was sie heute ist, gründeten sie in einer Zeit, in der es den Menschen schlechter ging. Und sie haben das erkämpft, was wir heute wie selbstverständlich genießen: die Werte der demokratischen Gesellschaft, die individuellen Grundwerte, die Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Die kommen in diesem Land nicht von uns alleine - das können wir nicht als Monopol für uns beanspruchen. Sie sind auch von anderen mit erstritten worden, auch von Christdemokraten und Liberalen. Aber wann immer es galt, sie zu verteidigen, waren es die Sozialdemokraten, die in der ersten Reihe standen.

(Beifall)

Liebe Leute, und wenn diese Werte heute angegriffen werden, in den globalen Zeiten, in denen wir leben, dann haben wir, die größte sozialdemokratische Partei in Europa, die Pflicht, das zu tun, was andere in anderen Ländern von uns erwarten: Deutschland stark zu erhalten, aber immer mit einem Ziel: Europa stark zu machen - denn Europa ist heute das Instrument in dieser globalisierten Welt - , die entfesselten Kräfte zu zivilisieren und sie in Bahnen zu lenken, damit Innovation und Fortschritt umgewandelt werden in soziale Verantwortung und soziale Gerechtigkeit - national, europäisch und weltweit. Das ist der Auftrag der Sozialdemokratie - ein großer Anspruch und deshalb auch ein großer Ansporn.

Wir haben jetzt drei Monate Zeit. Ich habe den Artikel 20 zitiert: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat. Lasst uns dafür sorgen, dass die Bundesrepublik Deutschland sozialdemokratisch links geführt wird!

In dem Sinne wollen wir schreiten Seit' an Seit'. Vielen Dank, und kommt gut nach Hause!

(Beifall - Lied: „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“)

Ende des Parteitags: 15.54 Uhr

## **Delegierte**

### **Baden-Württemberg**

Arnold, Rainer  
Baehrens, Heike  
Bender, Julien  
Boos, Luisa  
Breymaier, Leni  
Dietrich, Marissa  
Distler, Katrin  
Drakul, Petar  
Drobinski-Weiß, Elvira  
Erler, Gernot  
Esken, Saskia  
Fechner, Johannes  
Fischer, Mark  
Gebhardt, Evelyne  
Harsch, Daniela  
Herrera Torrez, Markus  
Hummel, Rebecca  
Juratovic, Josip  
Karaahmetoglu, Macit  
Kirgiane-Efremidou, Stella  
Könnecke, Birte  
Lange, Christian  
Löw, Jens Ulrich  
Lutz, Udo  
Marvi, Parsa  
Mast, Katja  
Mattheis, Hilde  
Nolte, Claus-Georg  
Perc, Dejan  
Pfaff, Raphael  
Repasi, Rene  
Rosemann, Martin  
Sakellariou, Nikolaos  
Sawade, Annette  
Schaaf, Anton  
Schiele, Andrea  
Schmid, Nils  
Schöning-Kalender, Claudia  
Schwarzelühr-Sutter, Rita  
Simon, Peter  
Soeder, Christian  
Söhne, Julia-Sophie  
Spörkel, Ralf  
Tröndle, Susanne  
Vesper, Fabienne  
Weber, Jonas  
Wölfle, Sabine

## **Bayern**

Afsali, Tobias  
Agha, Munib  
Al Ghusain, Muchtar  
Azar, Gertraud  
Bachmann, Brigitte  
Bahr, Ulrike  
Barthel, Klaus  
Baur, Hannelore  
Bergmann, Uwe  
Blöhm, Bettina  
Brehm, Thorsten  
Brunner, Karl Heinz  
Brütting, Dominik  
Burger, Simone  
Burkert, Martin  
Corongiu, Enrico  
Eder, Marietta  
Egerer, Lutz  
Erdogan, Abuzar  
Fehlner, Martina  
Fiorentino, Isabella  
Fischer, Roland  
Fischer, Sebastian  
Fleckenstein, Felix  
Flisek, Christian  
Gerdes, Christa  
Grötsch, Uli  
Güller, Harald  
Hacker, Bertram  
Heidrich, Annette  
Herzog, Klaus  
Höllein, Carsten  
Horlamus, Alexander  
Jabs, Ingeborg  
Jazdzewski, Daniel  
Kofler, Bärbel  
König, Anja  
Krammer, Stefanie  
Laurien, Marlen  
Maier, Tanja  
Mehltretter, Andreas  
Melzer, Madlen  
Merzbacher, Jonas  
Metzger, Petra  
Negele, Christine  
Nürnbergger, Jörg  
Olbrich, Gerd  
Pappler, Anette  
Pohl, Ralf  
Raab-Wasse, Helga

Rausch, Thomas  
Reiß, Peter  
Roloff, Sebastian  
Rothmayer, Julia  
Ruhland, Manfred  
Rützel, Bernd  
Sauer, Maria  
Sauerteig, Stefan  
Schmid, Christoph  
Schmid, Herbert  
Schmitt, Gisela  
Schrader, Katharina  
Schrock, Christine  
Schrodi, Michael  
Schwarz, Andreas  
Sommerfeld, Olaf  
Steiner, Mirjam Beate  
Streit, Dominik  
Stvrtecky, Anna  
Tausend, Claudia  
Träger, Carsten  
Unfried, Harald  
Vilsmeier, Bernd  
Weiß, Dieter  
Wenngatz, Micky  
Yilmaz, Yasemin

### **Berlin**

Blumenthal, Mirjam  
Boermann, Frank  
Bozkurt, Aziz  
Cecere, Vito  
Dilmaghani, Farhad  
Drewnicki, Robert  
Haß, Christian  
Haußdörfer, Ellen  
Hönicke, Kevin  
Kannenber, Mathilde  
Klose, Annika  
König, Barbara  
Kühnert, Kevin  
Nowacki, Petra  
Poethke, Jennifer  
Rothe, Julie  
Scheffer, Barbara  
Schermer, Gerlinde  
Sommer, Ulrike  
Stüwe, Ruppert  
Tietje, Rona  
Wiegand, Rolf

## **Brandenburg**

Biesterfeld, Dietlind  
Gordjy, Christopher  
Hackenschmidt, Barbara  
Maaß, Christian  
Stohn, Erik  
Weide, Kerstin  
Wendland, Lars  
Wolff, Annemarie

## **Braunschweig**

Busse, Frank  
Dick, Charlotte Rosa  
Emmerich-Kopatsch, Petra  
Esser-Mönning, Katrin  
Heilmann, Tobias  
Kleinöder, Gerold  
Manke, Nicole  
Mohrs, Falko  
Niemann, Margrit  
Olschack, Matthias  
Schneider, Julius  
Schwarz, Jan  
Thiel, Stephanie  
Witt, Erika

## **Bremen**

Böhrnsen, Sören  
Feddern, Andreas  
Herzog, Janne  
Kummer, Uta  
Ryglewski, Sarah  
Schuster, Joachim

## **Hamburg**

Ackmann, Petra  
Bernzen, Christian  
Damerau, Inka  
Dressel, Andreas  
Herbers, Rudolf  
Kahrs, Johannes  
Rose, Wolfgang  
Schaal, Monika  
Schlage, Britta  
Schmager, Ronja  
Stapelfeldt, Dorothee  
Steppat, Sabine  
Tschentscher, Peter  
Veit, Carola Alexandra  
Weiland, Nils Gustav

## **Hannover**

Blankenburg, Jakob  
Brunotte, Marco  
Bugla, Ludger  
Dörbaum, Heiko  
Eilers, Mathias  
Fahncke, Barbara  
Fischer, Natalie  
Gierke, Sonja  
Hansmann, Silke  
Helmstedt, Christine  
Hendricks, Knud  
Kahle, Matthias  
Klecha, Stephan  
Kramer, Anja  
Le Butt, Philip  
Lonzen, Alexander  
Lutz, Regina  
Niedenzu, Anja  
Oetke, Monika  
Reinisch, Stephan  
Rödel, Bernd  
Rüter, Michael  
Schostok, Stefan  
Schraps, Johannes  
Schröder-Ehlers, Andrea  
Schüßler, Claudia  
Seidel, Marcus  
Stadler, Svenja  
van der Zanden, Lisa  
Watermann, Ulrich  
Wernstedt, Thela  
Wieduwilt, Sven Björn  
Yousaf, Amina

## **Hessen-Nord**

Bartol, Sören  
Dilcher, Esther  
Fehr, Manfred  
Fey, Birger  
Fiedler, Sebastian  
Gremmels, Timon  
Großkurth, Susanne  
Hartdegen, Tanja  
Heinemann, Uwe  
Herbold, Bernd  
Hillenbrand, Silvia  
Holstein, Ilona  
Kalhöfer-Köchling, Karl-Heinz  
Kalveram, Esther  
Lappöhn, Silke

Martinson, Tina  
Meßmer, Ullrich  
Nitzbon, Volker  
Riemenschneider-Wickert, Bettina  
Risch, Tracy  
Schäfer, Enrico  
Schlitzberger, Udo  
Sommer, Daniela  
Telschow, Gerhard  
Warnecke, Torsten  
Wilhelm, Karin

### **Hessen-Süd**

Alex, Ulrike  
Bailey, Vinzenz Jan  
Bastian, Swen  
Deboy, Jan  
Dittmar, Ansgar  
Eck, Patricia  
Eckert, Tobias  
Faeser, Nancy  
Geier, Catrin  
Giebenhain, Raoul  
Gnadl, Lisa  
Gniza, Tobias  
Grüger, Stephan  
Grumbach, Gernot  
Heldmann, Eva  
Hofmann, Heike  
Huß, Tim  
Jansen, Maria  
Karademir, Hidir  
Kern, Florian  
Kourtoglou, Filippou  
Küblbeck, Justin  
Kunert, Ralf  
Kunz, Cirsten  
Kunze, Sylvia  
Lambrecht, Christine  
Laudenschleger, Nadeschda  
Mansoori, Kaweh  
Michael, Claudia  
Michael, Michael  
Nissen, Ulli  
Ostrowicki, Julia  
Pawlik, Natalie  
Polat, Murat  
Rabanus, Martin  
Reuter, Michael  
Rottloff, Simon  
Siebel, Michael

Spiegelberg-Kamens, Viktoria  
Strank, Oliver  
Wieczorek-Zeul, Heidemarie  
Wingerter, Sven  
Yüksel, Turgut  
Zimmermann, Jens  
Zypries, Brigitte

### **Mecklenburg-Vorpommern**

Haak, Jana  
Julitz, Nadine  
Junge, Frank  
Krüger, Thomas  
Reinke, Christian  
Wandt, Sandra

### **Nord-Niedersachsen**

Brandt, Doris  
Johannßen, Claus  
Kempf, Uwe  
Klingbeil, Lars  
Michallik, Bernd  
Paatsch, Alexander  
Puvogel, Susanne  
Tiemann, Petra

### **Nordrhein-Westfalen**

Altenhain, Jens  
Arshad, Shamil  
Axourgos, Dimitrios  
Ballhausen, Erika  
Baran, Volkan-Tevfik  
Bas, Bärbel  
Baudek, Andrea  
Beck, Annela  
Bell, Alexa Silke  
Besler, Thomas  
Bischof, Arno  
Blask, Inge  
Blienert, Burkhard  
Böhme, Sarah  
Börner, Frank  
Börschel, Martin  
Bracht, Robin  
Bröker, Gabriele  
Brüggenhorst, Ute  
Buhre, Michael  
Bunse, Maximilian  
Buttkereit, Elke  
Christofczik, Ronja  
Cikoglu, Atilla  
Coße, Jürgen

Depta, Silke  
Dos Santos Herrmann, Susana  
Eggert, Romina  
Emunds, Marco Maria  
Esdar, Wiebke  
Fabian, Norbert  
Fragemann, Heiner  
Friedrich, Hardy  
Garn, Susanne  
Gebhard, Heike  
Göddertz, Thomas  
Görtzen, Tobias  
Gottschlich, Simone  
Grabowsky, Jörg  
Groß, Michael  
Haase, Petra  
Hammelrath, Gabriele  
Hartmann, Sebastian  
Heidenreich, Mareike  
Heinrichs, Falk  
Heinrichs, Felix  
Heitkamp, Micha  
Hellmann, Nicholas  
Herter, Marc  
Hördemann, Julian  
Jäger, Ralf  
Janke, Oliver  
Jansen, Daniela  
Jauer, Hanna  
Joisten, Christian  
Kaczmarek, Oliver  
Kanonenberg, Andrea  
Kaun, Brigitte  
Kettig, Suzanne  
Killewald, Norbert  
Klaer, Ralph-Harry  
Kleist, Janina  
Klute, Thorsten  
Knipps, Anna  
Koch, Karsten  
Kocks, Mathias  
Kopp-Herr, Regina  
Korkmaz, Elvan  
Krampe-Reinermann, Julia  
Kravanja, Rajko Alois  
Kreß, Pat Julian  
Kreutz, Marcel  
Kuiper, Manfred  
Kumpf, Wolfgang  
Kunz, Emmanuel  
Kunze, Gabriel

Küpper, Anne  
Kutschaty, Thomas  
Lippelt, Stefanie  
Löffler, Alisa  
Lüders, Nadja  
Ludwig, Svenja  
Maaß, Susanne  
Madry, Jürgen  
Moll, Claudia  
Molzberger, Adhemar  
Moskau-Ruhnau, Martina  
Mühlenfeld, Dagmar  
Müller, Frank  
Müntefering, Michelle  
Mützenich, Rolf  
Niedermaier, Sandra  
Ott, Jochen  
Özdemir, Mahmut  
Öztürk, Riza  
Peick, Jens  
Peters, Martin  
Philipp, Sarah  
Pliete, Beate  
Poß, Joachim  
Rampe, Carsten  
Razanica, Isabel  
Rimkus, Andreas  
Rinkert, Daniel  
Rode-Bosse, Petra  
Römer, Norbert  
Rosenthal, Jessica  
Rottmann, Andrea  
Rudolph, Karsten  
Rutenkröger, Susanne  
Sander, Irmgard  
Schaberick, Jan-Christoph  
Schäfer, Axel  
Schall, Dörte  
Schindler, Doris  
Schmeltzer, Rainer  
Schmitz, Ute  
Schmitz-Porten, Gerhard Anteus  
Scho-Antwerpes, Elfi  
Schultheis, Karl  
Schwartze, Stefan  
Seitz-Dahlkamp, Christiane  
Sierau, Ullrich  
Soylu, Dilara  
Spaenhoff, Anna  
Spinrath, Norbert  
Stock, Ellen

Stotz, Marlies  
Ströttchen, Caroline  
Tacer, Philipp  
Tanjsek, Gerti  
Thews, Michael  
Tigges, Margit  
Timm, Dierk Alexander  
Vogt, Alexander  
von Olberg, Robert  
Vöpel, Dirk  
Voßbeck, Sonja  
Waggeling, Martina  
Warden, Marion  
Watermeier, Sebastian  
Wedekin, Lars  
Weller, Jürgen  
Westermann, Astrid  
Wiertz, Sven  
Zorlu, Sara

#### **Parteivorstand**

Ahnen, Doris  
Annen, Niels  
Barley, Katarina  
Budde, Katrin  
Bullmann, Udo  
Crone, Petra  
Dulig, Martin  
Engelmeier, Michaela  
Ferner, Elke  
Friedrich, Peter  
Griese, Kerstin  
Groschek, Michael  
Heil, Hubertus  
Kohnen, Natascha  
Lösekrug-Möller, Gabriele  
Maas, Heiko-Josef  
Matschie, Christoph  
Miersch, Matthias  
Nietan, Dietmar  
Özoguz, Aydan  
Pronold, Florian  
Schäfer-Gümbel, Thorsten  
Schmidt, Dagmar  
Scholz, Olaf  
Schulz, Martin  
Schwesig, Manuela  
Sieling, Carsten  
Stegner, Ralf  
Stinka, Andre  
Stöß, Jan

Vogt, Sascha  
Vogt, Ute  
Woidke, Dietmar

### **Rheinland-Pfalz**

Alt, Denis  
Anklam-Trapp, Kathrin  
Barnett, Doris  
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine  
Berberich, Herbert  
Biehl, Christopher  
Brüchert, Johannes  
Donner, Erik  
Dreyer, Malu  
Egler, Nora  
Feiniler, Walter  
Glogger, Christoph  
Greb, Eva-Luise  
Gros, Anna  
Guckenbiehl, Oliver  
Haller, Martin  
Hartloff, Jochen  
Hermann, Begoña  
Hitschler, Thomas  
Janson-Peermann, Petra  
Jenssen, Jens  
Jung, Michael  
Kazungu-Haß, Giorgina  
Kukatzki, Bernhard  
Küsel, Karin  
Lewentz, Roger  
Lörsch, Claudia  
Mackensen, Isabel  
Maschino, Oliver  
Maurer, Michael  
Mediger, Benedikt  
Nahles, Andrea  
Peermann, Thorsten  
Porz, Sandra  
Reske, Ingrid  
Schäfer, Roland  
Schöller, Erik  
Schweitzer, Alexander  
Sippel, Heiko  
Steinbach, Nico  
Stich, Daniel  
Volz, Ingeborg  
Wegner, Martin  
Wienpahl, Sabine  
Winter, Friedrich  
Yilmaz, Baris

Zimmer, Christine

### **Saarland**

Altesleben, Bettina  
Arweiler, Pascal  
Barke, Jürgen  
Berg, Petra  
Clivot, Michael  
Commerçon, Ulrich  
Döring, Pia  
Fritz, Anita  
Henkel, Sandra  
Hiry, Johannes  
Jost, Isabelle  
Kerner, Dorothea  
Krause, Koba  
Krutten, Stefan  
Lang, Torsten  
Lindemann, David Alexander  
Meyer, Steffen-Werner  
Morsch, Anke  
Rase, Georg  
Rehlinger, Anke  
Roth, Eugen  
Waluga, Günter  
Yliniva-Hoffmann, Anne  
Zieder-Ripplinger, Margriet

### **Sachsen**

Dietzschkau, Marc  
Engel, Stefan  
Homann, Henning  
Kreutziger, Gerhild  
Rüthrich, Susann  
Sieble, Sabine  
Zabel, Benjamin

### **Sachsen-Anhalt**

Diaby, Karamba  
Grube, Falko  
Keune, Kornelia  
Lietz, Arne  
Möbbeck, Susi  
Pähle, Katja  
Reifgerste, Carlo

### **Schleswig-Holstein**

Awad, Tarek  
Baasch, Wolfgang  
Bolln, Stefan  
Borchert, Götz  
Buhl, Christiane

Burkhardt, Delara  
Danhier, Susanne  
Daude, Ulf  
Dolgner, Kai  
Dürbrook, Niclas  
Eickhoff-Weber, Kirsten  
Habersaat, Martin  
Hagedorn, Bettina  
Klein, Melanie Sabine  
Kreft, Enrico  
Ludwig, Katja  
Nägele, Frank  
Rix, Sönke  
Rodust, Ulrike  
Scheer, Nina  
Schiebe, Sophia  
Stein, Mathias  
von Pein, Tobias  
Wagner, Alexander

### **Thüringen**

Bausewein, Andreas  
Becker, Dagmar  
Bressemer, Anne  
Hochwind, Antje  
Lemme, Steffen-Claudio  
Luckert, Martin  
Marx, Dorothea

### **Weser-Ems**

Börgmann, Johann  
de Boer, Dirk  
De Ridder, Daniela  
Dieling, Horst  
Dreesmann, Wilfried  
Eiben, Florian  
Forster, Hans  
Hunter-Roßmann, Hannelore  
Kater, Kristian  
Kirchner, Wolfgang  
Kunde, Sebastian  
Mandel, Roswita  
Mehlmann, Timo  
Mittag, Susanne  
Peters, Veronika  
Pott, Guido  
Schmikale, Marcel  
Schröder, Remmer  
Schulte, Jenna Juliane  
Sperling, Lisa  
Ulferts-Dirksen, Sophia

## **Delegierte mit beratender Stimme**

Baumann-Hasske, Harald  
Binding, Lothar  
Brunn, Anke  
Brusis, Ilse  
Daldrup, Bernhard  
Dejcmán, Daniel  
Dörmann, Martin  
Drewke, Renate  
Finke, Karl  
Fleckenstein, Knut  
Graeber, Otto  
Graf, Angelika  
Hänsch, Klaus  
Herrmann, Jana  
Hoffmann, Reiner  
Jensen, Meike  
Jobs, Thorsten  
Junker, Karin  
Kapschack, Ralf  
Kelber, Ulrich  
Kiziltepe, Cansel  
Kleen, Alma  
Kohl, Hannelore  
Kompe, Gerhard  
Köster, Dietmar  
Lühmann, Kirsten  
Marks, Caren  
Mehren, Klaus  
Müller, Michael  
Müntefering, Franz  
Randzio-Plath, Christa  
Rebmann, Stefan  
Reimann, Carola  
Rudolph-Kokot, Irena  
Schiefner, Udo  
Schmalstieg, Herbert  
Schmidt, Wilhelm  
Schwabe, Frank  
Spiering, Rainer  
Stadler, Wolfgang  
Steffen, Sonja  
Tack, Kerstin  
Ülger, Atila  
Velter, Boris  
Weinbrecht, Ralph  
Wiefelspütz, Dieter  
Wölken, Tiemo  
Yüksel, Gülistan

## Rednerliste

Barley, Katarina .....	55
Baumann-Hasske, Harald.....	87, 98
Breymaier, Leni .....	52
Bullmann, Udo .....	74
Burger, Simone.....	75
Daude, Ulf.....	66
Donner, Erik.....	93
Groschek, Michael.....	94
Grüger, Stephan .....	84
Heil, Hubertus.....	105
Heitkamp, Michael .....	99
Herzog, Janne .....	88
Jansen, Daniela.....	83
Jung, Michael .....	85
Korkmaz, Elvan .....	74
Köster, Dietmar.....	79
Mattheis, Hilde.....	60
Müller, Michael .....	82
Nahles, Andrea.....	70
Oppermann, Thomas.....	57
Özoguz, Aydan .....	13, 100
Rix, Sönke .....	54
Ryglewski, Sarah.....	80
Schäfer-Gümbel, Thorsten .....	61
Schermer, Gerlinde .....	78, 96
Scholz, Olaf .....	51, 90, 92, 96, 98, 99, 101, 103
Schröder, Gerhard .....	15
Schulz, Martin .....	25, 69, 107
Schwesig, Manuela .....	6
Stegner, Ralf.....	72
Thiel, Mia .....	67
Uekermann, Johanna .....	22, 64
Zimmermann, Jens.....	77